

Putin auf dem Weg in die zweite Amtszeit: Machtsicherung und Politikgestaltung

Pleines, Heiko (Ed.); Schröder, Hans-Henning (Ed.)

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pleines, H., & Schröder, H.-H. (Hrsg.). (2004). *Putin auf dem Weg in die zweite Amtszeit: Machtsicherung und Politikgestaltung* (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 59). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-436886>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 59 – März 2004

Putin auf dem Weg in die zweite Amtszeit
Machtsicherung und Politikgestaltung

Herausgegeben von
Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen
Tel. +49 421 218-3687, Fax +49 421 218-3269
<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 59: Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder (Hg.):
Putin auf dem Weg in die zweite Amtszeit.
Machtsicherung und Politikgestaltung

März 2004

ISSN: 1616-7384

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

28359 Bremen

Telefon: +49 421-218-3687

Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
----------------------	----------

GESTALTUNG DER POLITISCHEN LANDSCHAFT

<i>Margarete Wiest</i> Die neue Staatsduma – das Taschenparlament des Präsidenten	8
<i>Alexander Tschepurenko</i> Politische Grundstimmungen und Wählerverhalten	19
<i>Jakob Fruchtmann</i> Putins Image: Präsident der Einheit in der Not	25
<i>Margareta Mommsen</i> Machtkämpfe und Intrigen beim Regierungswechsel	29
<i>Jens Siegert</i> Der Wahlkampf, der kein Wahlkampf war	39
<i>Hans-Henning Schröder</i> ...nur 71,2 Prozent	45
Anhang: Daten und Fakten zur Präsidentenwahl	47

ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN

<i>Pekka Sutela</i> Langfristige Perspektiven der russischen Wirtschaftspolitik	62
<i>Dmitrij Trawin</i> Wladimir Putins Sozialpolitik	71
<i>Diana Schmidt</i> Die Agenda für die zweite Amtszeit. Der Kampf gegen Korruption	77
<i>Alexej Malaschenko</i> Tschetschenien und die russische Gesellschaft	85
Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	97
Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa	98
Email-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa	100

Vorwort

Russland ist ein wichtiger Partner deutscher und europäischer Politik. Die Parlamentswahlen im Dezember 2003 und die Präsidentenwahlen im März 2004 haben entschieden, wer in den nächsten vier Jahren russische Politik bestimmen wird. Dabei ist nicht nur interessant, ob Russland den Weg weiterverfolgt, den es in Putins erster Amtszeit eingeschlagen hat, und der innere Stabilisierung mit einer rationalen Außenpolitik verbindet. Es stellt sich auch die Frage, ob in den nächsten vier Jahren der Ausbau von Marktwirtschaft, die Demokratisierung des Systems und die Entfaltung der Zivilgesellschaft vorankommen.

Um bei der Beurteilung dieser Prozesse behilflich zu sein, geben die Forschungsstelle Osteuropa und die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde Hintergrundanalysen heraus. Diese „Russlandanalysen“ sollen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik und Öffentlichkeit verfügbar machen. Autoren sind deutsche und russische Fachwissenschaftler. Die Russlandanalysen wenden sich an alle, die an den Ereignissen in Russland und an russischer Politik interessiert sind. Die Analysen werden auf Anforderung (an publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) unentgeltlich per Email als pdf-Datei versandt. Sie sind außerdem im Internet unter <http://www.russlandanalysen.de> archiviert.

Die Russlandanalysen der Monate Januar bis März 2004 (Nr. 12 bis 21) waren der russischen Politik im Umfeld der Präsidentenwahl gewidmet. Sie werden – mit einigen kleinen redaktionellen Änderungen – im vorliegenden Arbeitspapier nachgedruckt. Die Beiträge des ersten Abschnitts analysieren die Umgestaltung der politischen Landschaft, insbesondere die verbesserte Kontrolle über die neu gewählte Duma, die Wahlkampagne des Präsidenten und die Neuordnung der Regierung. Der zweite Abschnitt gibt dann eine Einschätzung zentraler Herausforderungen, mit denen sich Präsident Putin in seiner zweiten Amtszeit konfrontiert sieht.

Heiko Pleines & Henning Schröder

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Gestaltung der politischen Landschaft

Die neue Staatsduma – das Taschenparlament des Präsidenten

Parlament ohne Opposition: Zur Sitzverteilung in der Staatsduma

Das russische „Graben-Wahlsystem“, bei dem 225 Abgeordnete direkt nach dem Mehrheitswahlsystem und 225 über Listen nach dem Verhältniswahlsystem bestimmt werden, führt mitunter zu erstaunlichen Ergebnissen. So auch bei den Dumawahlen im Dezember 2003. Zwar erhielt die Kremlpartei „Einiges Russland“ nach den Parteilisten „nur“ 37,1% der Stimmen. Sie gewann jedoch 104 der 225 Direktwahlkreise und zog den Großteil der sogenannten „Unabhängigen“ auf ihre Seite.

Die Wanderbewegung der unabhängigen Abgeordneten wurde durch eine von der Kremlpartei initiierte Änderung der Geschäftsordnung stark begünstigt. Während bislang 35 Deputierte berechtigt waren, eine Abgeordnetengruppe mit Fraktionsstatus zu gründen, wurde die Mindestzahl nun für Abgeordnete deren Partei nicht über die 5%-Hürde gekommen ist, auf 55 angehoben. Auf diese Weise sollten vor allem die Kommunisten gehindert werden, ihnen nahe stehende Gruppen zu bilden – gewissermaßen Satelliten im Parlament. Zugleich bedeutete die Neuregelung aber auch das Aus für zentristische Deputiertengruppen wie „Regionen Russlands“ unter Führung Oleg Morosows oder „Volksdeputierte“ unter Leitung Gennadij Rajkows, die in der vergangenen Legislaturperiode zusammen mit der Kremlpartei eine Abstimmungsgemeinschaft gebildet hatten. Ihre Mitglieder wurden nun von der Superfraktion „Einiges Russland“ aufgesogen, die Ende Januar 304 Abgeordnete umfasste. Damit verfügt zum ersten Mal eine Partei allein über eine Mehrheit in der Staatsduma, und zwar sogleich über eine satte Zweidrittelmehrheit.

Die Kommunisten, die bislang zusammen mit der „Agrarindustriellen Gruppe“ stets über eine Sperrminorität von knapp einem Drittel der Sitze verfügt hatten, verloren diesen Sonderstatus und schmolzen zu einer vernachlässigbaren Randgruppe zusammen. Ihrer Fraktion gehören nur mehr 52 Deputierte an und ist damit nicht mehr in der Lage, die Agenda des Unterhauses zu (mitzu)bestimmen oder die Verabschiedung ihnen nicht genehmer Gesetze zu verhindern. Zudem ist die Partei nach dem Wahldebakel vom 7. Dezember in interne Machtkämpfe verstrickt. Die Kommunisten sind zur „unabhängigen“ Opposition degradiert – unabhängig in dem Sinne, dass „nichts mehr von ihnen abhängt“, wie die Zeitung „Kommersant-Vlast“ spottete.

Angesichts des katastrophalen Abschneidens der liberalen Parteien „Union der Rechten Kräfte“ und Jabloko ist die Schwächung der Kommunisten geradezu verheerend. Denn nun fehlt jegliche nennenswerte Opposition im Parlament, da „Union der Rechten Kräfte“ und Jabloko mit 3,97% bzw. 4,3% an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten und in der Staatsduma nur mit insgesamt sechs direkt gewählten Abgeordneten vertreten sind. Der Versuch des unabhängigen Abgeordneten Wladimir Ryschkow, eine Abgeordnetengruppe namens „Union der demokratischen Kräfte“ zu bilden als Sammelbecken der demokratisch orientierten Abgeordneten, scheiterte an der neuen Mindestanforderung von 55 Mitgliedern. Die Teile der Wählerschaft, die demokratisch eingestellt sind, haben damit im Parlament keine Vertretung mehr.

Dagegen erzielten die national-patriotischen Kräfte deutliche Zugewinne. Die Partei LDPR unter ihrem Vorsitzenden Wladimir Schirinowskij erlebte mit 11,8% eine regelrechte Wiedergeburt und gelangte mit 36 Deputierten in die Duma. Als zweiter Wahlsieger gilt der Block „Heimat“ unter Führung Sergej Glasjews und Dmitrij Rogosins, der aus dem Stegreif 9,1% der Stimmen erreichte und mit seinen direkt gewählten Abgeordneten auf eine Fraktionsstärke von 38 Mitgliedern kommt. Beide Fraktionen können als kremlnah eingestuft werden. Die Partei Schirinowskij stimmte bekanntlich in der Vergangenheit stets für die Vorlagen der Exekutive.

„Heimat“ wiederum könnte – so die Soziologin Olga Kryschtanowskaja – die Rolle einer „gelenkten Opposition“ übernehmen. In der Putinschen „gelenkten Demokratie“ vertritt „Heimat“ gewissermaßen die Stelle der Kommunisten und artikuliert – in den von der Präsidialverwaltung gesetzten Grenzen – das linke Protestpotential.

Die Kräfteverhältnisse in der Staatsduma verschaffen dem Präsidenten leichtes Spiel. Die neue zentristische Superfraktion „Einiges Russland“ kann jeden Beschluss allein durch die Kammer bringen. Die übrigen drei Fraktionen sind nur mehr dekoratives Beiwerk, das den Charakter der Staatsduma als „Einparteienparlament“ verschleiert. Falls der Kreml dennoch auf Abstimmungsgemeinschaften angewiesen sein sollte, kann er sich die nötigen Stimmen bei LDPR und „Heimat“ besorgen. Dass die liberalen Parteien nicht im Parlament vertreten sind, reduziert zwar die Manövrierfähigkeit der Präsidialadministration etwas. Der Einfluss der linken und rechten Nationalpatrioten wird dennoch angesichts der Zweidrittelmehrheit von „Einiges Russland“ beschränkt bleiben. Als einzige, jedoch machtlose Opposition fungieren die Kommunisten.

Einen Überblick über die Sitzverteilung in der Duma geben die Tabellen und Grafiken auf den Seiten 12 bis 14.

„The Winner Takes it All“

Die „Partei der Macht“ demonstrierte ihre Dominanz, als sie sich alle Führungsposten in der Duma aneignete. Bereits auf der ersten Sitzung am 29. Dezember 2003 wurde Boris Gyslow mit der überwältigenden Mehrheit von 352 Stimmen zum neuen Sprecher der Staatsduma gewählt. Damit ist zum ersten Mal der Fraktionsvorsitzende der Mehrheitspartei zugleich Sprecher des Unterhauses. Seine zwei Ersten Stellvertreter, Ljubow Sliska und Alexander Schukow, gehören ebenfalls „Einiges Russland“ an. Die „Partei der Macht“ stellt auch fünf der acht Stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden. Die übrigen drei verteilen sich auf „Heimat“, LDPR und KPRF.

Um sich die vollständige Kontrolle über die Staatsduma zu sichern, veränderte die „Partei der Macht“ auch Zusammensetzung und Stimmrechte im kollektiven Leitungsgremium, dem „Rat der Staatsduma“. Der Rat trifft die wichtigsten (Vor)Entscheidungen. Beispielsweise stellt er die Tagesordnung der Plenarsitzungen auf, erstellt den Gesetzgebungsplan für die folgende Sitzungsperiode und entscheidet, welche Gesetzentwürfe von der Kammer behandelt werden. Die Vorsitzenden der Fraktionen (und Abgeordnetengruppen), deren Stimmen bislang im Rat Gewicht hatten, wurden ausgeschlossen. Jetzt gehören ihm nur mehr der Kammervorsitzende und seine Stellvertreter an, dazu die Vorsitzenden der Ausschüsse. Letztere verfügen aber nur über eine konsultative Stimme. Auf diese Weise wird die Führungsstruktur der Staatsduma einerseits hierarchisiert, andererseits – durch das Ausscheiden der Fraktionsführer – entpolitisiert. Zugleich gewinnt „Einiges Russland“ nach der neuen Regelung eine klare Führung im Rat. Auch die Ausschüsse sind völlig unter der Kontrolle der Mehrheitspartei. Trotz aller gegenteiligen Versprechungen vor der Wahl, stellt die „Partei der Macht“ alle Vorsitzenden der 29 Ausschüsse sowie deren erste Stellvertreter. (Siehe auch die Tabelle auf Seite 16)

Perspektiven des russischen Parlamentarismus

Dass die formellen Spielregeln der Staatsduma so rücksichtslos den Bedürfnissen der Mehrheitspartei und damit des Kreml angepasst werden und dass durch die neuen Spielregeln die innerparlamentarische Demokratie geschwächt wird, zeigt den geringen Institutionalisierungsgrad der Staatsduma und das mangelhafte Demokratieverständnis der meisten Abgeordneten. Hier macht sich das Fehlen der liberalen Parteien negativ bemerkbar, deren Abgeordnete in der Vergangenheit stets auf die Einhaltung formeller Regeln gepocht hatten.

Durch das Wahlergebnis und die innere Umstrukturierung verlor die Staatsduma weiter an Autonomie. Sie stellt keine eigenständige Abgeordnetenversammlung mehr dar, sondern ist ein Taschenparlament des Präsidenten. Die Entscheidungen der Staatsduma werden nicht von den Abgeordneten, sondern von der Partei „Einiges Russland“ und damit wiederum von der Präsidentialadministration getroffen. Die einzige Funktion des Unterhauses wird in Zukunft darin bestehen, die von der Exekutive eingebrachten Gesetzentwürfe abzusegnen. Als eigenständiger *Agenda Setter* wird es kaum in Erscheinung treten. Damit wird die ohnehin schwache Legitimität des Parlaments und damit der demokratischen Institutionen weiter beschädigt. Durch die Zweidrittelmehrheit im Unterhaus ändert sich zudem der Charakter des russischen Parlamentarismus. Da nun jedes aufschiebende Veto des Oberhauses überstimmt werden kann, stellt die Föderalversammlung *de facto* ein Einkammernparlament dar.

Parlament und politischer Prozess

Ob der Kreml von der Zweidrittelmehrheit Gebrauch macht, um die Verfassung zu ändern, bleibt abzuwarten. In nächster Zukunft ist dies – vor allem aus Rücksichtnahme auf das internationale Ansehen Putins – nicht zu erwarten. Dies könnte sich ändern, wenn der Präsidentschaftswahlkampf 2008 näher rückt. Doch einer Verfassungsänderung, etwa der Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten, müssten drei Viertel der Senatoren sowie zwei Drittel der Regionalparlamente zustimmen.

Eine andere Überlegung betrifft das Verhältnis von Parlament und Regierung. Da die „Partei der Macht“ in der Staatsduma nun die Mehrheit stellt, wäre die Bildung einer dem Parlament verantwortlichen Regierung möglich. Boris Gryslow mahnte diesen Schritt erst vor wenigen Tagen an. Eine solche Regierungsbildung stellt aber nur dann einen Fortschritt in der demokratischen Entwicklung Russlands dar, wenn zugleich das Parteiensystem konsolidiert und vor allem in der Gesellschaft verankert wird. Solange „Einiges Russland“ eine reine Kopfgeburt des Kremls bleibt, wird eine mögliche Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament wenig reale Bedeutung haben.

Die Mehrheitsverhältnisse in der Staatsduma und ihre Abhängigkeit von der Präsidentialadministration sollten aber nicht darüber hinweg täuschen, dass es im Unterhaus sehr wohl pluralistische Elemente gibt. Nur sind diese verdeckt, formieren sich entlang informeller Kanäle und überlagern die Fraktionsstruktur. Beispielsweise vertreten 44% der Abgeordneten Wirtschaftsinteressen. Daneben sind auch die regionalen politischen Eliten und die Sicherheitsstrukturen in der Staatsduma präsent. Die Superfraktion „Einiges Russland“ stellt keinen monolithischen Block dar. Hinter den Kulissen kämpfen die unterschiedlichen Kremlclans um Einfluss. Wie die politischen Kräfteverhältnisse im Unterhaus wirklich aussehen, wird sich bei der Abstimmung über die anstehenden Schlüsselreformen, beispielsweise der Restrukturierung des Elektrizitätssektors oder der Erhöhung der Steuerlast für die Erdölindustrie, zeigen.

Galina Michaleva

Kommentar: Demokratische Politik nach den Dumawahlen

Das Ergebnis der Dumawahlen

Die Dumawahlen 2003 haben ein Parlament geschaffen, das völlig unter der Kontrolle des Kremls steht. Dies ist das Ergebnis einer Wahlkampagne, die zugleich das Wesen des entstandenen politischen Regimes kenntlich macht – als das eines korrupten Polizeistaats, der demokratische Institutionen und Prozeduren durch Imitationen ersetzt. Die Siegerparteien sind keine Organisationen, die einen Dialog zwischen Gesellschaft und Staatsmacht gewährleisten, und sie übernehmen daher auch nicht die grundlegenden Funktionen einer Partei, nämlich die Vertretung der Interessen von verschiedenen sozialen Gruppen und die Formulierung von alternativen politischen Ideen.

„Einiges Russland“ ist eine bürokratische Organisation, die die „exekutive Vertikale“ der Bürokratie dupliziert, um Wählermehrheiten zu sichern. „Heimat“ ist ein PR-Projekt des Kremls, das erfolgreich die gleichmacherischen und die nationalistischen Stimmungen mobilisiert hat. Die Liberaldemokratische Partei (LDPR) ist eine Marionettenorganisation, die schon seit 1991 die radikal nationalistischen und Protestwähler mobilisiert und eine Oppositionspartei simuliert, bei zentralen Abstimmungen jedoch mit dem Kreml stimmt. Die einzige Ausnahme, die Kommunistische Partei mit 12,65% der Stimmen und 52 Sitzen, kann das Gesamtbild nicht ändern, da sie auf Abstimmungsergebnisse in der Duma keinen Einfluss mehr nehmen kann.

Da der Kreml über eine verfassungsändernde Mehrheit verfügt, ist dieses Parlament nicht nur ein Garant dafür, dass alle Gesetzesvorschläge von Seiten des Präsidenten und der Regierung verabschiedet werden, sondern – was sehr viel gefährlicher ist – es kann auch grundlegende Bestimmungen der Verfassung ändern. Es kann zum Beispiel die Amtsperiode des Präsidenten verlängern, die Bestimmung abschaffen, dass ein und dieselbe Person maximal nur für zwei Amtsperioden zum Präsidenten gewählt werden darf, es kann die Prinzipien des Föderalismus beschneiden, wie auch die regionale Selbstverwaltung oder sogar bürgerliche Rechte und Freiheiten.

Das völlige Fehlen von Gewaltenteilung, eines Systems von „*checks and balances*“, und von Kontrollmechanismen seitens der Bürger führen zu einer Unterhöhlung der Institution des Parlaments. Da es auch keine unabhängige Judikative und keine unabhängigen Massenmedien gibt, bedeutet das Fehlen von öffentlich diskutierten Alternativen zu dem von der Machtelite eingeschlagenen politischen Kurs einen weiteren Schritt in Richtung auf Stärkung des Autoritarismus. Der politische Entscheidungsprozess wird für die Bürger völlig undurchsichtig, die Möglichkeiten für Willkürentscheidungen werden erweitert. Die Gruppen, die ihre Positionen durch die Wahlen gestärkt haben, können mit minimalem Aufwand und großer Wirkung ihre Ziele verfolgen: die Umverteilung des Eigentums zu ihren Gunsten und die Konsolidierung der Macht.

Wie geht es weiter?

Gibt es im zukünftigen Russland noch einen Platz für liberale Parteien, die die Interessen der Bürger vertreten und verteidigen wollen? Den gibt es, und zwar so lange (oder falls) das autoritäre Regime nicht weiter gestärkt wird. Falls dies eintritt, bleibt nur ein Weg, der des zivilen Widerstandes, der Verteidigung der Menschenrechte und des Dissidententums.

Noch aber gibt es Wahlen, an denen die Bürger teilnehmen, Alternativen vorschlagen und auch ihre Bewertung der Politik kundtun können. Diese Möglichkeiten sind noch nicht ausgeschöpft.

Solange ein erheblicher Anteil der Bürger an den Werten Freiheit und Demokratie nicht enttäuscht verzweifelt, haben auch demokratische Parteien eine Chance.

„Jabloko“ muss diese Chance jetzt nutzen, in erster Linie bei den bevorstehenden Regional- und Kommunalwahlen. Zum zweiten müssen die Strukturen und Arbeitsformen der Partei selbst geändert werden, die Anstrengungen zur Einwerbung neuer Mitglieder müssen verstärkt werden. Eine noch schwierigere Aufgabe wird es sein, alle demokratischen Kräfte in einer breiten Koalition gegen die autoritären Entwicklungen zu vereinen, möglicherweise auch in neuen Parteistrukturen. Die ersten Schritte in dieser Richtung sind schon getan: es gibt einen vereinigten Rat von „Jabloko“ und „Union der Rechten Kräfte“, der jetzt vor allem eine gemeinsame Strategie für die Regionalwahlen erarbeiten muss.

Die Weigerung von „Jabloko“, einen Kandidaten für die Präsidentenwahlen zu stellen, ist ein bewusster und wohl überlegter Schritt. Unter den gegebenen Bedingungen werden diese Wahlen eine Farce sein. Außer Putin werden alle Teilnehmer die Rolle von Marionetten spielen, die das „Vertrauensreferendum für den Präsidenten“ legitimieren. Unter diesen Bedingungen können den anderen Kandidaten weder Geld noch Bekanntheit noch Parteistrukturen helfen. Denn selbst die Wahlbeteiligung und der Stimmenanteil, den sie erhalten werden, werden im Kreml bestimmt.

Nimmt man die Zahl derjenigen, die „Jabloko“ beitreten wollen, und die Appelle der Anhänger, so hat die Partei Chancen, in dieser für liberale Parteien schweren Periode zu überleben. Die heutige Welt mit ihrer schnellen Entwicklung, der Globalisierung, der Informations- und Biotechnologie und dem Terrorismus stellt die herrschende Eliten in autoritären Regimes vor immer schwierigere Herausforderungen. Nur Demokratien mit ihrer inhärenten Stabilität und Flexibilität sind fähig, auf äußere und innere Herausforderungen adäquat zu antworten und allgemeinen Wohlstand zu schaffen. Genau deswegen werden die autoritären Tendenzen mittel- oder sogar kurzfristig unvermeidlich von einer neuen Welle der Demokratisierung abgelöst werden. Dann werden Parteien, die die Interessen der Bürger und nicht die der herrschenden Elite vertreten, gefordert sein.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Endergebnis der Dumawahlen am 7.12.2004 (Listenwahl, föderaler Wahlkreis)

			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
1		In die Wahlliste eingetragene Wahlberechtigte	108.906.244	
2		An die Wahllokale ausgegebene Stimmzettel	105.287.865	
3		An die Wähler vorzeitig ausgegebene Stimmzettel	74.182	
4		An die Wähler am Tag der Wahl im Wahllokal ausgegebene Stimmzettel	57.310.746	
5		An die Wähler am Tag der Wahl außerhalb des Wahllokals ausgegebene Stimmzettel	3.327.371	
6		Entwertete Stimmzettel	44.573.173	
7		Stimmzettel in beweglichen Urnen	3.392.631	
8		Stimmzettel in stationären Urnen	57.240.548	
9		Ungültige Stimmen	948.411	0,87%
10		Gültige Stimmen	59.684.768	54,80%
		Wahlbeteiligung	60.633.179	55,67%
11		Wahlscheine, die im Wahllokal abgegeben wurden	1.639.669	
12		Wahlscheine, die vor der Abstimmung vom Wahllokal abgegeben wurden	695.911	

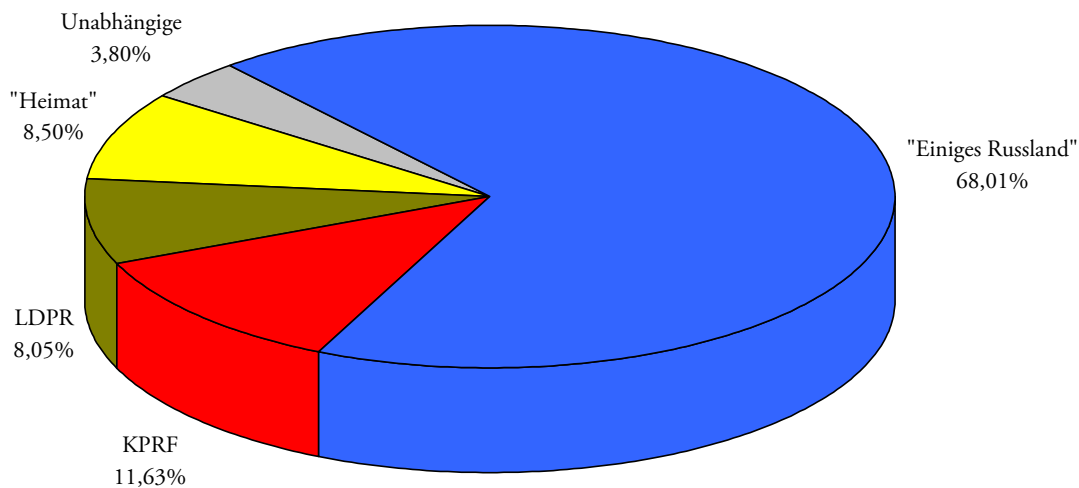
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
13		Wähler, die im Wahllokal mit Wahlschein abstimmten	572.926	
14		Entwertete, nicht benutzte Wahlscheine	946.052	
15		Wahlscheine, die vor der Abstimmung von der territorialen Kommission ausgegeben wurden	26.026	
16		Zahl der verlorenen Stimmzettel	3.108	
17		Zahl der bei der Annahme nicht registrierten Stimmzettel	715	
Parteien und Wahlblöcke, die eine föderale Kandidatenliste vorgelegt haben			Zahl der Stimmen für jede föderale Liste	
18	1.	Konzeptuelle Partei „Vereinigung“	710.538	1,17%
19	2.	Union der Rechten Kräfte (SPS)	2.408.356	3,97%
20	3.	Wahlblock „Russische Partei der Pensionäre und Partei der sozialen Gerechtigkeit“	1.874.739	3,09%
21	4.	Jabloko	2.609.823	4,30%
22	5.	„Für die heilige Rus“	298.795	0,49%
23	6.	Vereinigte Russische Partei „Rus“	147.423	0,24%
24	7.	Wahlblock „Neuer Kurs – Automobilisten Russlands“	509.241	0,84%
25	8.	Volksrepublikanische Partei Russland	80.416	0,13%
26	9.	Russische ökologische Partei „Die Grünen“	253.983	0,42%
27	10.	Agrarpartei Russlands	2.205.704	3,64%
28	11.	„Wahre Patrioten Russlands“	149.144	0,25%
29	12.	Volkspartei der Russischen Föderation	714.652	1,18%
30	13.	Demokratische Partei Russlands	136.294	0,22%
31	14.	Wahlblock „Großrussland – Eurasische Union“	170.786	0,28%
32	15.	Union der Menschen für Bildung und Wissenschaft	107.444	0,18%
33	16.	Wahlblock „Heimat“ (volkspatriotische Union)	5.469.556	9,02%
34	17.	Russische politische Partei für Frieden und Einheit	148.948	0,25%
35	18.	Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR)	6.943.885	11,45%
36	19.	Wahlblock „Partei der Wiedergeburt Russlands – russische Partei des Lebens“	1.140.333	1,88%
37	20.	Einiges Russland	22.779.279	37,57%
38	21.	Russische Konstitutionell-demokratische Partei	113.184	0,19%
39	22.	Entwicklung des Unternehmertums	212.825	0,35%
40	23.	Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)	7.647.820	12,61%
41		Gegen alle	2.851.600	4,70%
Wahlbeteiligung				
		Wahlbeteiligung (gültige + ungültige Stimmen)	60.633.179	100,00%
		in % der Wahlberechtigten		55,67%

Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission <<http://gd2003.cikrf.ru/etc/vestnik2.xls>>

Sitzverteilung in der Duma 2004

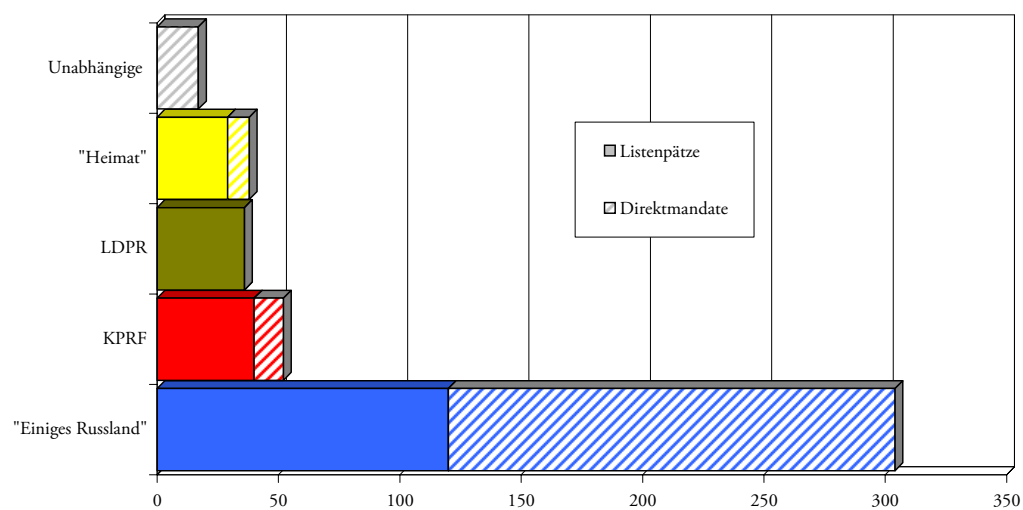
<i>Fraktion</i>	<i>Abgeordnete nach Wahlergebnis</i>			<i>Zusammensetzung der Fraktionen</i>		
	<i>(7. Dezember 2003)</i>			<i>(Ende Januar 2004)</i>		
	<i>Listen- plätze</i>	<i>Direkt- mandate</i>	<i>Zusammen</i>	<i>Listen- plätze</i>	<i>Direkt- mandate</i>	<i>Zusammen</i>
Sitze nach Reglement	225	225	450	225	225	450
„Einiges Russland“	120	104	224	120	184	304
KPRF	40	12	52	40	12	52
LDPR	36		36	36		36
„Heimat“	29	8	37	29	9	38
Agrarpartei		2	2			
Unternehmertum		1	1			
Neuer Kurs- Automobiles Russland		1	1			
Partei des Lebens		3	3			
Volkspartei		17	17			
Union der Rechten Kräfte		3	3			
Jabloko		4	4			
Unabhängige Abgeordnete		68	68		17	17
Zusammen	225	223	448	225	222	447
Nicht besetzt	0	2	2	0	3	3

Sitzverteilung in der Staatsduma 2004 in %



Ermittelt nach den Angaben der Dumaseite <www.duma.gov.ru> und der Wahlseite bei RFE
<www.rferl.org/specials/russianelection/>

Fraktionen in der Staatsduma Ende Januar 2004



Kräfteverschiebungen zwischen den Fraktionen 1999–2004

Fraktionen und Abgeordnetengruppen	Anzahl der Abgeordneten		in %		Status	
	1999–2003	2004	1999–2003	2004	1999–2003	2004
Einheit	83		18,4%		Fraktion	
Vaterland – Ganz Russland	51		11,3%		Fraktion	
Einheitliches Russland		304		67,6%		Fraktion
KPRF	82	52	18,2%	11,6%	Fraktion	Fraktion
LDPR	12	36	2,7%	8,0%	Fraktion	Fraktion
SPS	32		7,1%		Fraktion	
Jabloko	17		3,8%		Fraktion	
Heimat		38		8,4%		Fraktion
„Volksdeputierte“	56		12,4%		Abgeordneten- gruppe	
„Agrarindustrielle Gruppe“	43		9,6%		Abgeordneten- gruppe	
„Regionen Russlands“	47		10,4%		Abgeordneten- gruppe	
Unabhängige Abgeordnete	23	17	5,1%	3,8%		
Zusammen	446	447	99,1%	99,3%		
Gesamtzahl laut Reglement	450	450	100,0%	100,0%		

Besetzung der Schlüsselposten in der Duma Januar 2004

<i>Funktion</i>		<i>Name</i>	<i>Partei</i>
Vorsitzender der Staatsduma		Boris Gryslow	Einiges Russland
Erste stellvertretende Vorsitzende		Alexander Schukow	Einiges Russland
		Ljubow Sliska	Einiges Russland
Stellvertretende Vorsitzende		Georgij Boos	Einiges Russland
		Wjatscheslaw Wolodin	Einiges Russland
		Wladimir Schirinowskij	LDPR
		Valentin Kupzow	KPRF
		Oleg Morosow	Einiges Russland
		Wladimir Pechtin	Einiges Russland
		Dmitrij Rogosin	Heimat
		Arthur Tschilingarow	Einiges Russland
Vorsitzender der Beglaubigungs- und Ethik-Kommission		Gennadij Rajkow	Einiges Russland
Ausschussvorsitzende			
1	<i>Gesetzgebung</i>	Pawel Krascheninnikow	Einiges Russland
2	<i>Verfassung und Staat</i>	Wladimir Pligin	Einiges Russland
3	<i>Arbeit- und Sozialpolitik</i>	Andrej Isajew	Einiges Russland
4	<i>Budget und Steuern</i>	Jurij Wasiljew	Einiges Russland
5	<i>Kreditorganisationen und Finanzmarkt</i>	Wladislaw Resnik	Einiges Russland
6	<i>Wirtschaft, Unternehmertum und Tourismus</i>	Walerij Draganow	Einiges Russland
7	<i>Eigentum</i>	Viktor Pleskatschewskij	Einiges Russland
8	<i>Industrie und Technologie</i>	Martin Schakkum	Einiges Russland
9	<i>Energie, Transport, Kommunikation</i>	Walerij Jasew	Einiges Russland
10	<i>Verteidigung</i>	Viktor Sawarsin	Einiges Russland
11	<i>Sicherheit</i>	Wladimir Wasiljew	Einiges Russland
12	<i>Auswärtige Angelegenheiten</i>	Konstantin Kosatschjow	Einiges Russland
13	<i>GUS und Russen im Ausland</i>	Andrei Kokoschin	Einiges Russland
14	<i>Regionen</i>	Viktor Grischin	Einiges Russland
15	<i>Regionalverwaltung</i>	Wladimir Mokrij	Einiges Russland
16	<i>Dumaverwaltung</i>	Oleg Kowaljow	Einiges Russland
17	<i>Informationspolitik</i>	Walerij Komissarow	Einiges Russland
18	<i>Gesundheitswesen</i>	Tatjana Jakowlewa	Einiges Russland
19	<i>Bildung und Wissenschaft</i>	Nikolai Bulajew	Einiges Russland
20	<i>Frauen, Familien, Jugend</i>	Jekaterina Lachowa	Einiges Russland
21	<i>Landwirtschaft</i>	Gennadij Kulik	Einiges Russland
22	<i>Bodenschätze</i>	Natalja Komarowa	Einiges Russland
23	<i>Umweltschutz</i>	Wladimir Gratschjow	Einiges Russland
24	<i>Kultur</i>	Iosif Kobson	Einiges Russland
25	<i>Nationalitäten</i>	Jewgenij Trofimow	Einiges Russland
26	<i>Sport</i>	Wladimir Gorjunow	Einiges Russland
27	<i>Öffentliche und religiöse Organisationen</i>	Sergei Popow	Einiges Russland
28	<i>Norden und Fernost</i>	Valentina Piwnenko	Einiges Russland
29	<i>Veteranen</i>	Nikolai Kowaljow	Einiges Russland

Nach: <http://www.moscowtimes.ru/stories/2004/01/19/012.html>

Hans-Henning Schröder

Rückblick auf die Dumawahlen im Dezember 2003:

Was sind russische Wahlprognosen wert?

Die russischen Meinungsforschungsinstitute durften nach dem 1. Dezember 2003 keine Prognosen über den Ausgang der Dumawahlen mehr publizierten. Daher stammen die letzten veröffentlichten Voraussagen aus dem November. Indes haben sich die wichtigsten Institute an einem nichtöffentlichen Wettbewerb (Konkurs „Politprognos-2003“) beteiligt, bei dem es um die Genauigkeit der Prognosen ging. Verglichen wurden Daten, die bis zum 5. Dezember einzureichen waren. Diese Voraussagen sind jetzt veröffentlicht worden.

Vergleicht man die veröffentlichten Wahlprognosen des Lewada-Instituts (früher VCIOM-A), des Allrussischen Meinungsforschungsinstituts (VCIOM) und der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) mit dem offiziellen Endergebnis, so erkennt man eine Reihe von Abweichungen. Alle drei liegen bei der KPRF deutlich zu hoch. Hier liegt offenbar eine Entwicklung vor, die mit dem vorhandenen Instrumentarium nicht prognostizierbar war. Dagegen sagen alle zutreffendermaßen hohe Gewinne für „Einiges Russland“ voraus. Die niedrigen Werte für die liberalen Parteien werden von Lewada und FOM ebenfalls richtig prognostiziert. Nur das FOM schätzt die Chancen von „Liberaldemokraten“ und „Heimat“ korrekt ein, Lewada und VCIOM unterschätzen diese beiden Parteien. Im Großen und Ganzen sind die Dezemberprognosen aber – abgesehen von den Angaben für die KPRF – einigermaßen brauchbar.

Was ins Auge sticht, sind die Unterschiede zwischen den veröffentlichten November- und den nichtveröffentlichten Dezemberprognosen. Im November geben FOM und Lewada die Chancen für „Einiges Russland“ systematisch zu tief an – und liegen damit deutlich unter ihren eigenen Angaben im Dezember. Die liberalen Parteien sieht Lewada im Dezember unter der 5%-Grenze, gibt im November aber an, sie lägen darüber. Das FOM verhält sich genau umgekehrt. Bei der KPRF liegen FOM und VCIOM-A mit ihren Novemberschätzungen wiederum deutlich unter den Dezemberannahmen.

Aus dem Gesagten wird deutlich, dass die veröffentlichten Prognosen nicht wirklich ernst zu nehmen sind. Die tatsächliche Prognosefähigkeit der Institute ist aber, das zeigt der Wettbewerb im Dezember, weit besser als die Novemberdaten vermuten lassen. Ob die Mängel in den öffentlichen Voraussagen Folge wechselnder Wählerstimmungen sind, ob sie auf Erhebungsfehlern beruhen, oder ob hinter der Datenpräsentation politisches Kalkül steckt, kann von hier aus nicht entschieden werden.

Anmerkung:

Das namhafte, von Lewada geführte *Allrussische Meinungsforschungsinstitut (VCIOM)* ist im Herbst 2003 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden und hat ein von der staatlichen Exekutive eingesetztes Management erhalten. Lewada und seine Mitarbeiter haben daraufhin ein neues Institut gegründet, das sie zunächst *VCIOM-A* nannten. Nachdem die Behörden diesen Namensgebrauch untersagt haben, ist es jetzt in *Lewada-Institut* umbenannt worden.

Letzte veröffentlichte Prognosen russischer Meinungsforschungsinstitute vor der Wahl im Vergleich zu den nichtveröffentlichten

<i>Partei</i>	<i>Offizielles Endergebnis</i>	<i>Lewada</i>		<i>FOM</i>		<i>„VCIOM“</i>		
		<i>15.- 16.11. 2003</i>	<i>„Konkurs“, 5.12. 2003</i>	<i>29.– 30.11. 2003</i>	<i>„Konkurs“, 5.12. 2003</i>	<i>Ende November 2003</i>	<i>Mini- mum</i>	<i>„Konkurs“, 5.12. 2003</i>
Union der Rechten Kräfte (SPS)	4,0%	6,0%	4,7%	3,4%	5,0%	5,5%	7,0%	7,0%
Jabloko	4,3%	6,0%	4,9%	2,7%	5,0%	5,0%	6,0%	5,0%
Wahlblock „Heimat“ (volkspatriotische Union)	9,0%	3,0%	5,5%	4,4%	9,0%	5,0%	6,0%	5,0%
Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR)	11,5%	8,0%	8,9%	7,3%	11,0%	7,0%	9,0%	7,0%
Einiges Russland	37,6%	29,0%	40,6%	28,1%	38,0%	40,0%	43,0%	32,5%
Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)	12,6%	23,0%	22,0%	15,8%	18,0%	12,0%	15,0%	22,0%
Gegen alle	4,7%	5,0%	4,8%	5,0%	4,0%			7,5%
Weiß nicht, unentschieden	1,6%	14,0%		18,3%				
Werde nicht teilnehmen		entfällt		7,9%				

Nach: Russlandanalysen 9/2003, Seite 7; ferner: www.fom.ru/misc/031222.zip. Die Lewada-Daten vom 15./16. November beziehen sich nur auf Personen, die an der Wahl teilnehmen wollen.

Politische Grundstimmungen und Wählerverhalten

Die Ergebnisse der Dumawahlen haben einen Teil der intellektuellen „Eliten“ in Russland und viele Experten im Ausland überrascht. Noch eine Woche vor den Wahlen hatten diese Beobachter nicht damit gerechnet, dass die pro-präsidentiale Partei „Einiges Russland“ – ohne mit kleineren Parteien Koalitionen eingehen zu müssen – in der Duma eine verfassungsändernde Mehrheit erreichen könnte. Niemand sah voraus, dass die Kommunisten eine deutliche Niederlage erleiden und dabei auf den dritten Rang im russischen Parlament zurückfallen würden, und dass keine der liberalen Parteien, weder Jabloko noch „Union der Rechten Kräfte“ im Parlament vertreten sein würden. Es glaubte auch niemand, dass der Nationalpopulist Shirinowskij eine zweite Auferstehung feiern könnte und, dass das seltsame Bündnis von linken Keynesianern und „wohlmeinenden“ nationalistischen Intellektuellen, das unter dem Namen „Heimat“ wenige Monate vor den Wahlen gebildet wurde, in der Abgeordnetenzahl mit den Veteranen der russischen Duma, der KPRF und Shirinowskij liberal-demokratischer Partei gleichziehen würde. Die deutlichen Fehleinschätzungen sind vor allem darauf zurückzuführen, dass sich Beobachter in Russland wie im Ausland von emotionalen Bewertungen beeinflussen ließen, statt nüchtern gesellschaftliche Stimmungen und die Kräfteverhältnisse zu analysieren.

Gesellschaftlicher Wandel und Reform

Indes erlaubt eine Einbeziehung der tiefgreifenden Veränderungen der Sozialstruktur, der Werte und Einstellungen der Bevölkerung, die in den letzten Jahren eingetreten sind und die schon lange vor den Wahlen selbst mit unbewaffnetem Auge erkennbar waren, zum einen eine nüchterne Bewertung des Wahlergebnisses und zum anderen zumindest eine mittelfristige Prognose künftiger Entwicklungen.

Eine solche umfassendere Analyse lässt vor allem erkennen, dass sich die soziale Basis der Reformen (bzw. dessen, was die politische Führung gemeinhin als Reformen definiert) in Russland wenigstens zwei Mal geändert hat. Dementsprechend haben sich auch der weltanschauliche Rahmen und die Werthaltungen geändert, an denen sich der eigentliche Hegemon der Transformation orientiert – die herrschende Schicht. Zunächst, während der Periode der „späten“ Perestroika und in der Anfangsetappe der marktwirtschaftlichen Reformen war dies vor allem die spätsowjetische Mittelklasse, insbesondere ihre unteren und mittleren Segmente – Bergarbeiter, Lehrer, Ärzte und ein Teil der Ingenieure (außerhalb des militärisch-industriellen Komplexes). Sie alle waren überzeugt, dass sie über ein großes Humankapital verfügten, für ihre Arbeit aber nicht ausreichend entlohnt würden. Sie hatten naive und romantische Vorstellungen von Marktwirtschaft und Demokratie.

Der Gajdar'sche Reformansatz brachte gerade diese Bevölkerungsgruppen an den Rand der Armut. Infolgedessen wandten sich gerade die Schichten, die die Demokraten in den späten 1980ern und frühen 1990ern unterstützt hatten, von den Reformen enttäuscht ab. Ihre Interessen waren es, die der Oberste Sowjet bis zu seiner gewaltsamen Auflösung im Oktober 1993 gegen Präsident Jelzin verteidigte.

An die Stelle der sozialen Massenbasis für die Reform traten nun die zukünftigen Oligarchen, das heißt jene jungen und energischen Vertreter der „Komsomolwirtschaft“ der späten 1980er Jahre, denen es während der Privatisierung gelang, Kontakte mit Politik und Apparaten zu knüpfen und diese Beziehungen ihren Interessen nutzbar zu machen. Es etablierte sich ein „Amigo-Kapitalismus“. Zugleich rekrutierte sich aus Teilen der Bevölkerung, die sich der neuen Lage anpassten und willens waren, die Verantwortung für die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen, ein Kleinunternehmertum. Die Regierung unterstützte die Kleinunternehmer nicht,

störte sie aber auch nicht in ihren Aktivitäten. Oligarchen und Kleinunternehmer, nach Vermögen, Beruf und Bildung sehr unterschiedlich, wurden Mitte der 1990er Jahre zur sozialen Basis des Jelzin'schen Regimes.

Mit dem Übergang in das neue Jahrhundert kam es wiederum zu tief greifende Veränderungen. Zum einen ging die Periode der „ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“ im Großen und Ganzen zu Ende. Gleichzeitig nahmen Druck und Erpressung von Seiten der staatlichen Kontrollorgane zu. Für das Kleinunternehmertum bedeutete dies ein Ende der Aufstiegsmöglichkeiten.

Auf der anderen Seite führte aber die günstige Entwicklung der internationalen Rohstoffmärkte dazu, dass Russland seit 1999 ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erlebt. Dieses begünstigt auch die großen privatisierten Unternehmen, von denen etliche noch 1998 vor dem Aus gestanden hatten. Gleichzeitig sind die Löhne schnell gewachsen und eine gewisse Liberalisierung der Steuern führte dazu, dass ein Teil des „Schatteneinkommens“ legalisiert wurde. Im Ergebnis festigte sich bei einer breiten Bevölkerungsschicht die Überzeugung, dass die Chancen, als selbständiger Unternehmer Erfolg zu haben, gering seien, während Lohnarbeit ein verlässlicher und weniger arbeitsintensiver Weg sei, einen ausreichenden Lebensstandard zu sichern.

Lobbies und Interessengruppen

Während die Vertreter der Kleinunternehmer grundsätzlich nicht zu einem geschlossenen Auftreten gegenüber der Politik fanden, waren zwei andere kleine Interessengruppen – Oligarchen und bürokratische Oberschicht – ausgesprochen einflussreich. Während bei den Oligarchen ein Konsens nur in extremen Fällen möglich war (etwa bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1996) und sie sich ansonsten bis aufs Messer bekämpften, organisierten sich die leitenden Mitarbeiter der staatlichen Bürokratie als ein geschlossenes, durch gemeinsame Interessen geeintes korporatives Ganzes. Für sie – die „Tschinowniki“ – sind Wohlstand und Karrieremöglichkeiten eng verbunden mit dem Putinschen Konzept von gelenkter Demokratie und Markt verbunden.

In Ermangelung anderer sozialer Gruppen, auf die sie sich stützen könnte, sieht die heutige russische Staatsmacht ihre soziale Basis in erster Linie in der Bürokratie und ergänzend in jenem Teil der Privatunternehmer, der bereit ist, die neuen Spielregeln zu befolgen, und in der großen Gruppe der Angestellten, die aus öffentlichen Haushalten bezahlt werden.

Die „Tschinowniki“ – die Staatsbeamten – insbesondere die in höheren und mittleren Rängen, bilden heute den Kern der russischen Mittelklasse. Sie sind der gebildetste, materielle abgesichertste und selbstbewussteste Teil der Gesellschaft, der sich seiner Zukunft sicher ist und die Agenda des politischen Lebens diktiert. Die „Tschinowniki“ stellen heute die überwältigende Mehrheit der russischen Mittelklasse, nicht der verwestlichte Teil der intellektuellen Eliten, an denen sich die Führer der Wahlverlierer „Union der Rechten Kräfte“ und „Jabloko“ orientierten. Der echte, d.h. durch die „Tschinowniki“ repräsentierte russische Mittelstand, stimmte in der überwiegenden Mehrheit für die Putin-nahe Partei „Einiges Russland“.

Einen Einblick in die Vorstellungen dieser Gruppe, ihrer Ansichten zu fundamentalen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung, gibt eine Umfrage, die im Sommer 2003, also kurz vor den Dumawahlen, in ganz Russland durchgeführt wurde. Sie zeigt deutlich, dass das Kredo dieser bürokratischen Mittelschicht ein „starker Staat“ und „law and order“ sind. Marktwirtschaft findet nur soweit Zustimmung, wie sie für Wirtschaftswachstum als notwendig erachtet wird. Die Bürokratie wird als zentraler Gestalter gesellschaftlicher Veränderungen wahrgenommen. Offensichtlich verkörpert die Politik Putins, die eine Verbindung liberaler wirtschaftspolitischer Ziele mit bürokratischen Methoden ihrer Implementierung ist, diese Vorstellungen und Erwartungen (vgl. Tabelle 1 bis 4 auf Seite 22). Gleichzeitig decken sie sich mit der Haltung breiter Schichten der russischen Bevölkerung.

In der russischen Gesellschaft war dies keineswegs immer so. Noch Mitte der 1990er Jahre waren Grundwerte einer liberalen Gesellschaft, zum Beispiel Freiheit des Wortes, Bewegungsfreiheit und unternehmerische Freiheit, im Massenbewusstsein verwurzelt und hatten, trotz einer nüchternen Bewertung der äußerst schwierigen Lage im Land, ziemlich viele Anhänger.

Zu Anfang des 21. Jahrhunderts schlug die Stimmung um. Die klassischen liberalen Werte finden immer weniger Anhänger. Der Anteil derjenigen, die für eine verstärkte Rolle des Staates in der Wirtschaft, für eine im Wesentlichen paternalistische Sozialpolitik und für eine äußerst instrumentale Interpretation der Demokratie (Demokratie als Mittel und nicht Ziel der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung) eintreten, nimmt wieder zu (Tabelle 5 auf Seite 23).

Hoffnung auf Reform und politisches Umdenken?

Trotz einer nach wie vor großen Popularität Präsident Putins als konsolidierendem Faktor darf man nicht übersehen, dass die Bevölkerung die Ergebnisse seiner ersten Amtsperiode, was wichtige Rechte, Freiheiten und soziale Garantien angeht, sehr kritisch bewertet (Tabelle 6 auf Seite 24). Die gesellschaftliche Meinung drängt die politische Führung also, von der derzeitigen Pseudostabilität Abschied zu nehmen und eine umfangreiche und energische soziale, wirtschaftliche und politische Transformation einzuleiten.

Offensichtlich sind für die Fortsetzung der Reformen eine Reihe ernsthafter gesetzgeberischer und administrativer Schritte notwendig. Die Verwirklichung solcher Maßnahmen verlangt von der Präsidentenpartei „Einiges Russland“ etwas mehr als bloße Ergebnisadressen. Dadurch könnte es innerhalb der Partei zu Spaltungen zwischen Anhängern einer liberaleren Linie und Konservativen kommen.

Langfristig hängt der Übergang zu einer konsequenteren und energischeren sozialen und wirtschaftlichen Transformation von wenigstens zwei wichtigen Faktoren ab. Zum einen hat sich in Russland, ungeachtet der ungünstigen Bedingungen, eine breite Schicht gebildet – von Geschäftsleuten und Topmanagern bis zu Freiberuflern –, die die Verantwortung für sich selbst in die eigenen Hände genommen haben. Sie können zeitweise die Bürokratie auf ihrem Weg begleiten, sie werden aber niemals eine weitgehende Kontrolle ihrer Aktivitäten akzeptieren. Zum andern zeigen alle Meinungsumfragen der letzten Jahre, dass die Ausbildung der Kinder bei der Verwendung der begrenzten Ressourcen der Bevölkerung Priorität genießt. Sogar die ärmeren Schichten wenden einen bedeutenden Teil ihrer Ressourcen dafür auf. Heute erhalten mehr als 55% der Jugendlichen über 18 Jahre eine Hochschulausbildung, was die entsprechenden Indikatoren der Sowjetzeit um ein Vielfaches übertrifft. Es wird schwer sein, einer solchen Bevölkerung ein Staats- und Gesellschaftsmodell aufzuzwingen, bei dem sie im Gleichschritt mit der Staatsmacht voranschreiten soll. Viel eher wird die Staatsmacht auf die Gesellschaft Rücksicht nehmen müssen.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Tabelle 1: Welcher der folgenden Ideen stimmen Sie zu?
(in % von der betreffenden Bevölkerungsschicht, bis zu 3 Antworten möglich)

<i>Ich bin für...</i>	<i>Mittelschicht</i>	<i>Übrige Bevölkerung</i>	<i>Differenz</i>
Einen starken Staat	49,7%	47,5%	2,2%
Freiheit und Bürgerrechte, gegen staatliche Willkür	31,6%	25,6%	6,0%
Schutz der armen Bevölkerungsschichten	24,2%	40,8%	-16,6%
Begrenzung des Zustroms von Immigranten	18,9%	20,5%	-1,6%
Entwicklung des Markts	14,4%	5,8%	8,6%
Bessere Erfolgchancen für Qualifizierte	10,7%	5,4%	5,3%
Stärkung der Autonomie der Regionen	9,9%	7,1%	2,8%
Mehr Selbstverwaltung und Arbeitnehmerrechte	7,6%	9,2%	-1,6%
Keines der hypothetischen Parteiprogramme	12,0%	17,4%	-5,4%
Schwer zu sagen	9,8%	9,4%	0,4%

Tabelle 2: Freiheit oder Gerechtigkeit – welche Ordnung würden Sie bevorzugen?

<i>Die gesellschaftliche Ordnung sollte eher beruhen auf...</i>	<i>Mittelschicht</i>		<i>Übrige Bevölkerung</i>	
	<i>2003</i>	<i>1999</i>	<i>2003</i>	<i>1999</i>
Freiheit des Individuums	36,6%	46,8%	19,2%	42,5%
Sozialer Gerechtigkeit	38,9%	24,3%	55,5%	28,5%
Schwer zu sagen	24,4%	28,9%	25,3%	29,1%
	99,9%	100,0%	100,0%	100,1%

Tabelle 3 Befindet sich Russland auf dem Weg in eine gute Zukunft?
(in % von der betreffenden Bevölkerungsschicht)

<i>Dieser Weg...</i>	<i>Mittelschicht</i>	<i>Übrige Bevölkerung</i>
Ist richtig, Russland wird Erfolg haben	64,9%	46,1%
Ist falsch, wird Russland in eine aussichtslose Lage bringen	32,9%	50,9%
Weiß nicht	2,2%	3,0%
	100,0%	100,0%

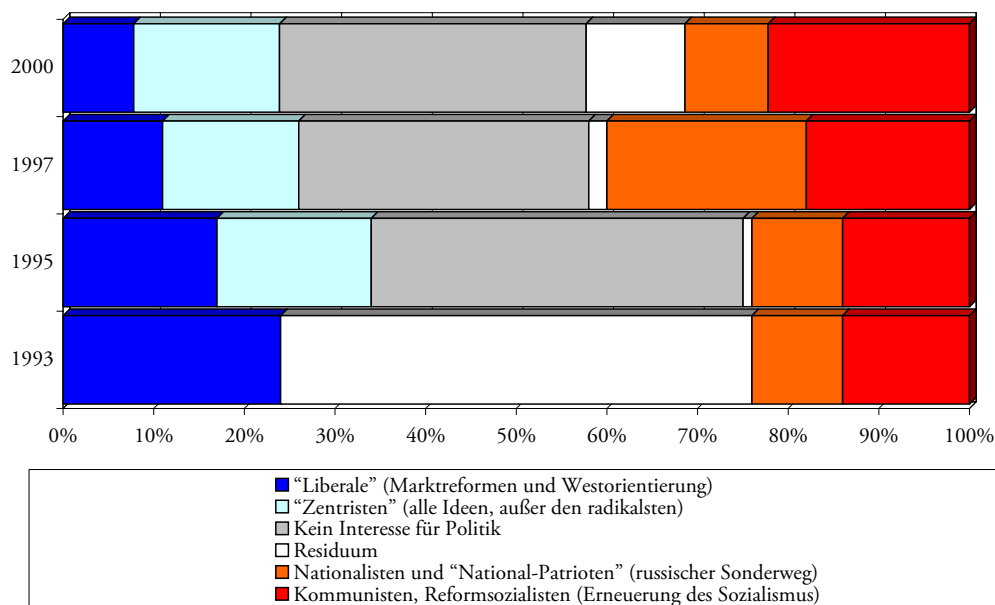
Tabelle 4: Was glauben Sie, was für ein Staatstypus im Verhältnis zur Wirtschaft entspricht eher den Interessen Russlands? (Eine Antwortmöglichkeit erlaubt!)

<i>Ein Staat, welcher...</i>	<i>Mittelschicht</i>	<i>Übrige Bevölkerung</i>
...die Zentralsteuerung der Wirtschaft und Preiskontrolle wiederherstellt	18,2%	28,5%
...seine Einmischung in die Wirtschaft minimiert und der Privatinitiative maximale Freiheit einräumt	8,9%	4,5%
...welcher den staatlichen Sektor wiederherstellt, dabei aber Freiräume für wirtschaftlichen und politischen Engagement der Bürger zulässt	46,4%	34,4%
Staatstypus spielt keine Rolle, das Land braucht einen Führer, welcher sämtliche Verantwortung für Russland übernimmt und eine entschlossene Politik durchführen wird	19,3%	23,3%
Schwer zu sagen	7,2%	9,4%
	100,0%	100,0%

Quelle für die Tabellen 1–4: Erhebung des IKSI im Auftrag der FES Moskau 2003
(Erhebung – Sommer 2003, N=2106 Befragte)

Tabelle 5: „Welches Gesellschaftsmodell unterstützen Sie?“
(Anhänger unterschiedlicher Gesellschaftsmodelle in % der Befragten)

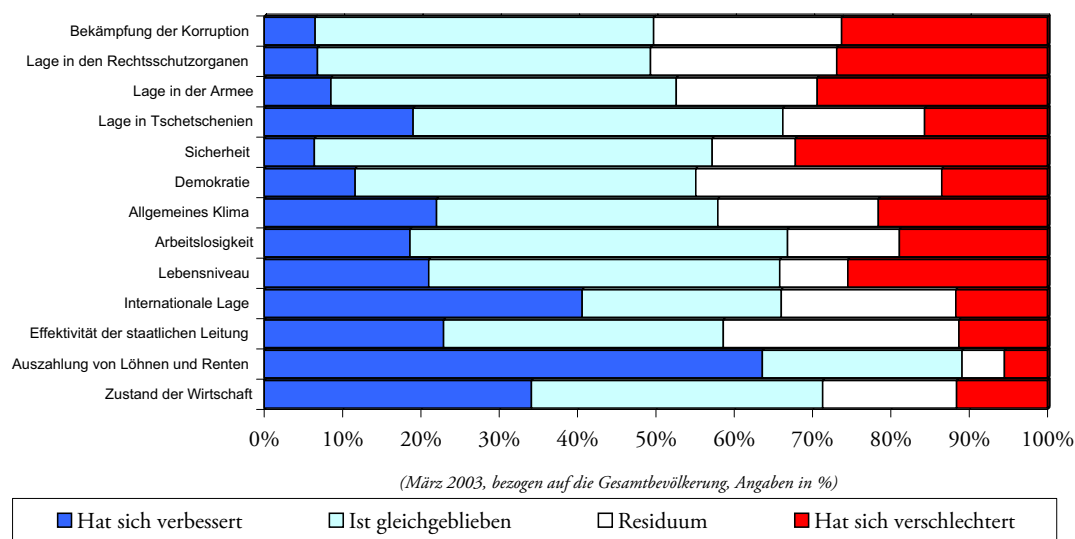
<i>Anhänger von:</i>	<i>1993</i>	<i>1995</i>	<i>1997</i>	<i>2000</i>
radikalen Marktformen und Annäherung an den Westen („Liberale“)	24,0%	17,0%	11,0%	7,8%
Wiedergeburt der russischen Nation und russischem Sonderweg (Nationalisten und „National-Patrioten“)	10,0%	10,0%	22,0%	9,2%
Wiedergeburt / Erneuerung des Sozialismus (Kommunisten, Reformsozialisten)	14,0%	14,0%	18,0%	22,2%
Anwendung verschiedener Ideen und Konzepte, außer den radikalsten („Zentristen“)	k.A.	17,0%	15,0%	16,1%
Kein Interesse für Politik	k.A.	41,0%	32,0%	33,8%
Residuum	52,0%	1,0%	2,0%	10,9%



Quelle: Erhebung des IKSI im Auftrag der FES Moskau 2003 (Erhebung - Sommer 2003, N=2106 Befragte)

Tabelle 6: „Wie haben sich folgende Bereiche in der Amtszeit Präsident Putins verändert?“
(März 2003, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, Angaben in %)

	<i>Hat sich verbessert</i>	<i>Ist gleich- geblieben</i>	<i>Hat sich ver- schlechtert</i>	<i>Residuum</i>
Allgemeiner Zustand der russischen Ökonomie	34,1%	37,2%	11,6%	17,1%
Pünktlichkeit der Auszahlung von Löhnen, Renten und sozialer Leistungen	63,6%	25,5%	5,5%	5,4%
Effektivität der staatlichen Führung des Landes	22,9%	35,7%	11,3%	30,1%
Internationale Lage des Landes	40,6%	25,4%	11,7%	22,3%
Lebensstandard der Bevölkerung	21,0%	44,8%	25,5%	8,7%
Problem der Arbeitslosigkeit	18,6%	48,2%	18,9%	14,3%
Allgemeines psychologisches Klima im Lande	22,0%	35,9%	21,6%	20,5%
Zustand der Demokratie im Lande	11,6%	43,5%	13,5%	31,4%
Sicherheit der Bürger	6,4%	50,8%	32,2%	10,6%
Lage in Tschetschenien	19,0%	47,2%	15,7%	18,1%
Lage in der Armee	8,5%	44,1%	29,4%	18,0%
Lage in den Rechtsschutzorganen (Gerichte, Innenministerium, Staatsanwaltschaft)	6,8%	42,5%	26,9%	23,8%
Bekämpfung der Korruption	6,5%	43,2%	26,3%	24,0%



Quelle: Erhebung des IKSI im Auftrag der FES Moskau 2003
(Erhebung – Sommer 2003, N=2106 Befragte)

Putins Image: Präsident der Einheit in der Not

Russlands Präsident Wladimir Putin erfreut sich in Russland einer hohen und anhaltenden Popularität. Sie macht es praktisch unmöglich, politisch *gegen* den Präsidenten aufzutreten. Auch der Ausgang der Präsidentschaftswahlen ist angesichts dieser Popularität klar vorhersehbar. Sie kontrastiert aber mit den niedrigen Vertrauenswerten, die alle anderen politischen Institutionen Russlands bei der Bevölkerung erreichen. In der Tat erfährt die Mehrheit der Bevölkerung staatliches Handeln im Alltag meist als schädlich und hinderlich. Die positiven Entwicklungen, die inzwischen spürbar sind, werden dem Präsidenten zugeschrieben, auf den sich die Hoffnungen auf eine Verbesserung der eigenen und der allgemeinen Lage konzentrieren. Verantwortlich für dieses Phänomen des gespaltenen Vertrauens ist eine Reihe von mehr oder weniger steuerbaren Faktoren, die im Folgenden überblicksartig zusammengestellt werden.

Der „Präsidenten-Bonus“

Es scheint, dass in vielen Ländern von breiten Bevölkerungsschichten die tatsächliche Ausübung von Macht als Qualifizierung zur Ausübung von Macht gesehen wird. In Russland ist dieses Phänomen mit der Vorstellung vom „guten Zaren“ traditionell besonders stark ausgeprägt. Auch im heutigen russischen Präsidialsystem verfügt der erste Mann über große Vollmachten. Zugleich beinhaltet das Amt des Präsidenten – als Vertreter der gesamten Nation – auch eine starke symbolische Funktion. Diese Symbolik wird von den Medien deutlich transportiert. In der Wahrnehmung der Bevölkerung erscheint Putin als ein über allem stehender allmächtiger Staatslenker, eine Vorstellung, die in der politischen Kultur des Landes verankert und daher leicht abrufbar ist. Der Präsident konzentriert als Staatsoberhaupt und Symbol der Nation – als „guter Zar“ – die Hoffnungen vieler Patrioten auf sich. Im Falle Putin kam noch ein weiteres Moment hinzu. Sein Vorgänger Boris Jelzin wurde gegen Ende seiner zweiten Amtsperiode aufgrund seines schwachen Gesundheitszustands und weitreichender Vorwürfe von Korruption von großen Teilen der Bevölkerung verachtet. Putin nutzte seine neue Position als Ministerpräsident und – seit dem 31. Dezember 1999 – amtierender Präsident, um ein vom Image seines Vorgängers deutlich abgesetztes eigenes Image zu etablieren. Nicht zuletzt dieser Kontrast beförderte seine Popularität.

Allgegenwart des Präsidenten in den Medien

Das entscheidende Mittel, um das Image des Präsidenten zu transportieren und auszugestalten, sind die russischen Medien, vor allem das Fernsehen. Der Präsident ist täglich in Bild, meist auch in Ton in den Nachrichten, häufig in mehreren Meldungen. Die Nachrichten zeigen: Er ist immer zur Stelle, wo etwas für das Land Bedeutsames geschieht.

Ein Standardgenre, das bereits zu Jelzins Zeiten entwickelt wurde, zeigt einen Minister, der dem Präsidenten über seine Arbeit Bericht erstattet. In ruhigem Ton und in konzentrierter Arbeitsatmosphäre wird referiert, zugestimmt, aber auch in allgemeinen Phrasen kritisiert. Der Zuschauer sieht: Die Minister sind dem Präsidenten untergeordnet, sie respektieren ihn, fürchten ihn sogar. Der Präsident hat ein Auge auf alles, was in der Regierung geschieht, er arbeitet intensiv, kümmert sich um das Schicksal des Landes. Ebenso sieht man den Präsidenten mit anderen Bevölkerungsgruppen, mit Kriegsveteranen, Rentnern, Arbeitern, Gelehrten, jungen Milizionären oder Soldaten. Der Zuschauer sieht: Jeder, Präsident und Bürger, tut an seinem Platz für die Gemeinschaft, was er kann. Alle Feiertage und für die Bürger bedeutsamen Tage werden vom Präsidenten begleitet, er ist mit seinen Bürgern. Galant bringt er etwa anlässlich des Frauentags

einen Toast auf die Schönheit und Wichtigkeit der Frauen aus. Auch zum Schulbeginn wird Putin gezeigt, wie er ABC-Schützen zur Schule begleitet, ihnen gratuliert und eine kleine Ansprache hält. Zum orthodoxen Heiligabend wird die Übertragung des Gottesdienstes aus der Erlöserkirche in Moskau unterbrochen, um zu zeigen, wie der Präsident in einer kleinen Provinzkirche, kurz nach einem Arbeitstreffen, am Gottesdienst teilnimmt. Die Beispiele ließen sich endlos fortsetzen.

Putins Stil

Das Image des Präsidenten hat eine Reihe von Grundzügen: Putin ist jung, sportlich und in jeder Hinsicht trocken. Er betreibt Judo, fährt Ski und hat einen dynamisch federnden Gang. All dies setzt ihn deutlich von seinem Vorgänger ab und signalisiert, dass die Probleme des Landes energisch angegangen werden. Dabei ist Putin leidenschaftslos und ruhig. Einige Beobachter meinen, dass Putins Image bewusst „farblos“ gehalten wird, um eine Projektionsfläche für die Vorstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zu bieten. Er verhält sich im Gegensatz zu Jelzin nicht impulsiv, sondern klar, berechenbar und zuverlässig. Er ist betont nüchtern und rational, sein Gesicht meist unbewegt, seine Gesten sparsam. Fast nie erhebt er seine Stimme, meist spricht er langsam, mit relativ großen, effektiv gesetzten Pausen (ohne, wie sein Vorgänger, allzu lange Pausen, die Konzentrationsschwäche vermitteln, zuzulassen). Damit unterstreicht er den Ernst der politischen Probleme, an deren Lösung er arbeitet, wobei er als unpersönlicher Diener einer wichtigen Sache erscheint.

Putin schätzt militärische Tugenden und hebt in seinen öffentlichen Auftritten seine Verbundenheit zu den Mitarbeitern von Armee, Sicherheitsdiensten und Innenministerium besonders hervor. Sein Verhaltensstil scheint sich in Vielem an dem Bild eines „Offiziers und Gentleman“ zu orientieren. Putins Zugehörigkeit zum Geheimdienst (KGB bzw. später FSB) wird nicht nur nicht verheimlicht, sie bildet einen festen Bestandteil des Images des Präsidenten und gilt in Russland als positives Moment. Die Angehörigen des KGB – besonders die wie Putin im Ausland tätigen – werden in Russland vielfach als pragmatische, fähige Elite gesehen. Sie gehören in dieser Sichtweise zu der einzigen in allen politischen Wirren zuverlässig funktionierenden staatlichen Institution, die unkorruptierbar ist und unbedingt für den Schutz der russischen bzw. früher der sowjetischen Staatlichkeit einsteht. Sie handeln still und effektiv, gehen dabei taktisch klug vor und sind unbedingt loyal. Diese Eigenschaften, die Putin zugeschrieben werden, kontrastieren deutlich zum impulsiven, lauten und oft unklugen Auftreten seines Vorgängers.

Putin zeichnet sich sprachlich durch einen schlichten, nüchtern-„rationalen“ Stil aus, selten durchbrochen von emotionalen, umgangssprachlich-gewaltgeladenen Momenten, in denen er, vor allem mit Bezug auf Tschetschenien auch vereinzelt in einen derben Jargon verfällt. Diese Zitate sind teilweise in den Alltagswortschatz eingegangen. Die Derbheit schadet dem Präsidenten bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nicht, sie zeigt vielmehr, dass er „einer von uns“ ist und auch „anders kann“. Sie sind also aus politotechnologischer Sicht dem Image des Präsidenten nicht schädlich.

Rhetorisch argumentiert Putin häufig mit Bedingungsketten, etwa nach dem folgenden Muster: Ohne ökonomische Erstarkung Russlands keine Lösung der sozialen Probleme; ohne Stärkung der russischen Staatlichkeit keine ökonomische Erstarkung Russlands; ohne Einheit aller Patrioten keine Stärkung der russischen Staatlichkeit; ohne russische Idee keine Einheit aller Patrioten; ohne inhaltliche Füllung keine russische Idee usw.... Die ersten drei Schritte tauchen in sehr vielen öffentlichen Ansprachen auf, die weiteren Fortsetzungen gestalten sich je nach Gegenstand und Anlass unterschiedlich.

Die hier aufgezählten Stilelemente dienen nicht bloß dazu, Putin vom alten Präsidenten abzusetzen – eine Aufgabe, die leicht zu lösen war, heute jedoch nur noch wenig praktische Bedeutung

hat. Sie stellen vor allem die wichtigsten Elemente eines neuen politischen Diskurses dar, der sich, von Putin initiiert und verkörpert, in Russland inzwischen durchgesetzt hat. Dieser neue Konsens wird so eng mit dem Image des Präsidenten verbunden, dass mittlerweile in Russland von der „Putinschen Mehrheit“ oder – in eher kritischem Tonfall – von „Putinismus“ die Rede ist. Im Folgenden sollen einige Charakteristika dieses neuen politischen Diskurses umrissen werden.

Wiedererstarcken Russlands durch Einheit

Interessanterweise war und ist die rhetorische Strategie des Präsidenten in keiner Weise darauf ausgerichtet, die erheblichen rechtlichen, politischen, ökonomischen und sozialen Probleme des Landes zu verheimlichen, wegzureden oder schönzufärben. Bis heute werden diese Probleme von Putin sogar als so gravierend dargestellt, dass sie eine *Gefährdung der nationalen Sicherheit* darstellen. Der strategische Vorteil dieses Ansatzes besteht darin, dass Putins Ansehen nicht von den Missständen beschädigt werden kann, die es in Russland nach wie vor gibt. Schlechte Zustände zeugen vielmehr umgekehrt von der Notwendigkeit eines „starken Präsidenten in der Not“. So schoss die Popularität des Präsidenten 1999 im Kontext einer für alle Bürger unmittelbar erfahrenen Bedrohung in die Höhe – gewöhnliche russische Wohnhäuser wurden von Bombenlegern bedroht. Tschetschenische Rebellen stießen in das Gebiet benachbarter Regionen vor. Der zweite Tschetschenienkrieg wurde eröffnet und diesmal mit der „Entschlossenheit“ durchgeführt, die manche Patrioten – und vor allem Militärs – im ersten Tschetschenienkrieg vermisst hatten. Dies war der Moment, in dem der „Notstandsdiskurs“, der Ruf nach Einheit zur Rettung der Nation in der russischen Bevölkerung auf Widerhall stieß und mit dem Image des neuen dynamischen Präsidenten verbunden werden konnte.

Die Konzeption, für die Putin steht, ist ebenso einfach, wie die Diagnose: da die Staatlichkeit Bedingung für das Erreichen aller anderen politischen und ökonomischen Ziele ist, gilt es, den russischen Staat zu stärken. Diesem Hauptziel ordnen sich alle anderen Aspekte unter. Denn ohne einen starken Staat (und Putin betont vielfach, dass der russische Staat anders als *stark* nicht existieren kann) können weder partikulare Interessen noch einzelne politische Ziele erreicht werden. Also müssen alle Bürger des Landes, ob reich oder arm, und auch alle Amtsträger, zunächst dem Hauptziel der Stärkung des Staates, dienen. Dazu müssen sie auch bereit sein, sich diesem Staat unterzuordnen. Für diesen neuen politischen Tonfall steht Putin auch in der Praxis glaubwürdig ein.

Der Putinsche Diskurs polarisiert die politische Landschaft – auf der einen Seite stehen, so die Vorstellung, alle Patrioten, die für Russlands Rettung durch nationale Einheit sind. Hier kann jeder seinen Platz einnehmen: Menschen, die als Politiker bereit sind, Gesichtspunkte der Konkurrenz um politische Macht, als Unternehmer Gesichtspunkte der Kalkulation ihres Geschäfts, als Arbeitnehmer Gesichtspunkte sozialer Rechte unter die Ägide der Stärkung Russlands zu stellen. Auf der anderen Seite stehen Menschen, die verdächtig sind, ihre Partikularinteressen in der Zeit der Not nicht dem Gemeinwohl unterzuordnen.

Glaubwürdiges Handeln – greifbare Erfolge

In diesem Sinne wurden die wichtigsten politischen Projekte der ersten Amtszeit des Präsidenten dargestellt und auch weitgehend wahrgenommen: Die Steuerreform macht ernst mit der Durchsetzung von „Steuerdisziplin“ gegen alle Gesellschaftsgruppen und Regionen, die Föderalismusreform ordnet zu machthungrige Gouverneure der „Vertikale der Macht“ (ein zentrales Schlagwort Putins) unter, die Auseinandersetzungen mit „Oligarchen“ bestrafen „national schädliche“, „unberechtigte“ Vorteilnahme, die Reform des Arbeitsrechts schafft „unrealistische“ soziale Rechte der Arbeitnehmer ab. Die nationale Rhetorik des Präsidenten und seine

Taten widersprechen sich also nicht nur nicht, sie fügen sich in ein glaubwürdiges Gesamtbild. Gegenüber der Jelzin-Periode ist heute für jedermann eine Konsolidierung spürbar. Die russische Bevölkerung nimmt dies mehrheitlich positiv wahr. Im Massenbewusstsein wird die Verbesserung der Lage als Leistung des Präsidenten wahrgenommen – gewissermaßen als die praktische Bestätigung des Putinschen Diskurses.

Kurzbiographie: Wladimir Putin

Wladimir Wladimirowitsch Putin wurde am 7. Oktober 1952 in Leningrad (heute Petersburg) geboren. Er studierte Rechtswissenschaften an der Leningrader Staatsuniversität. Seine Diplomarbeit von 1975 behandelt Fragen des Völkerrechts. Während des Studiums war er zeitweise Hilfskraft am Lehrstuhl des späteren Petersburger Bürgermeisters Anatolij Sobtschak.

Nach dem Examen trat er in den sowjetischen Geheimdienst KGB ein und war dort in der Ersten Hauptverwaltung (Auslandsaufklärung) tätig. Er spezialisierte sich auf deutschsprachige Länder und arbeitete u.a. in der DDR. 1990 wurde er als Oberstleutnant in die KGB-Reserve entlassen und nahm beim Rektor der Leningrader Staatsuniversität den Posten eines Assistenten für internationale Fragen an. Zu seinen Aufgaben gehörte auch die Auswahl von Kandidaten für den KGB. Noch im selben Jahr holte der im Mai 1990 zum Vorsitzenden des Leningrader Stadtsowjets gewählte Sobtschak Putin als Berater zu sich. In dieser Zeit fällt die Entlassung Putins aus den Organen des KGB.

Als Sobtschak im Juni 1991 zum Bürgermeister von Sankt Petersburg gewählt wird, ernennt er Putin zum Vorsitzenden des Komitees für internationale Beziehungen. In dieser Zeit ist Putin u.a. an der Gründung der Petersburger Devisenbörse beteiligt. Er fördert auch die Ansiedlung großer deutscher Unternehmen, u.a. die Eröffnung der VNP-Dresdner Bank (Russland), der ersten ausländischen Bank auf russischem Territorium. Im März 1994 steigt Putin zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der Stadtverwaltung auf. 1995 beauftragt Sobtschak ihn, die Petersburger Filiale der Partei „Unser Haus Russland“ zu organisieren und die Kampagne dieser Partei bei den Dumawahlen im Dezember 1995 zu leiten. Nach Sobtschaks Niederlage bei den Bürgermeisterwahlen gibt Putin seinen Posten in der Stadtverwaltung auf.

Im Juni 1996 geht er nach Moskau und wird Stellvertreter des Leiters der Allgemeinen Abteilung in der Präsidialverwaltung. Dort ist er u.a. für die Liegenschaften im Ausland zuständig. In dieser Zeit promoviert er am Petersburger Bergbauinstitut mit einer Arbeit über „Strategische Planung der Reproduktion der regionalen Mineral- und Rohstoffbasis unter den Bedingungen der Herausformung der Marktwirtschaft“. Am 26. März 1997 wird er auf Empfehlung des heutigen Finanzministers Kudrin zum Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration und Leiter der Hauptkontrollabteilung ernannt. Am 25. Mai 1998 steigt er zum Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration auf, wird aber schon am 25. Juli zum Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB ernannt. Am 29. März 1999 übernimmt er – unter Beibehaltung seiner Funktion im FSB – das Amt eines Sekretärs des nationalen Sicherheitsrates.

Am 16. August 1999 wählt die Staatsduma ihn auf Vorschlag Jelzins zum Ministerpräsidenten. Als Jelzin am 31. Dezember 1999 sein Amt niederlegt, übernimmt Putin verfassungsgemäß die Funktion des amtierenden Präsidenten. Am 26. März 2000 wird er im 1. Wahlgang zum Präsidenten der Russischen Föderation gewählt. Putin ist verheiratet und hat zwei Töchter.

Machtkämpfe und Intrigen beim Regierungswechsel

Undurchsichtige Personalpolitik des Kremls

Warum hat Putin entgegen den Verfassungsbestimmungen die Regierung vor anstatt nach den Präsidentenwahlen neu gebildet? Warum wurde der politisch profilierte Premierminister Michail Kasjanow urplötzlich gefeuert und an seine Stelle ein farbloser Apparatschik postiert? Ein Blick auf Machtkämpfe und Intrigen hinter den Kremkulissen gibt eine Ahnung davon, wie ungesichert das System Putin in Wirklichkeit ist – entgegen aller Propaganda über die stabilen Verhältnisse in der Politik Russlands.

Spekulationen über eine bevorstehende Entlassung des Regierungschefs Kasjanow hatte es immer wieder gegeben. Entgegen allen Unkenrufen hielt sich der Premierminister, der Jelzins „Familie“ und den „Oligarchen“ nahe stand, jedoch über vier Jahre im Sattel. Er überstand selbst die auch für ihn prekäre Jukos-Affäre. Kasjanow hatte das brutale Vorgehen gegen den Jukos-Chef Chodorkowskij offen kritisiert und damit den Präsidenten selbst desavouiert. Gleichwohl blieb er Regierungschef. Putin nahm auch die Dumawahlen, die erstmals einer „Regierungspartei“ eine parlamentarische Mehrheit verschafften, nicht zum Anlass, um Kasjanow aus dem Amt zu kippen. Deshalb gingen Beobachter davon aus, dass der Regierungschef frühestens nach den Präsidentenwahlen gehen werde, wenn das Kabinett kraft Verfassung ohnehin neu zu bestellen war.

Entlassung des Politikers Kasjanow und Berufung des Apparatschiks Fradkow

Aus heiterem Himmel kam dann der Entlassungsbefehl am 24. Februar 2004, knapp drei Wochen vor den Präsidentenwahlen. Ungeachtet des absehbaren sicheren Sieges für den Amtsinhaber Putin hätte es schon demokratischer Anstand zwingend geboten, das Ergebnis des Urnenganges vor der Regierungsneubildung abzuwarten. Der Vorgang löste allgemeines Unbehagen aus. Die betroffenen Minister erfuhren aus den Medien von ihrer Entlassung. Die parlamentarische Mehrheitspartei wurde vom Kreml erst zu Rate gezogen, nachdem die Entscheidung über den Nachfolger bereits feststand. Politiker und Beobachter spekulierten über die Motive und Absichten, die sich hinter der unerwarteten Entscheidung verbargen. Da Putin zunächst einen „geschäftsführenden Premierminister“ einsetzte und tagelang kein Sterbenswörtchen über den wahren Nachfolger verlor, schossen die Gerüchte über den neuen Regierungschef noch weiter ins Kraut. Als wahrscheinliche Kandidaten wurden etwa zwanzig Personen gehandelt. Wie bei einem Pferderennen gab es klare Favoriten, so den liberalen Ökonomen und bisherigen Finanzminister Alexej Kudrin, oder den amtierenden Verteidigungsminister und „Silowik“¹, Sergej Iwanow. Als Geheimtipps galten der tüchtige Petersburger Jurist und stellvertretende Präsidialamtsleiter Dmitrij Kosak und Boris Aljoschin, einer der amtierenden Ersten Vizepremiere und Autor der so hochgerühmten Verwaltungsreform. Dann schlug am 1. März die Nachricht über den Wunschkandidaten des Kremls wie eine Bombe ein. Es zeigte sich, dass alle Kalküle über einen potentiellen Amtsanwärter aus der ersten politischen Liga falsch gewesen waren. Ein Kommentator meinte zu Recht, dass in der russischen Politik eben nichts vorhersagbar sei. Der

¹ Als „Silowik“ werden Angehörige der Machtstrukturen bezeichnet. Zu den Machtstrukturen zählen Armee und Verteidigungsministerium, das Innenministerium und die Sicherheitsdienste.

Kreml hatte in der Tat aus dem Füllhorn einen Kandidaten gezaubert, mit dem überhaupt nicht zu rechnen war, und den niemand kannte. Es handelte sich um Michail Fradkow, einen altgedienten sowjetischen Experten in Außenhandelsfragen – ehemaliger Chef der Steuerpolizei und zuletzt diplomatischer Vertreter Moskaus bei der EU. Der Vorgang erinnerte fatal daran, wie seinerzeit Wladimir Putin selbst aus der *black box* der „Jelzin-Familie“ hervorgeholt worden war. Damals hatte die ganze Welt die Frage gestellt: „Who is Mister Putin?“ Nun hieß es: „Fradkow Who?“

Offizielle Begründungen für das Regierungsrevirement

Der Schock über die Wahl Fradkows reichte tief in die Moskauer politische *beau monde* hinein. Die offiziellen Erklärungen zum Hinauswurf Kasjanows und dann die Begründung der Nominierung Fradkows wirkten wenig glaubhaft. Die allgemeine Verunsicherung wuchs. Putin bezeugte der Regierung Kasjanow, sie habe „zufriedenstellend“ gearbeitet. Er wolle jedoch die russische Öffentlichkeit frühzeitig mit seinem neuen politischen Kurs und folglich mit seinem neuen Premierminister vertraut machen. Eher trotzig als überzeugt klang die unmittelbare Begründung der Entlassung: „Ich kann dies tun, und das heißt, ich muss es tun.“ Offenkundig sah sich Präsident Putin veranlasst, dem Präsidentschaftskandidaten Putin Mut zu dem ungewöhnlichen Schritt zuzusprechen. Dann betonte er die Bedeutung des Regierungschefs, da er das zweithöchste staatliche Amt verkörpere. Solche Erklärungen konnten die Erwartungen in eine eindrucksvolle politische Führungsfigur im Sessel des Ministerpräsidenten nur weiter hochschrauben. Prompt weiteten sich die Spekulationen über den neuen Premierminister aus. Dies führte so weit, dass einige Moskauer Auguren auf den abwegigen Gedanken verfielen, Putin könnte und sollte doch die beiden Ämter des Staatsoberhauptes und des Regierungschefs selbst übernehmen. Dann hätte man klare demokratische Verhältnisse wie in den USA. Von der dazu gehörigen Gewaltenteilung sprach keiner. Umso offenkundiger wurde die verbreitete Unkenntnis der semipräsidentiellen russischen Verfassungsordnung.

Vorgeschützte Sorge um eine zu niedrige Wahlbeteiligung

Unterdessen setzten die Regisseure im Kreml alles daran, um die erforderliche Beteiligung von über 50 Prozent der Wahlberechtigten an den Präsidentenwahlen sicherzustellen. Widrigenfalls müssten die Wahlen wiederholt werden, wäre die so sorgfältig betriebene propagandistische Vermarktung Putins hinfällig, träte Kasjanow ins Rampenlicht. Da Putin schon lange als der sichere Sieger feststand, ging es jetzt darum, dem faktischen Plebiszit Rechtsgültigkeit zu verschaffen. Es bedurfte irgendeines Kunstgriffs, um das öffentliche Interesse am bevorstehenden Urnengang zu erhöhen. Genau diesen Zweck sollte die vorgezogene Regierungsneubildung erfüllen. Wen scherte es letztlich, ob dies ‘politisch korrekt’ war oder nicht. Später wurde nachgereicht, der Präsident habe der dringenden neuen Reformen wegen mit einer Regierungsbildung nach den Wahlen „keine Zeit verlieren“ wollen. Putin selbst machte klar, dass früher versprochene Konsultationen mit der parlamentarischen Mehrheit zusätzlichen Zeitverlust bedeutet hätten. Solche Argumente und Erklärungen wirkten herbeigeholt und aufgebauscht. Zudem erhöhten sie die Verfassungs- und Demokratietauglichkeit des Vorgangs noch lange nicht, ganz im Gegenteil. Dazu passte, dass der Präsident anlässlich der Ernennung der Regierung Fradkow ausdrücklich versicherte, die verfassungsmäßig notwendige Neubestellung des Kabinetts nach den Wahlen werde pure Formsache sein. Dieses Potpourri fadenscheiniger und nicht sonderlich verfassungskonformer Begründungen sollte dazu dienen, den Hinauswurf Kasjanows damit zu verschleiern, dass es eigentlich um die Entlassung der ganzen Regierung gegangen sei.

Hintergründe der Entlassung Kasjanows

Die Moskauer Augurengemeinde ging davon aus, dass eine so wichtige und unter größter Geheimhaltung getroffene Entscheidung nur von Putins „innerem Zirkel“ getroffen werden konnte. Ihm waren mit Gewissheit die beiden Stellvertretenden Präsidialamtsleiter Igor Setschin und Viktor Iwanow zuzurechnen, die dem Geheimdienst entstammten und schon in der Chodorowskij-Affäre als die treibenden Kräfte im Hintergrund agiert hatten. In der Inszenierung des Coups wollte man die Handschrift Viktor Iwanows erkennen.

Die Journalistin Jelena Dikun bot in der Wochenzeitung „Moskowskie Nowosti“ (2004 Nr. 8 vom 5.–11.3.04) folgende Version an: Danach hatte sich Kasjanow spätestens Anfang Februar den Unmut von Setschin und Iwanow zugezogen, als ihre über Mittelsmänner ventilierten Wünsche, an der in diesem Jahr anstehenden Privatisierung großer Projekte wie Waggonfabriken, Schifffahrts- und Fluggesellschaften beteiligt zu werden, zurückgewiesen worden waren. Sie forderten den Kopf Kasjanows. Um Putin von der Dringlichkeit seiner Entlassung zu überzeugen, brachten die beiden dann das Argument einer mutmaßlich nicht hinreichenden Wahlbeteiligung ins Spiel. Auch wenn diese Version über das Schurkenstück der „Silowiki“ nicht restlos erhärtet ist, spricht vieles dafür, dass ein Interessenkonflikt dieser oder ähnlicher Art innerhalb der typischen informellen Macht- und Entscheidungsstrukturen des Systems Putin die geschilderten Konvulsionen kurz vor den Präsidentenwahlen tatsächlich ausgelöst hat.

Präsentation von Kasjanows Nachfolger – „Fradkow Who?“

Nach der Entlassung Kasjanows musste Putin rasch einen Nachfolger finden. Dass er beinahe eine Woche benötigte, nur um mit Michail Fradkow einen obskuren Apparatschik zu präsentieren, bezeugt zunächst, dass es entgegen der Vielzahl der in der Öffentlichkeit gehandelten politischen Stars nur ganz wenige gab, die Putins Wunschvorstellungen vom zweiten Mann im Staate entsprachen. Gegenüber der Öffentlichkeit begründete Putin die Nominierung Fradkows damit, dass der 53jährige ein erfahrener Verwaltungsfachmann und eine „anständige Person“ sei. Auffällig war, dass er die gründlichen Kenntnisse Fradkows in den Machtorganen Polizei und Sicherheitsdienste hervorhob.

Tatsächlich empfahl sich Fradkow in erster Linie als ein ebenso gewissenhafter wie hartgesotter sowjetischer Apparatschik und als anpassungsfähiger Außenhandelsminister der Jelzin-Zeit. Er verkörpert einen Technokraten, umsichtigen Manager und Pragmatiker, keineswegs jedoch einen Politiker. In der Biographie Fradkows lassen sich frühere Verbindungslinien zur oligarchischen Alfa-Gruppe, zur Rüstungsindustrie und zu den Sicherheitsstrukturen auftun. Dabei springt Fradkows Tätigkeit als Stellvertretender Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates ins Auge. In diesem Amt war Fradkow zur gleichen Zeit tätig, als der heutige Verteidigungsminister Sergej Iwanow dort den Sekretärsposten bekleidete. Die enge Kooperation mit Sergej Iwanow legt es nahe, Fradkow dem Lager der „Silowiki“ zuzurechnen. Einige Beobachter beschreiben ihn als einen Sicherheitsminister in Zivilkleidung. Einigkeit herrscht darüber, dass Fradkow als „technischer Premier“ und loyaler Gehilfe des Präsidenten agieren werde. Gerade dies gereiche Putin zur seelischen Labsal, so Kremlberater Stanislaw Belkowskij. Die Zeit einer vom Kreml noch halb autonomen Regierung mit einem politischen Schwergewicht à la Kasjanow an der Spitze ist jedenfalls vorbei. Die Nominierung eines Apparatschiks widerspricht den von Putin selbst geschürten Erwartungen in einen politischen Premier. Fradkow steht auch nicht für den neuen politischen Kurs, den Putin mit der Regierungsumbildung den Wählern hatte nahe bringen wollen. Insofern ist die Fadenscheinigkeit der offiziellen Begründungen für den vorgezogenen Regierungswechsel nur allzu offenkundig geworden.

Alle Macht dem Präsidenten?

Augenblicklich hat es der Präsident vorgezogen, bei der Regierungsneubildung keine der Kremlgruppen, ob „Silowiki“ oder liberale Wirtschaftstechnokraten, zu bevorzugen. Mit Fradkow, einem Softliner unter den „Silowiki“, wurde ein Statthalter eingesetzt. Dies hat auch zur Folge, dass alle wichtigen politischen Entscheidungen Putin selbst vorbehalten bleiben. Schon sieht man in Putin einen neuen französischen Sonnenkönig und das Diktum Ludwigs XIV – *l'Etat c'est moi* – wird nun dem russischen Präsidenten zugeschrieben. In den Augen anderer ist die vorgebliche Anhäufung der Macht auf eine Person nur ein Propagandaprodukt und Bluff. Da passt schon eher die kürzlich von Putin gezeichnete Karikatur als „Fürst Wladimir Putjomkin“. Und auch die folgende Überlegung hat vieles für sich: Putin habe mit der Berufung Fradkows nur eine Person seines eigenen Kalibers geholt und damit zugleich die schon klassische Frage – Who is Mister Putin? – beantwortet.

Aus den geschilderten dramatischen Ereignissen ist das Fazit zu ziehen, dass im System Putin die demokratischen Verfahren und Einrichtungen nicht gemäß der Verfassung funktionieren, dass nicht Parteien und politisch verantwortliche Regierungen das Sagen haben, sondern obskure Einflussgruppen hinter den Kremlmauern um die Macht ringen. Ob sich jetzt, nach Putins Wahlsieg, das Blatt wieder wendet, bleibt abzuwarten. Es ist nicht auszuschließen, dass das aus dem Erfolg empfangene seelische Labsal den vorsichtigen Geheimdienstler dazu ermuntert, sich auf neue demokratische Experimente einzulassen.

Kurzbiographien der Mitglieder der neuen russischen Regierung

Ministerpräsident: Michail Fradkow

Geboren 1950 im Gebiet Kujbyschew (heute: Samara). Studium am Moskauer Institut für Werkzeugmaschinenbau, Examen 1972. 1973 tätig im Apparat des Wirtschaftsberaters an der sowjetischen Botschaft in Indien, 1975 im Außenhandelsunternehmen „Schwerindustrieexport“. 1984 Stellvertretender Leiter der Hauptverwaltung für Lieferung beim Staatskomitee für Außenwirtschaft, 1988 wurde er Stellvertretender Leiter einer Hauptverwaltung im Ministerium für Außenwirtschaft. 1991 und 1992 war er ständiger Vertreter der Sowjetunion (bzw. Russlands) bei GATT. 1992 Stellvertretender, 1993 Erster Stellvertretender Minister für Außenhandel. 1997 Außenhandelsminister. 1998 Vorsitzender des Direktorenrats der Versicherungsgesellschaft „Ingosstrach“. Im Mai 1999 Handelsminister. Im Mai 2000 Erster Stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrates. März 2001 Direktor des Föderalen Dienstes der Steuerpolizei. Im März 2003 Bevollmächtigter Vertreter Russlands im Ministerrang bei der EU. März 2004 Ministerpräsident. (vgl. die ausführlichere Biographie in Russlandanalysen 18, S. 2f.)

Stellvertretender Ministerpräsident: Alexander Schukow

Geboren am 1.6.1965 in Moskau. Wirtschaftsstudium an der Moskauer Lomonossow-Universität. Abschluss 1978. 1978–1980 Mitarbeiter im Wissenschaftlichen Institut für Systemforschung der Akademie der Wissenschaften, 1980–1991 Mitarbeiter der Hauptverwaltung Valuten im Finanzministerium. 1991–1993 Vizepräsident eines Exportunternehmens. 1991 ein Diplom an der Harvard-Universität. 1993 Dumaabgeordneter des Blocks „Russlands Wahl“. Mitglied des Haushaltsausschusses. Wiedergewählt 1995, Mitglied der Fraktion „Russische Regionen“, Stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses, dann Vorsitzender. 1999 auf der Liste von „Vaterland-Ganz Russland“ wiedergewählt, Vorsitzender des Haushaltsausschusses. Spricht fließend englisch. Verheiratet, ein Sohn. Vizepräsident des russischen Schachverbandes.

Außenminister: Sergej Lawrow

Geboren am 21.3.1950. Studium am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO), Abschluss 1972. Tätigkeit im diplomatischen Dienst der UdSSR. Posten in Sri Lanka und bei der UN in New York. Im Moskauer Außenministerium Tätigkeit in der Abteilung für internationale Organisationen, zu deren Leiter er 1988 aufrückte. 1992–1994 Stellvertretender Außenminister. Seit Juli 1994 Ständiger Vertreter Russlands bei der UN. Spricht Englisch, Französisch und Singhalesisch. Verheiratet, eine Tochter.

Innenminister: Raschid Nurgalijew

Geboren am 8.10.1956 in der Kasachischen Unionsrepublik. Physikstudium an der Staatsuniversität Petrosavodsk. Abschluss 1979, danach Tätigkeit als Physiklehrer in Karelien. 1981 in Karelien Eintritt in den KGB. Tätigkeit im Bereich der Inlandsaufklärung, u. a. als Leiter der Abteilung zur Terrorismusbekämpfung der Republik Karelien. 1995 Wechsel nach Moskau in den Zentralapparat des Inlandsgeheimdienstes als Hauptinspektor der Organisations-Inspektionsabteilung. 1998–1999 Leiter der Hauptkontrollabteilung in der Präsidialverwaltung, 1999–2000 Leiter der Abteilung zur Bekämpfung von Schmuggel und Drogenhandel im Departement für wirtschaftliche Sicherheit des Inlandsgeheimdienstes FSB. 2000–2002 Stellvertretender Direktor des FSB. 2002 Erster Stellvertretender Innenminister, Leiter des Dienstes der Kriminalpolizei unter Beibehaltung seiner Zugehörigkeit zum FSB. Januar 2004 kommissarischer Innenminister. Verheiratet, zwei Töchter.

Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel: German Gref

Geboren am 8.2.1964 in der Kasachischen Unionsrepublik. 1982–1984 Wehrdienst. Studium der Rechtswissenschaften an der Staatsuniversität in Omsk. Komsomolorganisator der Fakultät. Abschluss 1990. 1990 Doktorand an der Leningrader Universität. Begegnet Sobtschak und Putin. 1991 Rechtsberater des Wirtschafts- und Eigentumskomitees eines Petersburger Bezirks, dessen Leiter er rasch wird. 1994 Stellvertretender Leiter des Eigentumskomitees der Stadt Petersburg, 1997 Vorsitzender. 1998 Erster Stellvertretender Minister für Staatseigentum. 2000 Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel. Verheiratet, ein Sohn.

Minister für Notstandssituationen und Katastrophenschutz: Sergej Schojgu

Geboren am 21.5.1955 in Tschadan (Autonome SSR Tuwa). Studium am Polytechnischen Institut in Krasnojarsk, 1977 Abschluss als Bauingenieur. 1978–1987 Tätigkeit in verschiedenen Bauunternehmen. Aufstieg vom Ingenieur zum Leiter eines Industriebaustrusts. 1988 eingesetzt bei Rettungsarbeiten nach dem Erdbeben in Armenien. 1988–1989 2. Sekretär des Stadtparteikomitees in Abakan, 1989 Inspektor des Gebietspartei-Komitees von Krasnojarsk. 1990 Stellvertretender Leiter des Staatskomitees der Russischen SFSR für Architektur und Bauwesen. 1991 Leiter des Staatskomitees der Russischen SFSR bzw. der Russischen Föderation für Notstandssituationen. 1994 nach Umwandlung des Staatskomitees in ein Ministerium Minister für Zivilverteidigung, Notstandssituationen und Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen. Generalleutnant. Mitglied des Sicherheitsrats. 1999 Vorsitzender des neu gegründeten Wahlblocks „Medwed“ (auf Basis von „Einheit“). 2001 Vorsitzender der Partei „Einheit“.

Verteidigungsminister: Sergej Iwanow

Geboren am 31.1.1953 in Leningrad. Sprachstudium an der Leningrader Staatsuniversität, 1976 KGB-Kurs in Minsk. Eintritt in den KGB. Tätigkeit in der Auslandsaufklärung sowohl in der UdSSR wie im Ausland (Europa und Afrika). 1998 Stellvertretender Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, zugleich Leiter der Abteilung für Analyse, Prognose und strategische Pla-

nung. 1999 Sekretär des Sicherheitsrats. 2001 Verteidigungsminister. Generalleutnant a.D. Spricht Englisch und Schwedisch. Verheiratet, zwei Töchter.

Finanzminister: Alexej Kudrin

Geboren am 12.10.1961 in Dobel (Lettland). Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Leningrader Staatsuniversität. Abschluss 1983. Tätigkeit am Institut für sozialökonomische Probleme der Akademie der Wissenschaften. Zusammenarbeit mit Tschubajs. 1988 Doktorand am Institut für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften. Promotion. 1990 Stellvertretender Leiter des Komitees des Leningrader Stadtexekutivkomitees für Wirtschaftsreformen. 1992 Vorsitzender Hauptverwaltung Finanzen des Petersburger Bürgermeisteramtes. Seit 1993 auch Präsident der Sankt-Petersburger Bank für Rekonstruktion und Entwicklung. 1996 Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration. 1997 Erster Stellvertretender Finanzminister. Januar 1999 Erster Stellvertretender Vorsitzender des Strommonopolisten UES Rossii. Juni 1999 Erster Stellvertretender Finanzminister, Mai 2000 Finanzminister und Stellvertretender Ministerpräsident. Verheiratet, eine Tochter.

Minister für Landwirtschaft und Fischerei: Alexej Gordejew

Geboren am 28.2.1955 in Frankfurt/Oder. Studium am Moskauer Institut für Eisenbahntransport, Abschluss 1978. 1978–1980 Wehrdienst. Seit 1980 Tätigkeit in Logistikabteilungen verschiedener Dienststellen der Lebensmittelindustrie und des Agrarkomplexes. 1986 Stellvertretender Generaldirektor des agroindustriellen Kombinati „Moskau“. 1992 Stellvertretender Verwaltungschef des Ljuberezkjer Bezirks (Gebiet Moskau). 1997 Chef der Wirtschaftsabteilung des Landwirtschaftsministeriums. 1998 Erster Stellvertretender Minister für Landwirtschaft und Nahrungsmittel. 1999 Minister für Landwirtschaft und Nahrungsmittel. Mai 2000 Landwirtschaftsminister und Stellvertretender Ministerpräsident. Mitglied der Agrarpartei.

Minister für Gesundheitswesen und Sozialentwicklung: Michail Surabow

Geboren am 3.10.1953 in Leningrad. Studium am Moskauer Ordschonikidze-Institut für Verwaltung. 1975 Abschluss als Ökonom-Kybernetiker. 1975–1978 Doktorand an demselben Institut. 1978–1981 Doktorand am Wissenschaftlichen Institut für Systemforschung der Akademie der Wissenschaften. 1981–1982 Dozent am Moskauer Montagetechnikum, 1982–1983 Ingenieur bei Ortechstroj (Moskau). 1983–1988 Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungs- und Konstruktionsinstitut für Montagetechnologie. 1988–1992 Stellvertretender Leiter des Baustrusts „Mospromtechmontasch“. 1992–1998 Generaldirektor der Moskauer Versicherungsgesellschaft „MAKS“ und von „MAKS-M“. 1998 Erster Stellvertretender Minister für Gesundheitswesen. Mai 1999 Vorsitzender des Pensionsfonds der Russischen Föderation. Verheiratet, ein Sohn, eine Tochter.

Minister für Bildung und Wissenschaft: Andrej Fursenko

Geboren am 17.6.1949 in Leningrad. Studium an der Leningrader Universität. 1971 Abschluss. 1971–1991 Tätigkeit im Leningrader Physikalisch-technischen Joffe-Institut. Aufstieg vom Wissenschaftlichen Mitarbeiter zum Stellvertretenden Direktor für Wissenschaftliche Arbeit. 1991–1993 Vizepräsident des Petersburger „Zentrums für zukunftssträchtige Technologien“. 1994–2001 Generaldirektor des Petersburger Regionalfonds für wissenschaftlich-technische Entwicklung. 2001–2002 Stellvertretender Minister für Industrie, Wissenschaft und Technologie. 2002 Erster Stellvertretender Minister. Oktober 2003 amtierender Minister.

Minister für Kultur und Information: Alexander Sokolow

Geboren am 8. August 1949 in Leningrad. 1967 Abschluss in der Geigenklasse einer Musikschule. Studium am Moskauer Tschajkowskij-Konservatorium. 1973 Abschluss an der Historisch-theoretischen Fakultät. 1981 Promotion, 1992 Habilitation. Seit 1992 Prorektor des Konservatoriums für Wissenschaft und Lehre. 1996 Lehrstuhl für Musiktheorie. März 2001 Rektor des Tschajkowskij-Konservatoriums.

Minister für Bodenschätze: Jurij Trutnew

Geboren 1.3.1956. Studium am Polytechnischen Institut in Perm. 1978 Abschluss als Bergbauingenieur. 1978 Ingenieur, dann Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Permer Forschungsinstitut für Mineralöl. 1981–1988 Tätigkeit im Stadt- und im Gebietskomitee des Komsomol. 1990 Generaldirektor des Unternehmens „EKS LIMITED“, Präsident der Holding „EKS“. 1994 Abgeordneter im Regionalparlament. 1996 Bürgermeister von Perm. 2000 Gouverneur von Perm. Verheiratet, zwei Söhne. Besitzt den 3. Dan in Karate.

Justizminister: Jurij Tschajka

Geboren am 21.5.1953 in Nikolajewsk am Amur (Gebiet Chabarowsk). 1968–1970 Studium am Polytechnischen Institut in Komsomolsk am Amur, Tätigkeit als Elektriker in einer Werft. 1970–1972 Wehrdienst. Studium der Rechtswissenschaften in Swerdlowsk. Abschluss 1976. Arbeit in der Staatsanwaltschaft des Gebiets Irkutsk. 1984–1986 Instruktor in der Verwaltungsabteilung des Irkutsker Gebietskomitee der KPdSU. 1986 Erster Stellvertretender Gebietsstaatsanwalt. 1988 Leiter der Rechts- und Staatsabteilung des Gebietsparteikomitees. 1990 Transportstaatsanwalt von Ostsibirien. 1992 Gebietsstaatsanwalt von Irkutsk. 1995 Erster Stellvertretender Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation. 1999 amtierender Generalstaatsanwalt. August 1999 Justizminister.

Transportminister: Jurij Lewitin

Geboren am 21.2.1952 im Gebiet Odessa. 1970 Eintritt in die Sowjetischen Streitkräfte. Bis 1973 Studium an der Leningrader Schule für Eisenbahntruppen und militärische Kommunikation. Dienst im Militärbezirk Odessa und in der Südlichen Gruppe der Truppen (Ungarn). 1980–1983 Ausbildung an der Militärakademie für Rückwärtige Dienste und Transport. 1983 Kommandeur des militärischen Bereichs der Bajkal-Amur-Magistrale, danach Stellvertretender Leiter der militärischen Komponente der Moskauer Eisenbahnen. 1994–1995 Tätigkeit in einer Finanz-Industriellen Gesellschaft der Eisenbahn, ab 1996 in der Aktiengesellschaft „Severstaltrans“. „Severstaltrans“ ist ein international operierendes Logistikunternehmen, das Transporte auf dem Land- und Seeweg organisiert. 1998 Stellvertretender Generaldirektor dieses Unternehmens. Verheiratet, eine Tochter.

Minister für Industrie und Energiewirtschaft: Wiktor Christenko

Geboren am 28.8.1957 in Tscheljabinsk. Studium am Tscheljabinsker Polytechnischen Institut. Nach dem Abschluss 1979 arbeitete er als EDV-Ingenieur am dortigen Lehrstuhl für Ökonomie des Maschinenbaus. 1980–1982 Laborleiter, 1983 Lehrer, dann Dozent am Lehrstuhl für Ökonomie des Maschinenbaus des Tscheljabinsker Polytechnischen Instituts. 1990 Abgeordneter des Tscheljabinsker Stadtsovjets. 1991 Stellvertretender Vorsitzender des städtischen Exekutivkomitees. Oktober 1991 Stellvertreter des Verwaltungschefs des Gebiets Tscheljabinsk. 1994 Erster Stellvertreter des Verwaltungschefs. Organisiert 1995 in Tscheljabinsk die regionale Organisation der Partei „Unser Haus Russland“. Bei den Präsidentenwahlen 1996 ist er regionale Vertrauensperson Jelzins. März 1997 Bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten im Gebiet. Juli

1997 Stellvertretender Finanzminister. April 1998 Erster Stellvertretender Ministerpräsident. Oktober 1998 Erster Stellvertretender Finanzminister. Mai 1999 Erster Stellvertretender Ministerpräsident. Mai 2000 Stellvertretender Ministerpräsident. Verheiratet, 3 Kinder.

Sekretär des Sicherheitsrates: Igor Iwanow

Geboren am 23.9.1945. Studium am Moskauer Thores-Institut für Fremdsprachen. Abschluss 1969. 1969 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im IMEMO (Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften). Seit 1973 im diplomatischen Dienst. Wechselt wiederholt zwischen Madrid (zuletzt als Botschafter, 1991) und dem Außenministerium in Moskau. 1993 Erster Stellvertretender Außenminister. 1998 Außenminister. Spricht Englisch und Spanisch. Verheiratet, eine Tochter.

Leiter des Regierungsapparats: Dmitrij Kosak

Geboren am 7.11.1965 in Kirowograd (Ukraine). Studium der Rechtswissenschaften an der Leningrader Staatsuniversität. Abschluss 1985. Arbeit in der Staatsanwaltschaft. 1989 Hauptrechtsberater des Verbandes der Seehandelshäfen. 1990 Stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung des Exekutivkomitees des Leningrader Sowjets (Stadtverwaltung). 1994 Vorsitzender des Rechtskomitees des Petersburger Bürgermeisteramtes. 1996 Vizegouverneur von Petersburg, Vorsitzender des Rechtskomitees der Gouvernementskanzlei. 1999 Vorsitzender des Direktorenrats eines Rechtsberatungsunternehmens, Mitglied des Direktorenrats des Petersburger Bankhauses. August 1999 Erster Stellvertretender Vorsitzender des Regierungsapparats, seit Mai 2000 Stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung. 2000–2002 zuständig für Justiz-, Verwaltungs- und andere Reformen.

Die russische Regierung vor und nach der Regierungsumbildung vom 9. März 2004

Altes Kabinett (Anfang Januar 2004)		Neues Kabinett (9. März 2004)	
Ministerpräsident	<i>Michail Kasjanow</i>	Ministerpräsident	<i>Michail Fradkow</i>
Erster Stellvertretender Ministerpräsident	Viktor Christenko	Stellvertretender Ministerpräsident	<i>Alexander Schukow</i>
Stellvertretender Ministerpräsident	<i>Boris Aljoschin</i>		
Stellvertretender Ministerpräsident	<i>Galina Karelowa</i>		
Stellvertretender Ministerpräsident	<i>Wladimir Jakowlew</i>		
Stellvertretender Ministerpräsident / Finanzminister	Alexej Kudrin	Finanzminister	Alexej Kudrin
Minister für Steuern und Abgaben	<i>Gennadij Bukajew</i>		
Minister für Staatseigentum	<i>Farit Gasisullin</i>		
Minister für Bodenschätze	<i>Witalij Artjuchow</i>	Minister für Bodenschätze	<i>Jurij Trutnew</i>
Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel	German Gref	Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel	German Gref
Minister für Industrie, Wissenschaft und Technologie (kommissarisch)	Andrej Fursenko (<i>bis Oktober 2003: Ilja Klebanow</i>)	Minister für Industrie und Energetik	Viktor Christenko
Stellvertretender Ministerpräsident / Minister für Landwirtschaft	Alexej Gordejew	Minister für Landwirtschaft und Fischerei	Alexej Gordejew
Minister für Antimonopolpolitik und Unternehmertum	<i>Ilja Juschanow</i>		
Energieminister	<i>Igor Jusufow</i>		
Minister für Atomenergie	<i>Alexander Rumjanzew</i>		
Transportminister	<i>Sergej Frank</i>	Minister für Transport und Kommunikation	<i>Jurij Lewitin</i>
Minister für Verkehrswege	<i>Wadim Morosow</i>		
Minister für Kommunikation	<i>Leonid Rejman</i>		
Außenminister	Igor Iwanow	Außenminister	<i>Sergej Lawrow</i>
Verteidigungsminister	Sergej Iwanow	Verteidigungsminister	Sergej Iwanow

Altes Kabinett (Anfang Januar 2004)		Neues Kabinett (9. März 2004)	
Innenminister (kommissarisch)	Raschid Nurgalijew (<i>bis Ende 2003: Boris Gryslow</i>)	Innenminister	Raschid Nurgalijew
Minister für Tschetschenienfragen	<i>Stanislaw Iljasow</i>		
Minister für Nationalitätenpolitik	<i>Wladimir Sorin</i>		
Minister für Zivilverteidigung und Katastrophenschutz	Sergej Schojgu	Minister für Zivilverteidigung und Katastrophenschutz	Sergej Schojgu
Bildungsminister	<i>Wladimir Filippow</i>	Minister für Bildung und Wissenschaft	Andrej Fursenko
Justizminister	Jurij Tschajka	Justizminister	Jurij Tschajka
Kulturminister	<i>Michail Schwydkoj</i>	Minister für Kultur und Information	<i>Alexander Sokolow</i>
Minister für Presse, Fernsehen und Massenmedien	<i>Michail Lesin</i>		
Gesundheitsminister	<i>Jurij Schewtschenko</i>	Minister für Gesundheitswesen und soziale Entwicklung	<i>Michail Surabow</i>
Minister für Arbeit und Sozialentwicklung	<i>Alexander Potschinok</i>		
Leiter des Apparats der Regierung	<i>Konstantin Merslikin (bis Oktober 2003: Igor Schuwalov)</i>	Leiter des Apparats der Regierung	<i>Dmitrij Kosak</i>
Sekretär des Sicherheitsrates	<i>Wladimir Ruschajlo</i>	Sekretär des Sicherheitsrates	Igor Iwanow

(**Fett** dargestellt: Mitglieder des alten *und* des neuen Kabinetts)

Der Wahlkampf, der kein Wahlkampf war

Das „System Putin“ nach der Dumawahl

Mit dem überwältigenden Sieg von „Einiges Russland“ bei der Dumawahl ist die Gewaltenteilung in Russland praktisch aufgehoben. Auch das Parlamentsunterhaus ist nun, wie zuvor schon der Föderationsrat, die Justiz und die elektronischen Massenmedien zwar nicht *de jure* wohl aber *de facto* zu einem Teil der Exekutive, einer Art „Staatskomitee für Politik“ geworden – so der russische Politologe Mark Urnow. „Einiges Russland“ hat alle wichtigen Posten in der Duma mit eigenen Leuten besetzt. Zur wichtigsten Etappe der Gesetzgebung erklärte der Dumavorsitzender und Spitzenkandidat von „Einiges Russland“ Boris Grylow eine sogenannte „Nullte Lesung“. Damit ist die vorparlamentarische Abstimmung von Gesetzesvorhaben zwischen Regierung und Ausschussvorständen, beziehungsweise dem Vorstand der Mehrheitsfraktion „Einiges Russland“ gemeint. In der Duma soll zukünftig möglichst nur noch abgestimmt werden. Gryslow fasst das so zusammen: „Die Staatsduma ist nicht die Plattform, auf der die unterschiedlichen politischen Schlachten geschlagen werden sollen, sondern dort soll eine effektiv für den Staat gearbeitet werden.“

KandidatInnenkür

Die Hürden für eine Kandidatur bei Präsidentenwahlen in Russland kandidieren sind recht hoch. Kandidaten können von einer in der Duma mit Fraktionsstärke vertretenen Partei nominiert werden. So wurden Oleg Malyschkin von der Schirinowskij-Partei LDPR und Nikolaj Charitonow von der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) aufgestellt. Wiktor Geraschtschenko vom Wahlblock „Heimat“ (Rodina) versuchte diesen Weg ebenfalls. Seine Kandidatur wurde aber von der Zentralen Wahlkommission nicht zugelassen. Wer ohne die Unterstützung einer Parlamentspartei kandidieren möchte, muss zuerst eine Versammlung von 500 Vertrauenspersonen einberufen, sich danach als „Kandidat zum Kandidaten“ bei der Zentralen Wahlkommission registrieren lassen und dann binnen vier Wochen mindestens 2 Millionen Unterschriften zu Unterstützung der Kandidatur sammeln. Auf diese Weise wurden Wladimir Putin, Irina Chakamada, Sergej Glasjew, Sergej Mironow und Iwan Rybkin Präsidentschaftskandidaten. Weitere drei Kandidaten brachen die Unterschriftensammlung entweder ab oder wurden von der Wahlkommission nicht zugelassen.

Irina Chakamada

Die Diskussionen um einen gemeinsamen liberalen Kandidaten oder eine liberale Kandidatin begannen sofort nach den Dumawahlen, blieben allerdings anfangs ohne Ergebnis. Während Jabloko sich nach ersten Konsultationen eine Kandidatur ihres Parteichefs Grigorij Jawlinskij zumindest weiter offen hielt, beschloss SPS, dass es keinen von der Partei offiziell unterstützten Kandidaten geben werde. Die Diskussion innerhalb der den liberalen Parteien zuneigenden NGO war ebenfalls uneinheitlich. Die unterschiedlichen Positionen reichten von der Idee nun mit SPS und Jabloko einen gemeinsamen liberalen Kandidaten aufzustellen, über die Aufstellung von Wahlprüfsteinen ohne eigenen Kandidaten bis hin zum Aufruf die Wahl zu boykottieren. Grigorij Jawlinskij zog eine Kandidatur dennoch ernsthaft in Erwägung, konnte aber kurz vor Ablauf der Registrierungsfrist Ende Dezember davon überzeugt werden, dass der Kandidaturverzicht von SPS kein taktisches Manöver sondern ernst gemeint sei und verzichtete nun

seinerseits. Am 30. Dezember erklärte dann aber überraschend Irina Chakamada, eine von drei SPS-Vorsitzenden, sie werde antreten und reichte die Registrationsunterlagen noch fristgerecht bei der Wahlkommission ein. Die SPS ebenso wie von Chakamada später angesprochene NGO-Vertreter lehnten eine Unterstützung ihrer Kandidatur auch nachträglich ab. Die SPS spaltete sich Mitte Januar faktisch, indem Vertraute von Anatolij Tschubajs nach Rücktritt der Parteiführung in die entscheidenden Positionen aufrückten. Jabloko beschloss Mitte Februar auf einem Parteitag, zum Wahlboykott aufzurufen.

Oleg Malyschkin

Mit sicherem Gespür für Symbolik unterstrich Wladimir Schirinowskij die Absurdität dieses Wahlkampfs, indem er die LDPR-Fraktion seinen ehemaligen Leibwächter, früheren Boxmeister und heutigen Dumaabgeordneten Oleg Malyschkin als Kandidaten aufstellen ließ. Allerdings greift damit Schirinowskij, in ihm eigener Offenheit, das Institut Wahlen, insbesondere Präsidentenwahlen insgesamt an. Die Wahlen seien grundsätzlich Unsinn, erklärte Schirinowskij, Putin müsse Präsident auf Lebenszeit werden. In diesem Geist übte er sich im Spiel mit den Journalisten. Auf eigentlich unnötige Fragen an Malyschkin nach dessen offensichtlicher Scheinkandidatur antwortete der stets danebenstehende Schirinowskij mit meist ernstem Gesicht und oft erhobener Stimme, der Kandidat habe einen eigenen klugen Kopf. Malyschkin dagegen blieb einsilbig. Höhepunkt dieses absurden Theaters war der Versuch Schirinowskij, auch in den Kandidatendebatten im Fernsehen für Malyschkin aufzutreten. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an der durch die Wahlkommission gestützten Weigerung der Fernsehsender.

Nikolaj Charitonow

Nikolaj Charitonows Weg zur Platzhalterkandidatur für die KPRF ist wenig ruhmreicher. Charitonow, ein ursprünglich aus der Agrarpartei stammender Abgeordneter mit wenig Ausstrahlung und deutlichen Vorlieben für Stalin und Dserschinskij, war der Kompromisskandidat, mittels dessen Sjuganows Kandidatur verhindert und eine Spaltung der Partei abgewendet wurde. Ursprünglich wollte Parteichef Gennadij Sjuganow trotz des schlechten Abschneidens der Kommunisten bei den Dumawahlen erneut kandidieren. Eine Gruppe um Gennadij Semigin versuchte dies zu verhindern, im „Auftrag des Kreml“ wie Sjuganow argwöhnte.

„Heimat“: Sergej Glasjew oder Wiktor Geraschtschenko

Die Spaltung zu verhindern gelang dem erst im Spätsommer 2003 gebildeten linksnationalistischen Wahlblock „Heimat“ nicht. Dmitrij Rogosin, einer von zwei Spitzenkandidaten und dem Kreml nahestehend, setzte sich für die Kandidatur des ehemaligen Zentralbankchefs Wiktor Geraschtschenko ein, seit der Dumawahl Abgeordneter der Heimat-Fraktion. Sein Ziel dürfte gewesen ein, eine Kandidatur des populären Fraktionsvorsitzenden Sergej Glasjew zu verhindern. Glasjew sei nicht „lenkbar“, so fürchteten Kremlberater, könne sich mit einem guten Ergebnis zu einer zu selbstständigen politischen Figur entwickeln und damit möglicherweise den Grundstein für einen Erfolg bei den Präsidentenwahlen 2008 legen. Doch Glasjew ließ sich durch das Mehrheitsvotum seiner Fraktion für Geraschtschenko nicht abschrecken und setzte seine Kandidatur mittels rund 2,2 Millionen gesammelter Unterschriften durch. Die Mitte Februar drohende Spaltung von Heimat – Rogosin hatte seine „Partei Russischer Regionen“ in „Heimat“ umbenannt und das Justizministerium diese Umbenennung akzeptiert – konnte noch einmal vermieden werden. Anfang März setzte die Heimat-Fraktion in der Duma Glasjew aber auf Initiative von Rogosin als ihren Vorsitzenden ab und wählte Rogosin zu seinem Nachfolger.

Geraschtschenkos von Rogosin betriebene Kandidatur endete bevor sie begonnen hatte. Die Zentrale Wahlkommission lehnte seine Registrierung als Kandidat ab, weil er laut eingereichter Unterlagen nicht vom Wahlblock, sondern von seiner „Partei Russischer Regionen“ aufgestellt worden sei. Das Wahlgesetz sehe aber ausdrücklich die Aufstellung durch eine Partei oder einen Wahlblock vor, der oder die an der Wahl teilgenommen und in die Duma eingezogen sei. Geraschtschenko wurde nahegelegt, doch auch den Weg über das Sammeln von 2 Millionen Unterschriften zu gehen. Doch er legte Beschwerde gegen die Entscheidung der Wahlkommission vor dem Obersten Gericht ein, die dieser am 6. Februar 2004 zurück wies. Damit war aber auch die Frist verstrichen innerhalb derer Geraschtschenko noch mittels Unterschriftensammeln hätte Kandidat werden können.

Sergej Mironow

Ebenso wenig verständlich wie das Antreten seiner Partei „Leben“ bei der Dumawahl ist auch die Kandidatur des Föderationsratsvorsitzenden und Putinvertrauten Sergej Mironow bei den Präsidentenwahlen. Wie vor den Dumawahlen erklärte Mironow, Präsident Putin, seinen Gegenkandidaten, unterstützen zu wollen. In Meinungsumfragen kommt Mironow nicht über ein halbes Prozent Unterstützung hinaus.

Iwan Rybkin

Für den größten Skandal des Wahlkampfs sorgte Iwan Rybkin mit seinem mehrtägigen Verschwinden Anfang Februar. Rybkin war mit Unterstützung des im Londoner Exil lebenden ehemaligen „Oligarchen“ Boris Beresowskij angetreten. Am 7. Februar meldete die russische Presse, Rybkin sei verschwunden. Einige Tage später hieß es, er sei in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Am 11. Februar kehrte Rybkin zurück nach Moskau und erklärte bei seiner Ankunft, er habe nur ein paar Tage ausruhen wollen. Später behauptete Rybkin, er sei nach Kiew gereist, um einen Emissär des tschetschenischen Rebellenführers Aslan Maschadow zu treffen und einen Friedensplan zu beraten. In einer dritten Version sprach Rybkin davon, nach Kiew gelockt und dort über Drogen im Tee betäubt worden zu sein. Während seiner mehrtägigen Bewusstlosigkeit habe man Videoaufnahmen gemacht, die ihn beim angeblichen sexuellen Verkehr mit Prostituierten zeigen. Mit dieser Aufnahme habe man ihn zu erpressen und zur Aufgabe seiner Kandidatur zu bewegen versucht.

Kurze Zeit später verließ Rybkin Russland und flog nach London zu seinem Finanzier Beresowskij, weil er sich in Russland nicht sicher fühle. Mehrere Versuche, von London aus die Teilnahme an den Kandidatendebatten im Fernsehen einzuklagen, schlugen fehl. Anfang März kehrte Rybkin überraschend nach Moskau zurück und zog seine Kandidatur zurück. Je nach politischer Einstellung oder politischen Interessen wird entweder dem Inlandsgeheimdienst FSB oder Beresowskij die Autorenschaft für Rybkins Abenteuer nachgesagt. Das widersprüchliche Verhalten des Kandidaten gibt aber auch Vermutungen Sinn, Rybkin habe den Druck zwischen Beresowskij und Kreml nicht ausgehalten und das „Spiel verlassen“ wollen.

Wladimir Putin

Wladimir Putins Helfer sammelten über sieben Millionen Unterschriften, weit mehr als die notwendigen zwei Millionen und dreimal soviel wie die anderen KandidatInnen. Damit unterstrich Putin seinen Anspruch als „Kandidat der ganzen Volkes“ und nicht einer Partei, stehe sie ihm auch noch so nahe, zu gelten. Mit seiner Absage an eine Teilnahme bei den Debatten der Präsidentschaftskandidaten im Fernsehen und dem Verzicht auf kostenlose Wahlwerbezeit im Fernsehen wiederholte die Taktik von „Einiges Russland“ aus dem Dumawahlkampf. Der Ge-

schäftsführer von „Einiges Russland“ Jurij Wolkow hatte diesen Schritt im Herbst so begründet: „Wir halten es nicht für sinnvoll und sogar gefährlich, Zeit mit Reklame und populistischen Auftritten im Fernsehen zu vergeuden.“ Diese Absage an öffentliche Politik zieht sich als Strukturmerkmal durch das Verhalten von Präsident Putin und seinen Beratern. Eine direkte Begründung für seinen Verzicht auf öffentliche Debatten und kostenlose Fernsehzeit gibt es von Putin nicht. Allerdings äußerte er sich in einer Rede vor seine Wahlvertrauensleuten in der Moskauer Staatsuniversität am 12. Februar darüber, was er grundsätzlich von Wahlwerbung hält: „Ein Staatsoberhaupt im Amt sollte für sich selbst nicht Reklame machen – das wäre in den vergangenen vier Jahren nötig gewesen: Demonstrieren, allerlei schöne Märchen erfinden, schöne, nur weit von unserer Realität entfernte.“

Die gut halbstündige Rede wurde selbst zum Skandalon. Nicht wegen ihres wenig von früheren programmatischen Äußerungen abweichenden Inhalts, sondern weil sie vom staatlichen Fernsehkanal „Rossija“ live übertragen wurde. Gegen diesen offensichtlichen, und, so muss man annehmen, bewussten Verstoß gegen die Wahlgesetzgebung, die Wahlwerbung nur zulässt, wenn sie aus dem von der Zentralen Wahlkampfkommission verwalteten Wahlkampffond bezahlt wird, legten Irina Chakamada und Nikolaj Charitonow bei der Zentralen Wahlkommission Protest ein. Sie forderten, Putin müsse die Sendezeit nachträglich aus seinen Wahlkampfmitteln bezahlen und der Sender gerügt werden. Die Wahlkommission hingegen vermochte keine Gesetzesverletzung feststellen und wies den Protest zurück: „Die Rede Putins war programmatisch und von großem öffentlichem Interesse. In diesem Zusammenhang gibt es Grund zu der Annahme, dass es das Ziel des Senders für die Direktübertragung war, die Wähler zu informieren und nicht Wahlagitation zu betreiben.“ Damit übernahm sie fast wörtlich die Argumentation des Fernsehsenders. Andrej Bistrizkij, einer der Direktoren von „Rossija“, fügte noch hinzu, der Sender habe das Ziel gleiche Bedingungen für alle Kandidaten zu schaffen: „Bisher ist Iwan Rybkin der Kandidat, über den wir am meisten berichtet haben.“ Auf Antrag von Irina Chakamada hob das Oberste Gericht Ende Februar die Ablehnung der Beschwerde durch die Wahlkommission aufgrund von Verfahrensfehlern auf. Es wies die Kommission an, die Beschwerde erneut zu verhandeln.

Ähnlich wie durch die eben geschilderte Machtdemonstration verdeutlicht auch die Entlassung von Premierminister Michail Kasjanow am 24. Februar das Verhältnis von Präsident Putin und seiner Berater zum Institut Wahlen. Die russische Verfassung verpflichtet den Präsidenten, der Staatsduma binnen zwei Wochen nach der Entlassung eines Premierministers einen neuen Kandidaten vorzuschlagen. Durch den für die Entlassung gewählten Zeitpunkt bedeutete das, dass die Duma noch vor der Präsidentenwahl über einen neuen Regierungschef abstimmen muss. Die Verfassung schreibt aber auch vor, dass der Regierungschef, und mit ihm die Regierung, nach der Wahl eines neuen Präsidenten automatisch entlassen und durch die Duma auf Vorschlag des Präsidenten einen neuen Premierminister wählen muss. Die Entlassung Kasjanows begründete Putin in einer kurzen Fernsehansprache. Er wolle noch vor den Wahlen deutlich machen, sagte er, mit welcher Mannschaft und welchen Vorhaben er in seine zweiten Amtszeit zu gehen beabsichtige. Bei der Vorstellung der neuen Minister am 9. März erklärte Putin, die Entlassung der Regierung nach den Wahlen werde rein formal erfolgen. Sollte er erneut zum Präsidenten gewählt werden, würden alle gerade vorgestellten Minister Mitglieder auch der neuen Regierung bleiben.

Der Vorschlag, Michail Fradkow, den bisherigen Vertreter Russlands bei der Europäischen Union, zum neuen Ministerpräsidenten zu wählen, sorgte eher für das Gegenteil. Fast niemandem in Russland war Fradkow näher bekannt. Seine politischen Überzeugungen sind unklar. Deutlich machte Putin mit diesem Schritt aber zweierlei: Erstens betonte er noch einmal, dass er in der Regierung kein politisches, sondern ein administratives Organ sieht, an dessen Spitze entsprechend auch kein öffentlicher Politiker, sondern ein Verwaltungsfachmann stehen muss. Zweitens zeigte Putin erneut sein rein technisches Verständnis von demokratischen Verfahren.

Ihr symbolischer Gehalt liegt für ihn in der Demonstration von Kontrolle und Macht, nicht in der „Willensbekundung des Volkes“.

Massenmedien

Weil der Wahlsieger bereits fest steht und mit Irina Chakamada, Sergej Glasjew und Nikolaj Charitonow lediglich drei KandidatInnen um ein achtbares „Zählergebnis“ kämpfen, fand der Wahlkampf außerhalb der zentralen Medien kaum statt. Einzige Ausnahme ist das angestrebte, durch Anweisungen aus dem Kreml befeuerte Bestreben von Verwaltungen auf allen Ebenen, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen. Damit die Wahl gültig ist müssen laut Verfassung mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten abstimmen gehen. Allerdings besteht daran, dass die so genannten administrativen Ressourcen ausreichen werden, dies zu erreichen, nach der Erfahrung mit der Dumawahl kein Zweifel. In mehreren Regionen haben die Gouverneure den Wahltag, einen Sonntag, zum Arbeitstag erklärt. Fabrikdirektoren, Schulleiter, Behördenleiter und Universitätsrektoren sind angewiesen, dafür zu sorgen, dass alle ihr Beschäftigten, Schüler und Studenten sich vor dem Wahltag einen Wahlschein an ihrem Wohnort besorgen, um dann am Wahltag gemeinsam abstimmen zu gehen. Erfolgreich erprobt wurde dieses „Verfahren“ zur Sicherstellung einer hohen Wahlbeteiligung bereits bei der Abstimmung über die Vereinigung des Permer Gebiets und des Nationalen Kreises der Komi-Permjaken am Tag der Dumawahlen im Dezember.

Die im Dumawahlkampf noch intensiv geführten Live-Diskussionen im Fernsehen, entbehrten diesmal der Schärfe und des öffentlichen Interesses. Der Fernsehsender NTW lehnte es gar mit dem Argument, das würde die Zuschauer wenig interessieren, ab, wie bei der Dumawahl Live-Diskussionen in seiner populären Sendung „Redefreiheit“ (Swoboda Slowa) zu veranstalten. Da es sich dabei um von den Teilnehmern zu bezahlende Sendezeit handelt, ist die Annahme nicht unbegründet, dass die NTW-Verantwortlichen sich mit dieser Weigerung eher an tatsächlichen oder antizipierten Forderungen aus dem Kreml orientierten als an kaufmännischen Argumenten.

Fazit

Die Präsidentenwahl 2004 in Russland ist eine Wahl ohne Alternative. Das liegt sicherlich an der großen Popularität des amtierenden Präsidenten Wladimir Putin, der selbst unter freien und fairen Bedingungen keinen seiner Gegenkandidaten fürchten müsste und aller Voraussicht nach bereits im ersten Wahlgang mit mehr als 50 Prozent der Stimmen gewinnen würde. Doch die Bedingungen sind, wie es die OSZE bereits für die Dumawahlen kritisierte, „frei aber nicht fair“. Dieser Umstand hat ernsthaftere Konkurrenten als die auf dem Wahlzettel vertretenen von einer Kandidatur abgehalten. Die demonstrative Geringschätzung seiner Gegenkandidaten und Missachtung dessen, was man gute demokratische Gepflogenheiten nennen könnte durch Wladimir Putin und seine Unterstützer verstärken unterdessen in der russischen Bevölkerung das weitreichende Misstrauen gegen demokratische Verfahren insgesamt und Wahlen insbesondere. Es bleibt der schale Eindruck zurück, dass eben das erreicht werden soll.

Liste der Kandidaten für die Präsidentenwahlen am 14. März 2004

Am Stichtag (8. Februar) offiziell registrierte und zugelassene Kandidaten

<i>Kandidat</i>	<i>Angaben zur Person</i>	<i>Partei- zugehörigkeit</i>	<i>Aufgestellt von ...</i>	<i>Registration</i>
Glasjew, Sergej	Geb. 1.1.1961, Hochschulausbildung, Abgeordneter der Staatsduma, wohnhaft in Moskau	Kovorsitzender der Partei „Russische Regionen“	Wählergruppe zur Unterstützung der persönlichen Bewerbung von S. Ju. Glasjew	Registriert 08.02.2004 85/717-4
Malyschkin, Oleg	Geb. 7.4.1951, Hochschulausbildung, Abgeordneter der Staatsduma, wohnhaft in Tazinskja (Gebiet Rostow)	Mitglied des Obersten Rats der LDPR	Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR)	Registriert 08.01.2004 77/658-4
Mironow, Sergej	Geb. 14.2.1953, Hochschulausbildung, Vorsitzender des Föderationsrates, wohnhaft in Sankt Petersburg	Vorsitzender der „Russischen Partei des Lebens“	Russische Partei des Lebens	Registriert 06.02.2004 83/700-4
Putin, Wladimir	Geb. 7.10.1952, Hochschulausbildung, Präsident der Russischen Föderation, wohnhaft in Moskau		Wählergruppe in Unterstützung der persönlichen Bewerbung von W.W. Putin	Registriert 02.02.2004 82/647-4
Rybkin, Iwan	Geb. 20.10.1946, Hochschulausbildung, Präsident der Regionalen öffentlichen Stiftung zur Förderung der russischen Sprache als Mittel internationaler Kommunikation, wohnhaft in Moskau		Wählergruppe in Unterstützung der persönlichen Bewerbung von I.P. Rybkin	Registriert 07.02.2004 84/708-4
Chakamada, Irina	Geb. 13.4.1955, Hochschulausbildung, z.Z. ohne Arbeit, wohnhaft in Moskau	Kovorsitzende der Partei „Union Rechter Kräfte“. Kandidatur von der Partei nicht unterstützt.	Wählergruppe in Unterstützung der persönlichen Bewerbung von I.M. Chakamada	Registriert 08.02.2004 85/716-4
Charitonow, Nikolaj	Geb. 30.10.1948, Hochschulausbildung, Abgeordneter der Staatsduma, wohnhaft in Moskau	Vorsitzender der Agroindustriellen Union	Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)	Registriert 15.01.2004 79/668-4

Quelle: Angaben der Zentralen Wahlkommission <http://pr2004.cikrf.ru/etc/5_1_080204.doc>, 10. Februar 2004

...nur 71,2 Prozent

Am 14. März 2004 wurde Wladimir Putin mit überwältigender Mehrheit für eine zweite Amtszeit zum Präsidenten der Russischen Föderation gewählt. Das war keine Überraschung. Politische Beobachter im In- und Ausland hatten seit langem mit einem solchen Ergebnis gerechnet. Nicht nur weil der Präsident und sein Stab über die „administrative Ressource“ verfügten und in der Lage waren, Wahlbeteiligung und Wahlergebnis gezielt zu beeinflussen, sondern vor allem deshalb, weil Putin in der russischen Bevölkerung gegenwärtig tatsächlich auf eine breite Zustimmung rechnen kann. Kein anderer Politiker genießt auch nur annähernd das Vertrauen, das die russischen Wähler Wladimir Putin entgegenbringen. Das Wahlergebnis entspricht dem herrschenden politischen Klima. Das hat das Plebiszit am 14. März – eine Wahl kann man den Abstimmungsvorgang schlecht nennen – bestätigt und hat damit den Präsidenten eindrucksvoll legitimiert.

Gewiss können die Vorgänge im Vorfeld der Wahl – die Kandidatenaufstellung und die Bevorzugung Putins in der Wahlkampfphase – nicht die Bedingungen einer „freien und fairen Wahl“ erfüllen. Andererseits war es auch keine Scheinwahl sowjetischen Typs, bei der eine Monopolpartei 99,96 Prozent der Stimmen einstrich. Das System Putin stellt keine Rückkehr zu sowjetischen Verhältnissen dar, es funktioniert anders. An die Stelle einer ideologisch gegründeten bürokratischen Herrschaft ist das persönliche Regiment eines durch Volkswahl legitimierten Herrschers getreten. Dies war bereits zur Zeit Jelzins ähnlich, doch beruhte Jelzins Macht auf einer heterogenen Allianz aus Moskauer Exekutive, regionalen Eliten und Finanzmagnaten. Das hat sich unter Putin geändert. Diesem ist es in seiner ersten Amtszeit gelungen, die regionalen Machthaber und die großen Finanzgruppen von der Macht abzudrängen und die Exekutive mit Leuten seines Vertrauens zu durchsetzen. Damit hat er das persönliche Regiment stabilisiert, wenngleich es am Hofe Putins immer noch interne Konflikte und Gruppengegensätze gibt.

Unter dem Einfluss dieser Entwicklung gewinnen auch die demokratischen Institutionen, die unter Jelzin im Ansatz vorhanden waren, einen anderen Charakter. Ein gutes Beispiel dafür ist die Zentrale Wahlkommission, eigentlich Garant für die Durchführung allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahlen. Sie hat den Abstimmungsvorgang am 14. März 2004 professionell organisiert und technisch kompetent durchgeführt. Doch schaut man sich die regionalen Wahlergebnisse an (vgl. Tabelle Seite 52–54), so stößt man in einer Reihe von Regionen auf unwahrscheinlich hohe Wahlbeteiligungen, mit denen überraschend hohe Zustimmungsraten für Putin Hand in Hand gehen. In Inguschetien, in Dagestan oder Tschetschenien, um nur diese drei zu nennen, wurden nahezu sowjetische Resultate erzielt. Und man kann sich des Verdachts nicht erwehren, dass hier jemand stapelweise „richtig“ ausgefüllte Stimmzettel in die Urnen gestopft hat. Das Bemerkenswerte ist, dass die Zentrale Wahlkommission diese unglaublichen Ergebnisse ohne jede sichtbare Reaktion hinnimmt. Damit stimmt überein, dass sie Proteste von Putins Gegenkandidaten, die in den elektronischen Medien offenkundig benachteiligt wurden, mit fadenscheinigen Gründen zurückgewiesen hat. Die Kommission fungiert im System Putin eben nicht als demokratische Institution, die eine „freie und faire“ Durchführung der Wahlen garantiert, sondern als Instrument zur Sicherung des persönlichen Regiments des Präsidenten.

Putins Stellung ist für die nächsten vier Jahre durch die Wahl in beeindruckender Weise legitimiert. Er ist der Partner, mit dem Deutschland und Europa internationale Politik gestalten müssen. Doch die innere Entwicklung Russlands ist auf keinem guten Wege. Die Institutionen eines demokratischen Systems wie Wahlen, Parteien, Parlament sind zwar vorhanden, aber weitgehend ihres inneren Gehalts beraubt. Die Stabilität des Regimes wird über die Person des Präsidenten hergestellt, nicht durch dauerhafte rechtliche und verfassungsmäßig abgesicherte Strukturen. Gewiss hat der Präsident angekündigt, er wolle das Parteiensystem, die Medien, die Zi-

vilgesellschaft in seiner zweiten Amtszeit weiter ausbauen, doch hat seine Administration gerade diese Institute in der ersten Amtszeit demontiert. Wenn sie diese jetzt neu belebt, dann erinnert das an das Russland Katharinas der Großen, als Gesellschaft eine „staatliche Veranstaltung“ war, nicht ein Prozess sozialer Selbstorganisation.

Anhang: Daten und Fakten zur Präsidentenwahl

Zentrale rechtliche Regelungen zur Wahl des russischen Präsidenten

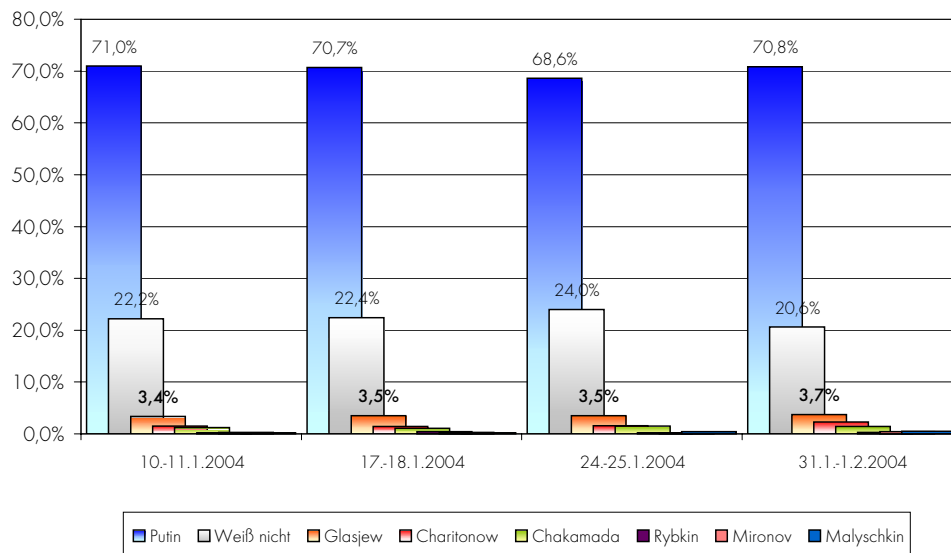
Verfassungsrechtliche Grundlagen des russischen Wahlsystems	
Wahlgrundsätze	<p>Der Präsident der Russischen Föderation wird von den Bürgern der Russischen Föderation auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in geheimer Abstimmung für vier Jahre gewählt.</p> <p>(Art. 81 der russischen Verfassung)</p>
Passives Wahlrecht	<p>Zum Präsidenten der Russischen Föderation kann ein Bürger der Russischen Föderation gewählt werden, der nicht jünger als 35 Jahre ist und seit mindestens zehn Jahren ständig in der Russischen Föderation lebt.</p> <p>(Art. 81 der russischen Verfassung)</p>
Begrenzung der Amtszeit	<p>Ein und dieselbe Person kann das Amt des Präsidenten der Russischen Föderation nicht länger als zwei Amtsperioden nacheinander innehaben.</p> <p>(Art. 81 der russischen Verfassung)</p>
Aktives Wahlrecht	<p>Die Bürger der Russischen Föderation haben das Recht, die Organe der Staatsgewalt und die Organe der lokalen Selbstverwaltung zu wählen und selbst gewählt zu werden sowie an Referenden teilzunehmen.</p> <p>(Art. 32 der russischen Verfassung)</p>
Ausschluss des aktiven Wahlrechts	<p>Bürger, die vom Gericht entmündigt worden sind, sowie Personen, die aufgrund eines Gerichtsurteils in Haftanstalten einsitzen, haben nicht das Recht zu wählen oder gewählt zu werden.</p> <p>(Art. 32 der russischen Verfassung)</p>
Zentrale Bestimmungen des Gesetzes „Über die Wahlen des Präsidenten der Russischen Föderation“ (in Kraft getreten am 16.1.2003)	
Festlegung eines föderalen Wahlkreises	<p>Die Wahlen zum russischen Präsidenten werden in einem einheitlichen föderalen Wahlkreis, der das gesamte Territorium der Russischen Föderation einschließt, durchgeführt.</p> <p>(Art. 4 des Wahlgesetzes)</p>
Festlegung der Wahlen	<p>In Übereinstimmung mit der Verfassung der R.F. beraumt der Föderationsrat die Wahlen zum Präsidenten der R.F. an.</p> <p>(Art. 5 des Wahlgesetzes)</p>
Kandidaten	<p>Die Kandidaten können von politischen Parteien, ..., und von Wählervereinigungen aufgestellt werden und können sich auch selbst aufstellen.</p> <p>(Art. 6 des Wahlgesetzes)</p>

Aufgabe der Wahlkommissionen	<p>Die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum Präsidenten der R.F., die Sicherung der Realisierung und des Schutzes der Wahlrechte der Bürger und die Kontrolle über die Einhaltung der genannten Rechte obliegt den Wahlkommissionen</p> <p>Eine Einmischung in die Tätigkeit der Wahlkommissionen von Seiten der Legislativ- (...) und Exekutivorgane der staatlichen Macht, der Selbstverwaltungsorgane und anderer Organe und Organisationen, von Amtsträgern und anderen Personen ist nicht zugelassen.</p> <p>(Art. 7 des Wahlgesetzes)</p>
Grundlagen der Wahlwerbung	<p>Die Bürger der R.F., die politischen Parteien, die anderen gesellschaftlichen Vereinigungen und die Wählerblöcke haben das Recht, in allen gesetzlich zugelassenen Formen und mit gesetzlichen Mitteln Wahlkampfwerbung zu betreiben.</p> <p>Den registrierten Kandidaten werden zur Durchführung des Wahlkampfes die gleichen Bedingungen beim Zugang zu den Massenmedien garantiert.</p> <p>(Art. 8 des Wahlgesetzes)</p>
Finanzierung	<p>Die Ausgaben zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum Präsidenten der R.F. gehen zu Lasten der Mittel des föderalen Budgets.</p> <p>Die Kandidaten sind verpflichtet, eigene Wahlfonds zur Finanzierung ihres Wahlkampfes zu bilden.</p> <p>(Art. 9 Wahlgesetzes)</p>
Beschränkung der Meinungsfreiheit im Wahlkampf	<p>Die Informationsmaterialien, die in die Massenmedien aufgenommen oder auf andere Weise verbreitet werden, müssen objektiv und zuverlässig sein und dürfen die Gleichheit der Kandidaten nicht verletzen.</p> <p>In den Informationsprogrammen von Fernsehen und Rundfunk und in den Presseberichten dürfen Mitteilungen über Maßnahmen der Kandidaten im Wahlkampf, ihnen Nahestehender, politischer Parteien, Wählerblöcke und Gruppen von Wählern nur in einzelnen Informationsblöcken und ohne Kommentare gegeben werden. Derartige Informationsblöcke werden von den Kandidaten ... nicht bezahlt. In ihnen darf keinem der Kandidaten der Vorzug gegeben werden und auch keine Diskriminierung (...) eines Kandidaten stattfinden, auch nicht durch die Zeit oder den Raum, der diesen Mitteilungen gewidmet wird.</p> <p>(Art. 46 des Wahlgesetzes)</p>

Wahlwerbung in den Medien	<p>Sendezeit in Rundfunk und Fernsehen und Rubriken in Presseerzeugnissen können den registrierten Kandidaten [in im Einzelnen geregelter Form] kostenlos (...) oder gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Eine Partei oder eine Wählervereinigung, die Kandidaten aufgestellt hat, die im Ergebnis der Wahl weniger als 2 % der Stimmen der Wähler, die an der Wahl teilgenommen haben, bekommen haben ..., sind verpflichtet, den staatlichen Organisationen von Fernsehen und Rundfunk und den staatlichen Presseunternehmen die Kosten der kostenlos zur Verfügung gestellten Sendezeit und der Rubriken in den Zeitungen zu ersetzen.</p> <p>(Art. 51 und 63 des Wahlgesetzes)</p>
Wahlergebnis	<p>Gewählt ist derjenige der registrierten Kandidaten, der mehr als die Hälfte der Stimmen der Wähler, die an der Wahl teilgenommen haben, erreicht hat.</p> <p>Wenn weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten an der Wahl teilgenommen haben, ist die Wahl ungültig.</p> <p>(Art. 76 des Wahlgesetzes)</p>

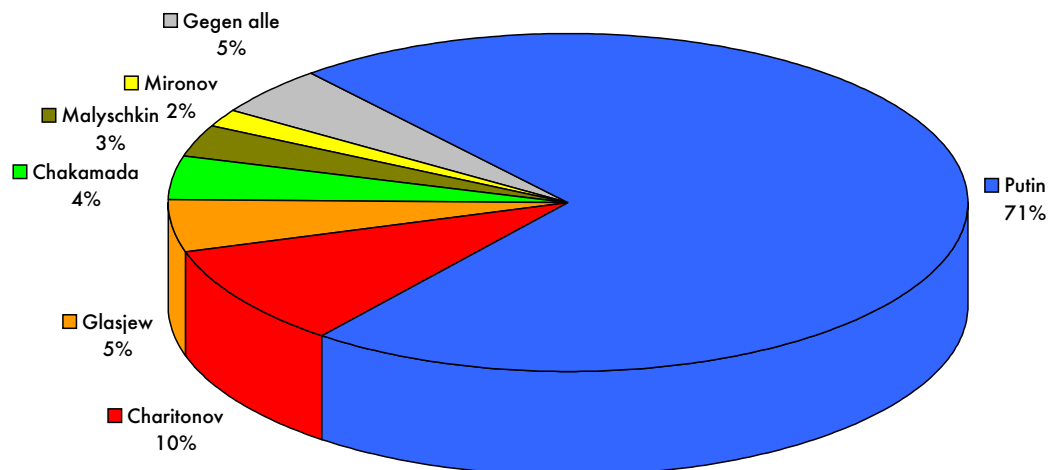
Prognosen und Ergebnis der Präsidentenwahl vom 14. März 2004

„Wenn nächsten Sonntag Wahlen wären, für welchen Politiker würden Sie stimmen?“



Quelle: <http://bd.fom.ru/report/map/d040501>, 6.2.2004

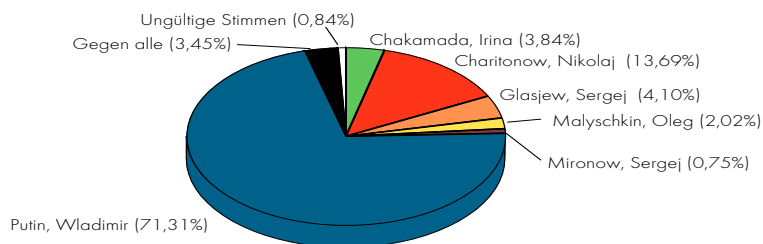
Prognose des FOM vom 8.3.2004



Quelle: <http://bd.fom.ru/report/map/o040801>, 9.3.2004

Endergebnis der Präsidentenwahlen am 14.3.2004

Nr.	Angaben des Wahlprotokolls	Stimmen	in %
1	In die Wahlliste eingetragene Wahlberechtigte	108.064.281	
2	An die Wahllokale ausgegebene Stimmzettel	105.744.10	
3	An die Wähler vorzeitig ausgegebene Stimmzettel	129.022	
4	An die Wähler am Tag der Wahl im Wahllokal ausgegebene Stimmzettel	64.831.567	
5	An die Wähler am Tag der Wahl außerhalb des Wahllokals ausgegebene Stimmzettel	4.621.172	
6	Entwertete Stimmzettel	36.161.858	
7	Stimmzettel in beweglichen Urnen	4.749.595	
8	Stimmzettel in stationären Urnen	64.755.014	
9	Ungültige Stimmen insgesamt	578.824	
10	Gültige Stimmen	68.925.785	
11	Wahlscheine, die im Wahllokal abgegeben wurden	2.085.381	
12	Wahlscheine, die vor der Abstimmung vom Wahllokal ausgegeben wurden	1.012.574	
13	Wähler, die im Wahllokal mit Wahlschein abstimmten	818.681	
14	Entwertete, nicht benutzte Wahlscheine	1.072.788	
15	Wahlscheine, die vor der Abstimmung von der territorialen Kommission ausgegeben wurden	40.227	
16	Zahl der verlorengegangenen Stimmzettel	643	
17	Zahl der nichtregistrierten Stimmzettel	159	
Namen der Kandidaten			
18	1.Glasjew, Sergej	2.850.063	4,10%
19	2.Malyschkin, Oleg	1.405.315	2,02%
20	3.Mironow, Sergej	524.324	0,75%
21	4.Putin, Wladimir	49.565.238	71,31%
22	5.Chakamada, Irina	2.671.313	3,84%
23	6.Charitonow, Nikolaj	9.513.313	13,69%
24	Gegen alle	2.396.219	3,45%
	Wahlbeteiligung	69.504.609	64,32%



Quelle: Angaben der Zentralen Wahlkommission vom 23.3.2004 < <http://pr2004.cikrf.ru/etc/svod.xls> >

Die Wahlergebnisse in den Regionen
(geordnet nach der Anzahl der für Wladimir Putin abgegebenen Stimmen)

	<i>Glasjew</i>	<i>Mulyschkin</i>	<i>Mironow</i>	<i>Putin</i>	<i>Chakmudra</i>	<i>Charitonow</i>	<i>Gegen alle</i>	<i>Wahl- beteiligung</i>
Russische Föderation	4,1%	2,0%	0,8%	71,2%	3,9%	13,7%	3,5%	64,2%
Republik Inguschetien	0,1%	0,2%	0,7%	98,2%	0,1%	0,5%	0,1%	96,2%
Republik Kabardino-Balkarien	0,4%	0,1%	0,1%	96,5%	0,3%	2,2%	0,3%	97,7%
Republik Dagestan	0,2%	0,2%	0,2%	94,6%	0,3%	3,8%	0,4%	94,1%
Republik Tschetschenien	0,6%	0,4%	0,4%	92,4%	2,6%	2,3%	0,8%	94,2%
Republik Baschkortostan	1,1%	0,5%	0,3%	91,8%	1,1%	4,0%	0,7%	89,1%
Republik Mordwinien	1,0%	0,7%	0,2%	91,4%	0,7%	4,5%	0,8%	94,6%
Republik Nordossetien	0,5%	0,3%	0,2%	91,3%	0,5%	6,3%	0,4%	89,2%
Republik Tuwa	1,3%	0,7%	0,5%	87,5%	2,0%	6,0%	1,0%	72,8%
Autonomer Kreis der Tschuktschen	2,3%	1,4%	0,7%	87,2%	3,0%	3,1%	1,7%	85,2%
Autonomer Kreis der Jamal-Nenzen	2,4%	1,5%	0,5%	84,5%	3,7%	3,9%	2,9%	80,8%
Autonomer Kreis der Korjaken	2,4%	1,7%	0,8%	84,3%	3,3%	4,9%	1,2%	72,7%
Autonomer Kreis der Burjaten von Aginsk	1,7%	1,2%	0,6%	84,3%	3,2%	7,8%	0,6%	73,8%
Stadt Bajkonur (Republik Kazachstan)	2,6%	1,1%	0,7%	83,6%	3,5%	4,0%	3,8%	73,6%
Republik Tatarstan	2,4%	1,1%	1,0%	82,6%	3,1%	6,6%	2,2%	83,3%
Republik Karatschajewo-Tscherkessien	1,6%	0,8%	0,4%	82,3%	1,5%	11,5%	1,4%	81,3%
Wahllokale außerhalb der Grenzen der UdSSR	3,2%	0,8%	0,6%	81,5%	5,0%	5,7%	2,9%	88,8%
Autonomer Kreis der Ewenken	4,6%	1,4%	0,7%	81,1%	4,4%	4,3%	2,9%	63,9%
Autonomer Kreis der Komi-Permjaken	1,6%	1,8%	1,1%	80,6%	2,2%	10,4%	1,2%	63,7%
Republik Kalmykien	2,3%	1,0%	0,4%	79,2%	4,0%	11,1%	1,2%	71,5%
Autonomer Kreis der Dolganen und Nenzen von Taimyr	4,3%	2,2%	0,8%	79,1%	5,6%	3,9%	3,5%	68,2%
Gebiet Archangelsk	3,0%	1,9%	0,8%	77,4%	4,2%	9,4%	2,7%	61,4%
Gebiet Leningrad	3,2%	1,3%	1,1%	77,1%	3,5%	10,2%	3,1%	58,0%
Autonomer Kreis der Nenzen	2,7%	2,0%	1,3%	76,9%	3,9%	8,4%	4,0%	61,5%
Republik Adygeja	2,9%	1,4%	0,5%	76,4%	1,5%	14,1%	2,5%	76,0%
Gebiet Swerdlowsk	3,6%	2,2%	0,7%	76,3%	5,6%	7,8%	2,8%	56,8%
Republik Udmurtien	4,0%	2,6%	0,8%	76,0%	3,9%	9,4%	2,3%	67,3%
Gebiet Wologda	3,2%	1,9%	1,1%	75,8%	3,3%	11,5%	2,7%	62,4%
Stadt Sankt Petersburg	4,1%	0,8%	1,5%	75,1%	6,7%	7,4%	3,9%	57,4%
Republik Altai	3,4%	1,4%	0,7%	75,0%	3,5%	13,5%	1,7%	62,9%
Autonomer Kreis der Chanten und Mansen	3,5%	2,9%	0,7%	74,8%	5,3%	7,4%	4,7%	64,0%
Republik Karelien	2,7%	2,3%	1,1%	74,1%	5,5%	10,1%	3,6%	56,4%
Gebiet Murmansk	4,0%	2,5%	1,0%	74,0%	5,0%	8,1%	4,8%	57,6%
Republik Komi	3,3%	2,6%	0,8%	73,6%	3,7%	11,7%	3,6%	57,6%

	<i>Glasjow</i>	<i>Machschkin</i>	<i>Mironow</i>	<i>Putin</i>	<i>Chakamada</i>	<i>Charitonow</i>	<i>Gegen alle</i>	<i>Wahl- beteiligung</i>
Gebiet Tjumen	3,7%	2,8%	0,8%	73,6%	3,7%	11,2%	3,4%	77,2%
Gebiet Rjasan	4,3%	1,7%	0,6%	73,3%	2,6%	13,7%	2,7%	61,5%
Autonomer Kreis der Burjaten von Ust-Ordinsk	2,1%	2,3%	0,9%	72,8%	4,8%	14,3%	1,3%	68,9%
Gebiet Perm	3,8%	2,6%	1,0%	72,7%	5,2%	10,1%	3,8%	62,8%
Gebiet Rostow	3,7%	2,3%	0,6%	72,5%	3,0%	14,2%	3,0%	72,6%
Gebiet Tschita	3,1%	2,9%	0,9%	72,5%	2,6%	14,8%	2,3%	54,7%
Gebiet Kamtschatka	5,6%	2,6%	0,9%	71,8%	5,1%	9,3%	4,3%	57,8%
Gebiet Nowgorod	3,5%	2,4%	0,8%	71,7%	3,6%	13,9%	3,5%	54,5%
Gebiet Kemerowo	4,1%	3,4%	1,0%	71,5%	3,6%	11,3%	4,0%	71,8%
Gebiet Moskau	5,8%	1,6%	0,6%	71,1%	4,2%	10,6%	5,1%	58,3%
Gebiet Jaroslawl	4,9%	2,2%	0,9%	70,8%	4,4%	12,2%	3,6%	58,8%
Gebiet Pskow	3,5%	1,6%	1,2%	70,8%	3,1%	16,6%	2,5%	61,0%
Gebiet Saratow	3,2%	1,9%	0,6%	70,8%	2,6%	17,0%	3,0%	72,0%
Gebiet Twer	4,0%	1,9%	0,8%	70,6%	3,5%	15,4%	3,4%	54,9%
Gebiet Tscheljabinsk	3,4%	2,5%	0,7%	70,2%	4,0%	14,2%	4,1%	65,8%
Gebiet Kaluga	4,5%	1,8%	0,7%	70,2%	3,7%	14,7%	3,7%	56,4%
Gebiet Magadan	4,4%	3,1%	1,0%	70,1%	6,2%	10,4%	4,3%	62,1%
Gebiet Kaliningrad	5,0%	2,0%	1,1%	69,8%	4,4%	11,8%	5,0%	54,1%
Republik Sacha (Jakutien)	3,4%	1,6%	0,7%	69,8%	8,7%	11,3%	3,6%	82,0%
Gebiet Kostroma	3,2%	2,2%	1,0%	69,2%	2,8%	18,5%	2,5%	54,2%
Gebiet Wladimir	4,4%	2,4%	0,9%	68,8%	3,0%	15,5%	4,2%	56,0%
Stadt Moskau	6,3%	1,2%	0,6%	68,7%	8,2%	7,4%	6,6%	59,8%
Gebiet Sachalin	4,1%	2,6%	0,7%	68,4%	5,0%	14,1%	4,3%	54,8%
Jüdisches Autonomes Gebiet	3,3%	3,3%	1,0%	67,9%	4,1%	15,5%	4,0%	69,6%
Region Altai	4,2%	2,9%	0,8%	67,6%	2,8%	18,4%	2,3%	64,1%
Region Krasnodar	4,1%	1,9%	0,6%	67,4%	2,9%	19,3%	3,1%	63,3%
Republik Mari El	4,1%	2,4%	0,8%	67,3%	3,2%	18,1%	3,1%	65,1%
Gebiet Iwanowo	4,3%	3,0%	0,9%	67,2%	3,5%	16,4%	4,1%	53,6%
Gebiet Tomsk	3,7%	2,5%	1,1%	67,2%	6,6%	13,4%	4,9%	65,9%
Republik Tschuwaschien	2,8%	1,8%	0,6%	67,1%	2,5%	21,5%	2,1%	66,7%
Gebiet Omsk	3,7%	3,1%	0,7%	67,0%	4,0%	17,4%	3,1%	66,8%
Gebiet Kurgan	3,5%	4,0%	0,7%	66,9%	2,4%	19,2%	2,7%	63,0%
Republik Burjatien	2,9%	1,6%	0,8%	66,6%	7,2%	17,1%	2,7%	66,6%
Gebiet Astrachan	4,8%	2,2%	0,7%	66,1%	3,4%	18,3%	3,6%	59,3%
Gebiet Uljanowsk	5,6%	2,1%	0,8%	66,0%	2,3%	19,3%	2,8%	61,6%
Gebiet Nischni Nowgorod	3,9%	2,2%	0,8%	65,9%	5,1%	17,2%	4,2%	56,9%
Gebiet Kirow	4,6%	2,6%	1,0%	65,5%	3,3%	19,6%	2,7%	60,1%
Gebiet Tula	5,1%	2,0%	0,6%	65,4%	3,2%	18,5%	4,4%	55,2%
Gebiet Woronesch	3,4%	2,2%	0,9%	65,3%	2,9%	22,0%	2,7%	62,5%
Gebiet Kursk	3,8%	2,4%	0,9%	65,2%	2,4%	21,1%	3,2%	62,8%
Gebiet Smolensk	3,7%	2,4%	0,8%	64,9%	3,0%	20,9%	3,7%	56,9%
Gebiet Amur	4,6%	3,4%	0,9%	64,9%	3,5%	18,7%	3,2%	59,7%
Gebiet Pensa	5,6%	2,2%	0,7%	64,6%	2,5%	20,2%	3,1%	64,4%
Region Stawropol	3,8%	2,5%	0,7%	64,5%	2,9%	21,3%	3,5%	60,5%
Region Chabarowsk	5,7%	3,3%	1,1%	64,5%	5,1%	13,0%	6,2%	67,8%
Gebiet Lipezk	3,9%	2,7%	0,8%	63,6%	2,3%	21,3%	4,6%	67,6%

	<i>Glasjew</i>	<i>Madschkin</i>	<i>Mironow</i>	<i>Putin</i>	<i>Chakamada</i>	<i>Charionow</i>	<i>Gegen alle</i>	<i>Wahl- beteiligung</i>
Gebiet Tambow	3,1%	2,0%	0,6%	63,6%	2,1%	24,3%	3,3%	72,5%
Gebiet Brjansk	4,1%	2,0%	0,9%	63,6%	2,3%	23,3%	3,0%	61,2%
Gebiet Samara	4,7%	2,4%	1,0%	63,3%	4,3%	19,1%	4,2%	58,6%
Gebiet Nowosibirsk	4,4%	1,8%	0,6%	63,1%	4,4%	21,6%	3,1%	60,2%
Gebiet Wolgograd	4,1%	2,2%	0,7%	63,0%	3,7%	22,0%	3,4%	55,6%
Gebiet Irkutsk	5,8%	4,0%	1,0%	61,9%	5,6%	16,8%	4,2%	52,4%
Gebiet Orjol	3,9%	2,3%	0,8%	61,7%	2,5%	24,0%	3,8%	83,0%
Republik Chakassien	6,9%	3,3%	1,1%	61,4%	4,0%	18,4%	4,0%	57,4%
Region Krasnojarsk	17,2%	2,1%	0,7%	60,3%	4,0%	11,1%	3,9%	51,1%
Region Primorje	5,6%	4,3%	1,0%	59,3%	5,6%	17,0%	6,1%	65,9%
Gebiet Orenburg	5,0%	3,7%	0,7%	58,8%	2,7%	24,6%	3,6%	63,6%
Gebiet Belgorod	5,0%	2,6%	0,8%	54,8%	3,2%	27,6%	4,9%	71,8%

Quelle: http://www.izbirkom.ru/sx_svodprotokol_pr/sx/VIBORYREFER_OBJ/79334598/tvd_brn/79334599.html

Erwartungen an den neuen Präsidenten Putin

Zustimmung zur Arbeit Wladimir Putins als Präsident Russlands

	<i>Ich finde sie gut</i>	<i>Ich finde sie nicht gut</i>	<i>Weiß nicht</i>
Januar 2003	75%	22%	3%
Februar 2003	76%	22%	2%
März 2003	75%	21%	4%
April 2003	73%	24%	3%
Mai 2003	70%	27%	3%
Juni 2003	77%	22%	1%
Juli 2003	78%	19%	3%
August 2003	74%	23%	3%
September 2003	75%	22%	3%
Oktober 2003	74%	23%	3%
November 2003	82%	16%	2%
Januar 2004	81%	16%	3%

Quelle: Angaben des VCIOM-A <www.vciom-a.ru/prezident.html>, 6. Februar 2004

Was macht Putin für Sie attraktiv?

	<i>Oktober 1999</i>	<i>März 2000</i>	<i>Februar 2001</i>	<i>März 2002</i>	<i>Dezember 2002</i>	<i>Dezember 2003</i>
Er ist ein erfahrener Politiker	7%	6%	10%	13%	14%	18%
Er ist ein energischer, entschlossener, willensstarker Mensch	41%	46%	41%	41%	39%	40%
Er ist ein weitsichtiger Politiker	6%	6%	7%	11%	10%	11%
Er ist ein echter Führer, fähig, Leute um sich zu scharen	9%	17%	12%	13%	16%	17%
Er ist ein Mann, der im Land für Stabilität sorgt	10%	12%	15%	14%	13%	18%
Er ist ein Mann, der im Land Ordnung schaffen kann	21%	29%	21%	21%	18%	20%
Er wird von seiner Umgebung verehrt	8%	12%	11%	16%	17%	16%
Er ist zu Kompromissen fähig, kann verschiedene politische Kräfte zusammenbringen	5%	10%	9%	11%	10%	9%
Seine Politik ist unabhängig vom Jelzin-Clan	7%	2%	5%	5%	7%	5%
Ich unterstütze seine Tschetschenienpolitik	24%	21%	7%	6%	8%	3%
Er ist ein ehrlicher, ordentlicher, selbstloser Mensch	6%	7%	9%	11%	16%	13%
Er ist ein Mann mit Prinzipien	9%	10%	11%	12%	10%	9%
Er kennt das Leben, versteht die Sorgen der einfachen Leute	4%	5%	8%	12%	12%	9%
Er ist äußerlich ein sympathischer Mensch	10%	13%	16%	14%	16%	14%
Weiß nicht	24%	21%	18%	18%	14%	13%

Quelle: Angaben des VCIOM <www.vciom-a.ru/kachestva.html>, 6. Februar 2004

Putin for ever?

Wie stehen Sie dazu, die Amtszeit des Präsidenten von vier auf sieben Jahren zu verlängern?

Sehr positiv/Eher positiv	46%
Eher negativ/Sehr negativ	44%
Weiß nicht	10%
	100%

Wie stehen Sie dazu, dem Präsidenten maximal nicht zwei, sondern drei Amtszeiten einzuräumen?

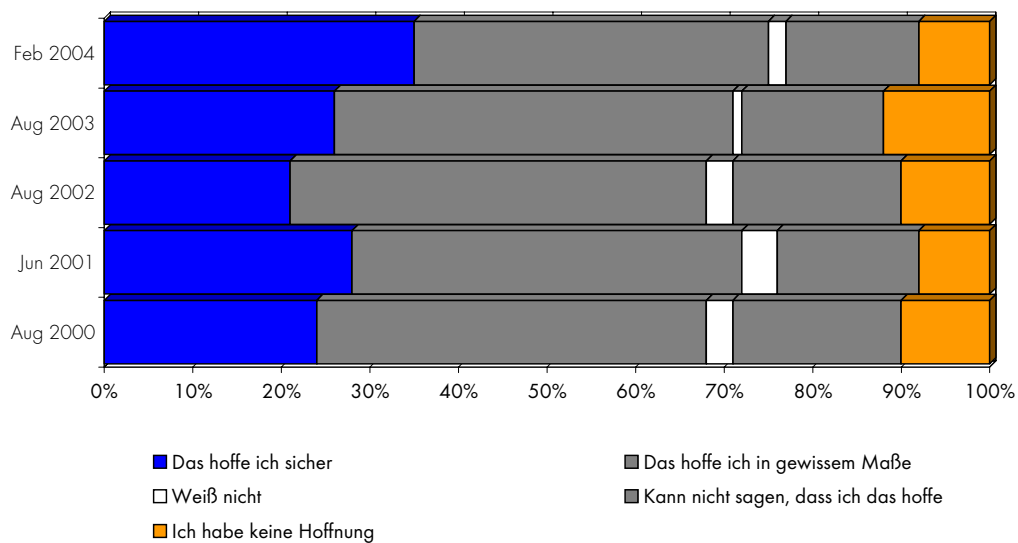
Sehr positiv/Eher positiv	42%
Eher negativ/Sehr negativ	48%
Weiß nicht	10%
	90%

Wie stehen Sie dazu, Putin auf Lebenszeit zum russischen Präsidenten zu machen?

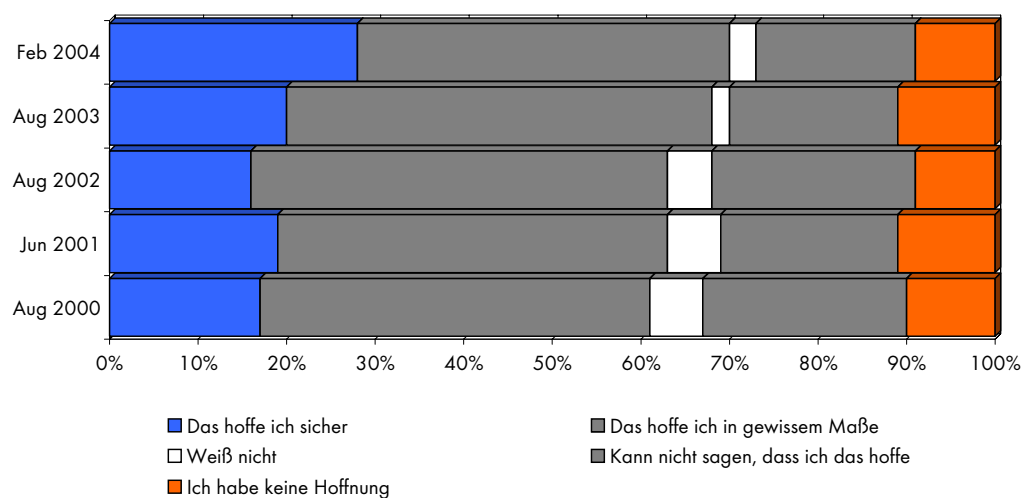
Sehr positiv/Eher positiv	16%
Eher negativ/Sehr negativ	73%
Weiß nicht	11%
	100%

Quelle: Angaben des VCIOM <www.vciom-a.ru/srok.html>, 6. Februar 2004

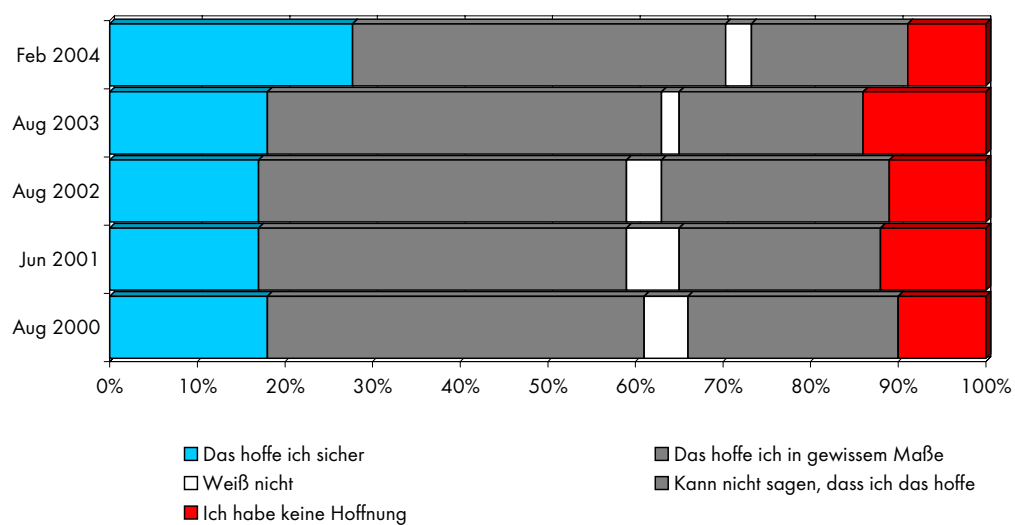
Hoffen Sie, dass Putin Ordnung im Lande schaffen kann?



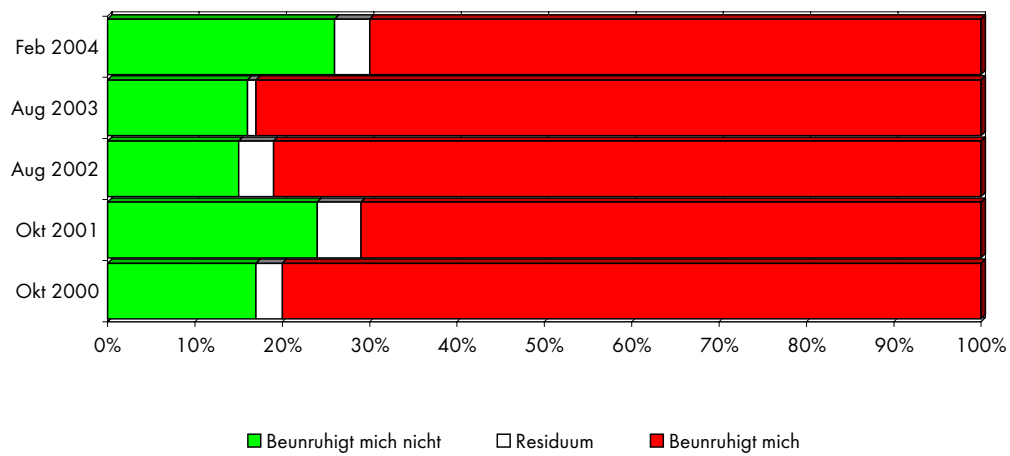
Hoffen, Sie, dass Putin Russland aus der Wirtschaftskrise herausführen kann?



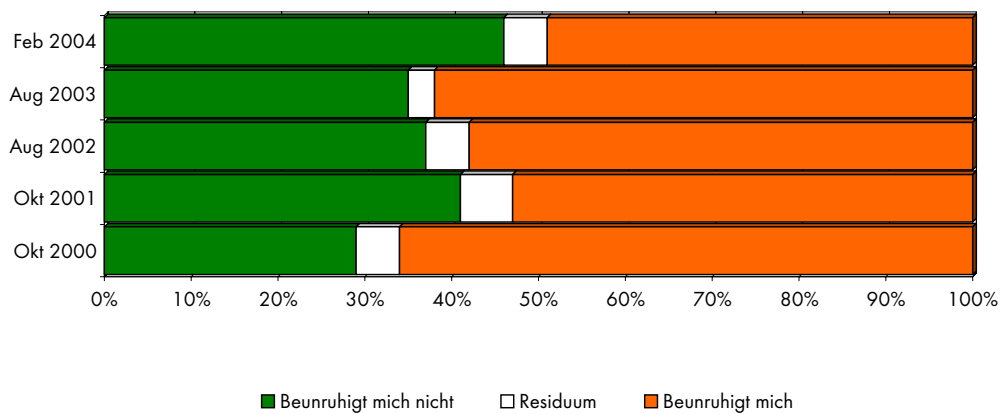
Hoffen Sie, dass Putin den Lebensstandard der Bevölkerung erhöhen kann?



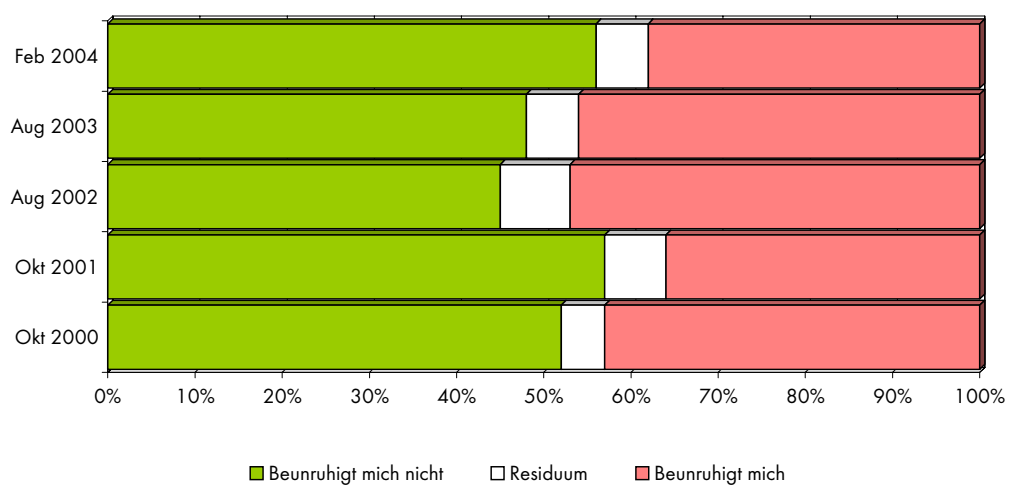
Beunruhigt es Sie, dass Putin das tschetschenische Problem bisher nicht lösen, die Kampfhandlungen in Tschetschenien beenden konnte?



Beunruhigt es Sie, dass Putin bisher kein konkretes wirtschaftliches und politisches Programm vorgelegt hat?



Beunruhigt es Sie, dass Putin eine harte Diktatur errichten könnte – gestützt auf Militär und Machtstrukturen?



Quelle: Lewada-Zentr <www.levada.ru>

Zentrale Herausforderungen

Langfristige Perspektiven der russischen Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftliche Lage Russlands ist besser denn je. Im Jahre 2003 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 7,3%, womit die russische Wirtschaft das fünfte Jahr in Folge zu einer der am schnellsten wachsenden Wirtschaften der Welt gehört. Zugegebenermaßen ist die Inflation mit 12% immer noch zu hoch. Sie ist aber unter Kontrolle der Geldpolitik und befindet sich im Abwärtstrend. Der Überschuss der Außenwirtschaftsbilanz beläuft sich auf 9% des Bruttoinlandsprodukts – eine riesige Zahl im internationalen Vergleich – und in den letzten Jahren ist die Kontrolle des sich daraus ergebenden Geldzustroms zur zentralen Herausforderung für die Wirtschaftspolitik geworden. In Anbetracht der Tatsache, dass es wegen des primitiven Zustands der russischen Finanzmärkte keine richtigen marktbasierten Politikinstrumente zur Verfügung stehen, ist der Erfolg der währungs- und finanzpolitischen Institutionen bemerkenswert. Einen Überblick über zentrale Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung gibt die Tabelle „Zentrale Kennzahlen zu Wirtschaft und sozialer Lage“ auf Seite 65.

Das fünfte Jahr in Folge gibt es einen Haushaltsüberschuss und die Devisenreserven sind auf ca. 85 Millionen US\$ angewachsen. Gemessen an den Exportausgaben ist dies wiederum außergewöhnlich viel. Russland hat einige seiner Auslandsschulden vorzeitig beglichen und ist auf dem besten Wege, ein Land mit einer sehr niedrigen Verschuldung zu werden, da sich das Verhältnis von Auslandsschulden zum Bruttoinlandsprodukt bis zum Ende des Jahres 2004 mit schnellen Schritten der Marke von 25% nähert, während das Maastrichtkriterium zum Beispiel bei 60% liegt.

Wachstumsfaktoren

Russland bleibt nach wie vor abhängig von Energieausfuhren und damit vom Ölpreis (der sich mit etwas Verspätung auch auf den Exportpreis für Erdgas auswirkt). Der Energiesektor liefert (je nach Definition) ca. 20% des russischen Bruttoinlandsprodukts, im Jahre 2003 aber 55% der Exporteinnahmen, etwa 55% der Industrieinvestitionen und ca. 40% der Steuereinnahmen, so dass sich jede Änderung des Ölpreises auf die Wirtschaft mehrfach auswirkt. Hinzu kommt, dass sich auch die Preise von anderen wichtigen russischen Exportgütern – weiterer Rohstoffe wie Eisen, Stahl und Buntmetalle – in der Regel parallel zum Ölpreis entwickeln.

Die russische Wirtschaft ist in letzter Zeit aber nicht nur dank des hohen Ölpreises gewachsen. Nach dem Zusammenbruch der Realeinkommen durch die Finanzkrise im August 1998 haben sich russische Einkommen wieder erholt. Der Konsum ist jährlich um fast 10% gestiegen. Nachdem der Kurs des Rubels zum US-Dollar von 6:1 auf 25:1 abgestürzt war, verbesserte sich die Konkurrenzfähigkeit russischer Unternehmen enorm. Sie konnten sich Marktanteile in Branchen wie der Lebensmittelindustrie, der Textilindustrie und dem Maschinenbau sichern. Sowohl der Anstieg des Konsums als auch Importsubstitution haben Wachstum und Einkommen gefördert. Im letzten Jahr sind auch die Realinvestitionen stark gestiegen, um etwa 12%. Das russische Wirtschaftswachstum steht somit kurzfristig auf wenigstens drei Füßen – Export, Konsum und Investitionen – und es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass es schwächer werden sollte, vor allem, da der Ölpreis weiterhin das jetzige Niveau halten sollte.

Die russische Wirtschaft ändert sich schnell, daher sind Prognosen nicht so zuverlässig wie sie sein sollten. Eine Reihe von Prognosen, basierend auf unterschiedlichen Ölpreisszenarien, kommt zu dem Schluss, dass das Wirtschaftswachstum dieses Jahr ungefähr 5,5% betragen

¹ Die Meinungen, die in dem Aufsatz zum Ausdruck gebracht werden, sind diejenigen des Autors und reflektieren nicht notwendigerweise die Ansichten der Bank of Finland.

könnte. Später, in der Hauptsache wegen der erwarteten realen Aufwertung des Rubels, könnte sich das Wachstum auf etwas über 4% verringern. Nach europäischem und globalem Maßstab ist dies immer noch sehr hoch. Eine Prognose zentraler Wirtschaftskennzahlen für die nächsten zwei Jahre gibt die Tabelle „Prognose der Wirtschaftsentwicklung 2004–2005“ auf Seite 65.

Einige Schätzungen gehen davon aus, dass die russische Wirtschaft im Jahre 2050 (wieder) zu den größten der Welt gehören wird. Es kann davon ausgegangen werden, dass Russland in Europa der zentrale Exportmarkt mit hohen Wachstumsraten sein wird. Dies würde sich auch auf ausländische Direktinvestitionen in Russland auswirken, die bis jetzt vernachlässigbar gering gewesen sind.

Verbessertes institutionelles Umfeld

Neben dem außen- und volkswirtschaftlichen Umfeld unterstützen weitere Faktoren das Wachstum der Wirtschaft. In den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde Russland zur Marktwirtschaft, wenn auch besonderer Art. Das Wachstum wird gemessen als Entwicklung im Vergleich zu früheren Verhältnissen; weil Russland, ähnlich wie China und Indien, nicht gut funktioniert, kann erwartet werden, dass es seine Funktionsfähigkeit in Zukunft verbessern kann. Dies an sich fördert Wachstum.

Russische Unternehmen sind auf seltsame Art privatisiert worden, trotzdem haben viele von ihnen inzwischen ihre „*corporate governance*“ und Effektivität verbessert. Höchstwahrscheinlich bleibt der Konsens in der Wirtschaftspolitik für Stabilität und Vorhersagbarkeit bestehen. Russland ist auch in der Lage, von relativer Rückständigkeit zu profitieren, indem es Technologien, Know-how und bessere Verfahren importiert.

In einer groß angelegten Untersuchung von russischen privaten Kleinunternehmen kommt die Weltbank zu dem Schluss, dass sich das Geschäftsklima in den Jahren 2001–2002 tatsächlich verbessert hat. Im Wesentlichen klagen diese Unternehmen über Faktoren, wie etwa eine hohe Besteuerung, die bei Unternehmen in aller Welt an oberster Stelle der Sorgen stehen. Sie sehen Korruption und organisiertes Verbrechen nicht als zentrale Probleme an. Dies mag allerdings auch daran liegen, dass sich russische Firmen an widrige Umstände gewöhnt und angepasst haben. Denn die Klagen ausländischer Firmen über Russland scheinen nicht zurückgegangen zu sein.

Perspektiven der Wirtschaftspolitik

Die volkswirtschaftliche Grundlage für das jetzige Wachstum wurde während der Regierungszeit Jelzins geschaffen. Andererseits sind die Wirtschaftsreformen der ersten Amtszeit Putins breiter, grundlegender und konkreter gewesen als irgendjemand erwartet hatte. Viele Tabus, wie zum Beispiel der Privatbesitz von Land, sind überwunden worden. Es gibt auch Anzeichen dafür, dass diese Gesetze in der Praxis implementiert werden.

Höchstwahrscheinlich werden die Wirtschaftsreformen nach den Präsidentenwahlen fortgesetzt. Es gibt einen breiten Konsensus über die wichtigsten Reformen: An erster Stelle stehen Reformen der öffentlichen Verwaltung, der so genannten natürlichen Monopole (wie zum Beispiel kommunale Dienstleistungen, Gas und öffentliche Verkehrsmittel) und des Bankensektors. Ein Gesetz, das den Privatbesitz von Wäldern – eine potenziell äußerst wichtige Ressource, die bis heute aber vernachlässigt wurde – *de facto* zulassen würde, ist ebenfalls zu erwarten. Zu den Prioritäten Putins in der Wirtschaftspolitik siehe die Auszüge aus seiner Wahlkampfrede auf den Seiten 67–68.

Obwohl es mit Sergej Glazjew, einem der Präsidentschaftskandidaten, zum ersten Mal einen Kristallisationspunkt für linke populistische Politik gibt, die höhere Staatsausgaben, eine um-

fangreiche staatliche Subventionspolitik und eine höhere steuerliche Belastung der Rohstoffindustrie fordert, ist es wenig wahrscheinlich, dass eine solche Politik implementiert wird.

Risikofaktoren

Nicht alles ist jedoch versprechend und positiv in der russischen Wirtschaft. Die Struktur der russischen Exporte ist nach wie vor äußerst einseitig, da es sehr wenig Exporte von Fertigwaren oder Dienstleistungen gibt. Noch beunruhigender ist, dass trotz der ausgezeichneten preislichen Konkurrenzfähigkeit, derer sich russischer Unternehmen seit der Abwertung des Rubels im Jahre 1998 erfreuen, im Bereich der verarbeitenden Industrie und der Dienstleistungen kein Boom zu verzeichnen ist. Schlimmer noch, die bestenfalls lauwarmer Haltung Russlands zu einem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) scheint darin begründet zu sein, dass selbst für die Zukunft sehr wenige russische Geschäftsleute Vertrauen in ihre eigene Konkurrenzfähigkeit auf entsprechenden Märkten haben. Wenn man Angst hat, sich dem Wettbewerb zu stellen, hat man auch keine Möglichkeit, zu gewinnen.

Darüber hinaus hat Russland nach wie vor keinen Wachstumsmotor, wie ihn neu gegründete Firmen in Polen und vielen weiteren neuen Marktwirtschaften geschaffen haben. Auch wenn entsprechende Statistiken nicht völlig vergleichbar sind, ist doch klar, dass der Sektor der russischen Kleinunternehmer nicht nur klein ist, sondern auch in seiner Entwicklung stagniert. Dies nicht aus dem Grund, weil Russen nicht unternehmerisch tätig sein wollen, sondern weil der Energiesektor übermäßig attraktiv gewesen ist und der öffentliche Sektor in vieler Hinsicht ein Hindernis für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung gewesen ist. Für Unternehmer war es viel wichtiger, Beziehungen zu Politikern und Bürokraten zu verbessern als in die Produktion zu investieren.

Auch investieren russische Unternehmen wenig in Forschung und die Entwicklung von neuen Technologien, Prozessen und Produkten. In der EU betragen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung ca. 2% des BIP, was an sich schon zu wenig ist. In Russland (wie auch in China) beträgt diese Zahl nur 1%. Die Summe wird auch noch fast völlig vom Staat finanziert, der neben militärischer Forschung weiterhin verschiedene wirtschaftlich nutzlose, aus der Planwirtschaft übernommene Forschungsinstitute unterhält. Im Prinzip könnte dies für ein Schwellenland normal sein, das dabei ist, aufzuholen, indem es Technologien importiert. Russland aber ist dabei, einen großen potenziellen Vorteil zu verlieren, nämlich die Strukturen für Forschung und Entwicklung, die von der Sowjetunion hinterlassen wurden. Ob Russland in der Lage sein wird, neue Produkte für den Export herzustellen und ob die russische Forschung Anschluss an die Weltspitze finden bzw. in einigen Bereichen, wie etwa der Raumfahrt, halten wird, das sind die Schlüsselindikatoren, die in der Zukunft zu beobachten sein werden.

Russland wird unter Präsident Putin in einen autoritären Staat transformiert. So unvollständig dieser Autoritarismus auch immer sein wird, gibt es keinen Zweifel, dass der Verlust von politischen Rechten auch zu einer Verringerung von wirtschaftlicher Freiheit führen wird. Beides wird zu geringerem Wohlstand und Wirtschaftswachstum führen.

Resümee

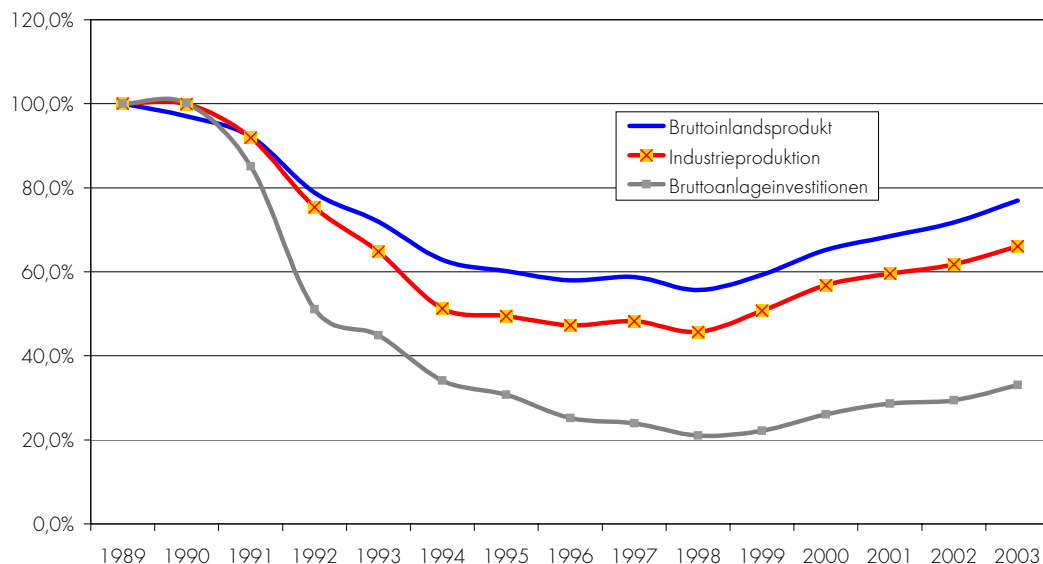
Russland ist nicht nur Ölproduzent. Es hat auch andere Ressourcen, wie zum Beispiel eine industrielle Basis, die von der Sowjetunion übernommen wurde und einen relativ hohen Bildungsstandard. Es ist aber auch ein Ölproduzent. Es ist bemerkenswert, dass nur die Ölproduzenten, die schon industrialisierte Demokratien waren, bevor sie reich wurden – die Niederlande und Norwegen – mit ihrem Reichtum umgehen konnten und selbst diese nicht ohne Probleme. Andere, von Saudi Arabien bis Venezuela, sehen sich mit industrieller Zurückgebliebenheit, sozia-

ler Ungleichheit und autoritären Regimes konfrontiert. Dies ist auch für Russland ein offenkundiges Risiko.

Russland sieht sich mit einer großen Anzahl von sehr ernststen langfristigen Herausforderungen konfrontiert: Sinkende Bevölkerungszahlen, Überalterung, steigender Modernisierungsbedarf, verfallende Infrastruktur und Schwierigkeiten, den Bildungsstandard der Bevölkerung zu halten sind nur einige davon. Sollte sich das Wachstumstempo der russischen Wirtschaft deutlich verlangsamen, werden die erforderlichen Ressourcen zur Bewältigung dieser Herausforderungen nicht vorhanden sein. Darüber hinaus könnte in einem autoritären System auch der Wille zur Lösung langfristiger Wirtschaftsprobleme fehlen. Dies würde für Russland nicht nur eine schwierige Zukunft bedeuten, es würde auch die Koexistenz, und erst recht die Kooperation, von Russland und Europäischer Union erheblich belasten.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Entwicklung der Wirtschaft Russlands 1989–2003



Nach: BOFIT Russia Review 2/2004; DIW Wochenbericht Nr. 6/2002, S. 90, Tabelle 1

Zentrale Kennzahlen zu Wirtschaft und sozialer Lage 1993–2003

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
BIP (Veränderung zum Vorjahr in %)	- 8,7	-12,6	- 4,2	- 3,6	1,4	-5,3	6,4	10,0	5,0	4,3	7,3
Industrieproduktion (Veränderung zum Vorjahr in %)	-14,2	-20,9	-3,3	-4,5	2,0	-5,2	11,0	11,9	4,9	3,7	7,0
Inflationsrate (Verbraucherpreise, in %)	842	224	131	22	11	84	37	20	19	15	12
Außenhandelsbilanz (in Mrd. US-Dollar)	k.A.	10,7	10,0	10,8	-0,1	0,2	24,6	46,8	35,0	32,8	39,1
Staatshaushaltsbilanz (in %)	-6,5	-11,4	-5,4	-8,4	-7,1	-5,9	-1,4	1,2	2,9	1,4	2,6
Arbeitslosenquote (in %, ILO-Methodik)	5,5	7,5	8,2	9,3	9,0	11,8	11,7	10,2	9,0	7,1	8,9
Monatlicher Durchschnittslohn (in US-Dollar)	113	100	104	154	164	108	62	79	111	142	180

Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition <www.bof.fi/bofit>

Tabelle 2: Prognose der Wirtschaftsentwicklung 2004–2005

	2003 (Ist)	2004 (Prognose)	2005 (Prognose)
Bruttoinlandsprodukt (Veränderung zum Vorjahr in %)	7,3	5,7	5,4
Industrieproduktion (Veränderung zum Vorjahr in %)	7,0	5,6	5,5
Inflationsrate (Verbraucherpreise, in %)	12,0	11,3	9,0
Handelsbilanz (in Mrd. US-Dollar)	59,6	38,6	22,1
Staatshaushaltsbilanz (in % des BIP)	2,6	1,8	0,8
Arbeitslosenquote (in %, ILO-Methodik)	8,9	8,0	8,0
Monatlicher Durchschnittslohn (in US-Dollar)	180	231	272

Quelle: United Financial Group (Moskau) <www.ufg.com> (Februar 2003)

Die wirtschaftlichen Herausforderungen in Putins Worten

Die folgenden Passagen stammen aus der Ansprache von Präsident Wladimir Putin an seine von ihm bevollmächtigten Vertreter. Die Ansprache wurde zum offiziellen Auftakt des russischen Präsidentenwahlkampfes am 12. Februar 2004 an der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität gehalten und im staatlichen Fernsehsender RTR übertragen. Im Folgenden werden die Teile der Ansprache wiedergegeben, die sich mit den Herausforderungen und Zielen der Wirtschaftspolitik befassen.

[...]

Ich habe unsere Leistungen erwähnt. Haben wir jedoch alles erreicht, was wir wollten? Natürlich nicht. Können wir mit den Ergebnissen unserer Arbeit zufrieden sein? Natürlich nicht.

Das Hauptziel aller unserer Maßnahmen ist die Verbesserung des Lebensstandards. Wir können eine drastische Verbesserung jedoch nur erreichen, wenn unsere Wirtschaft so stark wird, dass sie nicht mehr in kritischer Weise von außenwirtschaftlichen Faktoren oder den Ergebnissen von regulären Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen abhängt.

Heute sind die Wachstumsraten der russischen Wirtschaft hoch, aber immer noch unzureichend. Der Staatsapparat ist sowohl in Hinblick auf seine Funktionen als auch auf die Qualifikation seines Personals nicht sehr effizient. Die Struktur der Wirtschaft ist immer noch nicht ausgeglichen. Soziale Verpflichtungen sind immer noch nicht auf spezifische Bevölkerungsgruppen hin orientiert.

Wir müssen zugeben, dass einige von Russlands nächsten Nachbarn und osteuropäische Länder Reformen schneller und entschiedener durchgeführt haben. Darüber hinaus haben andere Länder viele der Ideen, die von russischen Experten in Hinblick auf die Reform des Rentensystems, der Wohnungswirtschaft und des kommunalen Dienstleistungssektors, des Gesundheitswesens, des Wohnungsbaus und anderer Bereiche entwickelt wurden, nicht nur diskutiert, sondern auch in die Praxis umgesetzt.

Unsere Wirtschaft ist immer noch zu sehr auf Rohstoffe hin orientiert. Offensichtlich sind natürliche Reichtümer ein Wettbewerbsvorteil Russlands. Wir sollten uns dessen nicht schämen. Das große intellektuelle Potenzial der Nation ist jedoch ein viel größerer Vorteil. Dieses Potenzial sollte dazu genutzt werden, die russische Wirtschaft im Hi-Tech-Bereich und in profitablen Bereichen vorwärts zu bringen.

Der Dienstleistungssektor in unserem Land entwickelt sich langsam und mühsam. Dieser Sektor trägt in entwickelten Ländern den größten Teil zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes bei. In unserem Land gibt es im Gegenteil immer noch ein staatliches Monopol bei Dienstleistungen in so sozial wichtigen Bereichen wie dem Wohnungswesen und kommunalen Dienstleistungen, wie auch in weiteren Bereichen. Das Ergebnis ist, dass die Qualität der Dienstleistungen niedrig ist, die Gebühren aber genau wie die Unzufriedenheit der Bürger mit diesen Dienstleistungen wachsen. Tatsächlich zahlen die Menschen doppelt und sogar dreifach: zuerst durch ihre Steuern, dann für die Dienstleistungen als solche und müssen obendrein noch bestechen.

Die überflüssige Präsenz des Staates in der Wirtschaft hat eine Reihe weiterer negativer Folgen. Zuerst einmal üben Beamte im Namen des Staates immer noch viele Genehmigungs-, Lizenzierungs- und Überwachungsfunktionen aus, die der Steuerzahler nicht braucht. Dies führt dazu, dass Unternehmertegeist erstickt wird, und es führt zu Bestechung und Amtsmissbrauch. Ich möchte wiederholen, dass die Effektivität des Staatsapparates bis jetzt viel zu wünschen übrig lässt. Viele vernünftige Vorschläge bleiben in leerem Gerede und dem bürokratischen Sumpf von Formalismus und Inkompetenz stecken.

Ein besonderes Problem ist die Willkür des Systems der Gesetzesvollstreckung. Die Grundlage für so genannte extra-prozedurale, das heißt, illegale Handlungen des Personals von verschiedenen Organen und Diensten bleibt auch in diesem Bereich weiter bestehen.

[...]

Natürlich stellt man sich die Frage: Wo und wie können wir neue Quellen für Wachstum finden?

Die Lösung besteht vor allem darin, neue Ansätze für die Entwicklung des Landes, für die Konsolidierung von Gesellschaft und Behörden zu entwerfen, gegenseitiges Vertrauen und gemeinsame Anstrengungen zu stärken, Lösungen für wichtige Aufgaben des Landes zu finden.

Die russische Wirtschaft sollte eine bedeutende und feste Stellung auf den Weltmärkten haben. Hierfür müssen wir zuerst unseren nationalen Markt entwickeln.

Veraltete Fabriken sollten schnell modernisiert werden und zu Fabriken umgebaut werden, die die Wettbewerbsfähigkeit des Landes verbessern können.

Wir sollten der Verschwendung der natürlichen Ressourcen des Landes ein Ende setzen und gewährleisten, dass sie besser genutzt werden. Dies sollte auf einer systematisierten rechtlichen Grundlage geschehen, durch verbesserte Wasser- und Forstgesetze und durch Gesetze über die Nutzung von natürlichen Ressourcen.

Wir brauchen transparente Bedingungen für den Zugang zu natürlichen Ressourcen und gerechte Zahlungen für ihre Nutzung. Der jetzige Pseudowettbewerb, bei dem nur Geschäftsleute, die Organen der Macht nahe stehen, eine Chance haben zu gewinnen, muss durch Auktionen ersetzt werden. Das jetzige Verwaltungssystem der Beliebigkeit sollte durch vollwertige zivile und rechtliche Verträge ersetzt werden, die die Rechte und Pflichten von Staat und Wirtschaft klar definieren.

Wir sollten die Modernisierung der Eisenbahnen, der Elektrizitäts- und des Wohnungssektors vollenden.

Wir sollten endlich die Steuerreform zu Ende bringen und vor allem die einheitliche Sozialsteuer verringern und die Steuerverwaltung vereinfachen. Wir sollten auch Ordnung bei den Problemen der Vermögenssteuer schaffen und in Anbetracht der hohen Weltmarktpreise für Rohstoffe auch bei der Besteuerung der großen Gewinne von Rohstoffexporteuren.

Sobald wir die Gesamtsteuerlast reduzieren, wird unser Steuersystem die lang erwartete Stabilität haben. Dies wird so bald wie möglich an den regionalen Finanzausgleich und an die weiter voranschreitende Umverteilung von Vollmachten zwischen den verschiedenen Ebenen des Staates gekoppelt werden müssen.

Wir sollten den Rubel voll konvertibel machen, insbesondere in Anbetracht des wachsenden Vertrauens in die Landeswährung.

Es ist unsere Aufgabe, das Finanzsystem des Landes so aufzubauen, dass sowohl Firmen wie Privatpersonen endlich von den Vorzügen eines entwickelten finanziellen Dienstleistungsmarktes profitieren können.

[...]

Zum Abschluss möchte ich sagen, dass die Ereignisse der frühen neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts dazu führten, dass die Hoffnungen und Erwartungen der Menschen wuchsen. Ihr Verlangen nach Veränderung führte zu einem dramatischen Zusammenbruch der Struktur des Lebens. Es gab Zeiten, als die Menschen nicht glaubten, dass die Erschütterungen je aufhören würden. Heute können wir spüren, dass die Zeit von Unsicherheit und Angst vorbei ist.

Eine neue Periode hat begonnen. Es ist dies eine Periode harter Arbeit, um den Übergang zu einer fundamental besseren Lebensqualität sicherzustellen. Dies ist keine leichte Aufgabe. Es wird eines starken politischen Willens und eines ehrlichen Dialogs zwischen der Staatsmacht und der Gesellschaft und ständiger gemeinsamer Anstrengungen bedürfen.

Werden wir dieser Aufgabe gewachsen sein?

Die Erfolge der letzten Jahre erlauben uns zu sagen: „Ja, wir können es schaffen.“

Und das werden wir mit Sicherheit.

Vielen Dank.

Übersetzung: Matthias Neumann

Der russische Originaltext wurde im Internet veröffentlicht unter:
<http://www.putin2004.ru/shtab/dover/402C6917>

Heiko Pleines

Die Jukos-Affäre und das russische Investitionsklima.

Viel Lärm um nichts?

Als die Affäre um den russischen Ölkonzern Jukos im letzten Herbst mit der Verhaftung von Konzernchef Michail Chodorkowskij ihren Höhepunkt erreichte, mehrten sich die Stimmen, die vor negativen wirtschaftlichen Konsequenzen warnten. Das offensichtlich politisch motivierte Vorgehen gegen das Großunternehmen wurde als Gefahr für den Wirtschaftsstandort Russland gesehen. Eine deutliche Zurückhaltung ausländischer Investoren und zunehmende Kapitalflucht aus Russland wurden prognostiziert.

Kommentatoren sahen dabei vor allem zwei Wirkungszusammenhänge. Erstens wurde betont, dass die Instrumentalisierung der Justiz für das politisch motivierte Vorgehen gegen Unternehmensleitung und Anteilseigner von Jukos das bereits schwache Vertrauen in die russische Rechtsstaatlichkeit nachhaltig schwächen werde. Investoren würden deshalb wieder zunehmend befürchten, behördlicher Willkür in Russland schutzlos ausgeliefert zu sein.

Zweitens wurde herausgestellt, dass mit der Verhaftung von Platon Lebedew Anfang Juli 2003 die erste Verhaftung eines Jukos-Großaktionärs mit Betrugereien bei einer Privatisierungsauction begründet wurde. Diese Begründung schien eine Revision des gesamten Privatisierungsprozesses der 1990er Jahre möglich zu machen und damit die aktuellen Eigentumsverhältnisse in der Privatwirtschaft grundsätzlich in Frage zu stellen. Investitionen erfolgen aber nur bei klaren Eigentumsverhältnissen. Präsident Wladimir Putin selber beschwichtigte immer wieder und erklärte nur einige wenige Privatisierungsauctionen seien rechtswidrig abgelaufen. Da aber allen Beteiligten bewusst war, dass diese Einschätzung kaum zu halten ist, führte die aggressive Rhetorik anderer Politiker immer wieder zu einem beunruhigten Rauschen im Blätterwald und in Analystenbüros.

Insgesamt war der Ausblick auf die Investitionsentwicklung unter dem Eindruck der Jukos-Affäre letzten Herbst also eher düster. Ein Rückblick auf die Entwicklung seit Beginn der Jukos-Affäre zeigt heute aber ein völlig anderes Bild. Am deutlichsten macht dies wohl die Kursentwicklung der Jukos-Aktie. Sie notiert heute an der Moskauer Börse um fast 40% über ihrem Kurs von vor 12 Monaten. Sie hat damit die Jukos-Affäre sogar etwas besser überstanden als der zentrale russische Börsenindex RTS. Die Jukos-Aktie notiert damit nur 7% unter ihrem Höchstkurs vom Frühsommer 2003, so dass von einer Anlegerpanik angesichts der Affäre eindeutig keine Rede sein. Die russische Börse hat auch 2003 in der Jahresbilanz wieder ein deutliches Plus aufgewiesen. Und das obwohl viele mit einer Konsolidierung gerechnet hatten, nachdem die russische Börse 2001 und 2002 weltweit die höchsten Gewinne ausgewiesen hatte.

Noch deutlicher ist das Bild bei den ausländischen Investitionen. Hier verzeichnete Russland im letzten Jahr mit Zuflüssen von fast 30 Milliarden US-Dollar einen neuen Rekord. Gegenüber dem Vorjahr war damit ein Plus von 50% zu verzeichnen. Der größere Teil der Summe stammt aus der zweiten Jahreshälfte, wurde also erst nach Beginn der Jukos-Affäre investiert. Die Kapitalflucht aus Russland hingegen wuchs im letzten Jahr um nur 17% auf 23 Milliarden US-Dollar.

Wie lässt sich das Ausbleiben einer negativen Reaktion der Investoren auf die Jukos-Affäre erklären? Hier bieten sich drei Erklärungsansätze an, die sich gegenseitig ergänzen. Erstens scheint die Mehrheit der Investoren die Jukos-Affäre als Privatfehde von Jukos-Großaktionär Chodorkowskij gegen Präsident Putin interpretiert zu haben. Sie gehen dementsprechend davon aus, dass nur diejenigen Investoren „politische Risiken“ fürchten müssen, die sich in die russische Politik einmischen und reagieren entsprechend gelassen.

Zweitens ist das durch die Jukos-Affäre wieder ins Bewusstsein gerückte „politische Risiko“ nur ein Aspekt einer Anlageentscheidung für oder gegen Russland. Die bisher größte ausländische Direktinvestition in Russland wurde letztes Jahr von BP beschlossen, obwohl der britische Erdölkonzern Ende der 1990er Jahre in einem manipulierten Konkursverfahren fast seine damalige Beteiligung an der russischen Erdölfirma Sidanko verloren hätte. Die Lehre von BP war offensichtlich nicht Rückzug sondern eine bessere Strategie, dieses Mal in Partnerschaft mit dem Gegner von einst, der russischen Erdölfirma TNK und der hinter ihr stehenden Alfa-Gruppe. Für BP bedeutet das Russland-Engagement eine erhebliche Ausweitung der eigenen Erdölreserven, die kaum in einem anderen Land der Welt zu erreichen wäre. Dafür werden die mit Russland verbundenen Risiken offensichtlich in Kauf genommen. Und aus der Sicht von Erdölunternehmen, die auch mit Ländern wie Nigeria, Venezuela oder Indonesien zu tun haben, weist Russland nicht gerade das größte Länderrisiko auf.

Drittens ist bei Zahlen zum Engagement ausländischer Investoren in Russland auch immer der Effekt der niedrigen Ausgangsbasis zu berücksichtigen. Der durchschnittliche Tagesumsatz im Handel mit russischen Aktien (alle Börsen im In- und Ausland) liegt derzeit bei weniger als 0,8 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: Allein die 30 Werte des deutschen Aktienindex DAX kommen an deutschen Börsen auf etwa 4 Milliarden US-Dollar. Ähnlich sieht es bei den ausländischen Direktinvestitionen aus. Mit im Jahre 2003 weniger als 7 Milliarden US-Dollar und damit umgerechnet 52 US-Dollar pro Kopf liegt Russland im osteuropäischen Vergleich weit zurück. Dies bedeutet, dass bereits einige wenige Investoren, wie etwa BP bei den Direktinvestoren oder auf hohe Gewinne spekulierende Risikoanleger an den Börsen, ausreichen, um für erhebliche Zuwächse zu sorgen. Dies bringt ein deutliches Plus gegenüber den Vorjahreswerten. Eine nennenswerte gesamtwirtschaftliche Bedeutung haben ausländische Investoren in Russland aber nicht.

Außerdem gibt es möglicherweise einen negativen Effekt der Jukos-Affäre in einem weniger diskutierten Bereich. Steuerhinterziehung ist ein zentraler Anklagepunkt in der Jukos-Affäre. Die Vorwürfe beziehen sich dabei auf den Zeitraum vor Einführung der Steuerreform 2000. Da das alte Steuerrecht extrem inkonsistent war, kann hier beinahe jedem Großverdiener aus „Steueroptimierungsstricks“ ein rechtlicher Strick gedreht werden.

In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass ein zentraler Werbeslogan für die Steuerreform forderte: „Komm aus dem Schatten!“. Auch wenn es keine offizielle Amnestie für Steuerständler gibt, so wurde dieser Slogan doch dahingehend interpretiert, dass die Sünden der Vergangenheit durch Ehrlichkeit in der Gegenwart abgegolten werden könnten. Nach offizieller russischer Darstellung war diese Kampagne ein Erfolg, da die Steuerehrlichkeit deutlich zugenommen habe. Die Anklageerhebungen in der Jukos-Affäre, die schon zu einer Verurteilung wegen Steuerhinterziehung geführt haben, lassen weitere Erfolge dieser Kampagne zweifelhaft erscheinen.

Wladimir Putins Sozialpolitik

Warum war es vor Putin schlechter?

Um die heutige Situation in Russland zu verstehen, muss man in die späten 1990er Jahre zurückblicken, als im Kreml Pläne zur Berufung eines passenden Nachfolgers für Präsident Jelzin geschmiedet wurden. Putin trat zu einem sehr günstigen Zeitpunkt auf. Die Grundschwierigkeiten des Übergang von einer Wirtschaft sowjetischen Typs zur Marktwirtschaft waren in der Regierungszeit Jelzins voll hervorgetreten. Jelzins Nachfolger erschien genau in dem Moment, als die Wirtschaft anfang, sich von dem Schock zu erholen, den sie Anfang der 1990er Jahre erfahren hatte.

Von 1990 bis 1996 gab es in Russland einen gewaltigen transformationsbedingten Wirtschaftsabschwung. Das führte natürlich zu einem Rückgang der Steuer- und damit der Haushaltseinnahmen. Außerdem lernten die russischen Firmen unter den Bedingungen des Marktes allmählich eine ganze Reihe von Tricks, um Steuerzahlungen legal oder illegal zu vermeiden, was wiederum auf allen Ebenen die Möglichkeiten der Verwaltung einschränkte, eine vernünftige Sozialpolitik durchzuführen. Sogar in der Periode von 1997 bis zum ersten Halbjahr 1998, als der wirtschaftliche Rückgang, scheint's, überwunden war, stiegen die Steuereinnahmen nicht.

Für Russland war es in dieser Zeit typisch, dass sogar Angestellte von Unternehmen und Einrichtungen, die direkt aus staatlichen Haushalten finanziert wurden, ihren Lohn nur mit mehrmonatiger Verzögerung erhielten. Die Renten wurden nur mit Verzögerung an die Inflation angepasst. Ein bedeutender Teil der Bevölkerung lebte in offener Armut. Die russischen Soziologen führten dafür einen Begriff ein, den der „neuen Armen“. Damit wurden jene Bürger bezeichnet, die vor den Wirtschaftsreformen relativ gut gelebt hatten und deren Lebensstandard danach deutlich gesunken war.

Von einer durchdachten Sozialpolitik konnte in jenen Jahren nicht die Rede sein. Die Regierung war froh, wenn die riesigen Rückstände der Lohnauszahlung zeitweilig irgendwie zu bereinigen. Zu einer umfassenden Reform kam es auch deshalb nicht, weil bis 1997 die Stabilisierung der Finanzen höchste Priorität genoss. Alle anderen Reformvorhaben traten demgegenüber zurück.

So wurde zum Beispiel der Übergang zu einer Kapitalrente in der russischen Regierung zum ersten Mal während der Periode der „jungen Reformer“ (Frühjahr 1997 bis Sommer 1998) diskutiert, als bei den Reformen Intellektuelle mittleren Alters wie Anatolij Tschubajts, Boris Nemzow und ihre Anhänger den Ton angaben. Der Initiator dieser Rentenreform war Michail Dmitrijew, damals Erster Stellvertretender Arbeitsminister. Vor dem Hintergrund der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise wurde Dmitrijew allerdings gezwungen, im Sommer 1998 zurückzutreten.

Das Leben unter Putin

Im August 1998 kam es im Gefolge der Finanzkrise in Asien zu einem schnellen Einbruch des Rubelkurses. Dies führte zu einem sprunghaften Anstieg der Inflationsrate und zu einem Rückgang des Realeinkommens. Andererseits verbesserte der billige Rubel die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Wirtschaft und führte zu einer drastischen Verringerung der Importe. Vor diesem Hintergrund begann 1999 das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, das bis heute nicht aufgehört hat. Die Krise der russischen Wirtschaft war beendet, staatliche Einnahmen erhöhten sich dramatisch und es ergab sich die Möglichkeit, größere Mittel für die Sozialpolitik einzusetzen.

Putin löste Jelzin an der Macht zum Jahreswechsel 1999–2000 ab, das heißt, gerade zu dem Zeitpunkt, als das Wirtschaftswachstum die ersten Früchte trug. Buchstäblich vom ersten Tag an im Kreml hatte der neue Präsident die Möglichkeit, populäre und sogar populistische Entscheidungen zu treffen. Das Realeinkommen wuchs in Russland in diesen vier Jahren schneller als das Bruttoinlandsprodukt, unter anderem wegen der Lohnerhöhung der Angestellten im staatlichen Bereich, der Rentenerhöhung und der Erhöhung des Wehrsoldes.

Zu ernsthaften Strukturreformen im sozialen Bereich kam es indes nicht. Putin tat nichts dazu, die Ausgaben zu optimieren, die für soziale Aufgaben aufgewandt wurden, er „fütterte“ bloß den sozialen Bereich dank des Wachstums der Haushalte aller Ebenen.

So wurde zum Beispiel die Erhöhung des Rentenalters nicht einmal diskutiert, obwohl das Rentenalter – so die Experten – im europäischen Vergleich vergleichsweise niedrig ist – 60 Jahre für Männer und 55 für Frauen. Es ist offensichtlich, dass eine Erhöhung des Rentenalters zu einer Umverteilung der Mittel des Rentenfonds der Russischen Föderation zugunsten wirklich alter Menschen führen könnte, solcher, die nicht mehr arbeitsfähig sind. Putin zieht es aber vor, die Mittel des Rentenfonds gleichmäßig zwischen allen Rentnern aufzuteilen, einschließlich derer, die noch arbeitsfähig sind.

Ein weiteres Beispiel: Ein Teil der Haushaltsmittel der Subjekte der Russischen Föderation (Republiken, Oblaste und Krajs) wird für den Unterhalt von Wohnraum aufgewendet, der sich im Privatbesitz befindet. Je größer der Wohnraum, desto höher die Subvention, so dass Reiche mehr und Arme weniger vom Staat erhalten. Obwohl der Umfang solcher Subventionen unter Putin allmählich verringert wurde, wurde die falsche Praxis an sich nicht abgeschafft. Der Übergang zu einer zielgerichteten sozialen Unterstützung, die nur die Bedürftigen absichert, ist bis heute nicht in vollem Maße vollzogen, es gibt nur einzelne Elemente eines solchen Systems.

Trotz des schnellen Wachstums der russischen Wirtschaft reichen wegen der fehlenden Reformen die Mittel für eine rationale Sozialpolitik nach wie vor nicht aus. Dies führt zu einem Verfall ganzer Sektoren der sozialen Sphäre. So ist zum Beispiel das Gesundheitswesen trotz des formalen Übergangs zu einem Krankenversicherungssystem katastrophal unterfinanziert. Bei weitem nicht alle Bürger der Russischen Föderation erhalten unentgeltlich eine ausreichende medizinische Versorgung erhalten, ganz zu schweigen von einer guten Versorgung. Daher gibt es in russischen Krankenhäusern seit langem die Praxis, den Ärzten inoffiziell ein zusätzliches Honorar zu geben. Außerdem müssen Patienten oft ihre eigene Medizin kaufen. Die Reichen ziehen es vor, das kostenlose staatliche Gesundheitssystem überhaupt nicht in Anspruch zu nehmen, sondern lassen sich in Privatkliniken behandeln, die viel besser ausgestattet sind und über die notwendigen Medikamente verfügen.

Die Lage im Hochschulwesen ist noch schlechter. Eine Hochschulbildung ist mehr und mehr nur noch nominell kostenlos. Für einen Studienplatz in einer renommierten Universität müssen in vielen Fällen enorme Bestechungsgelder gezahlt werden. Professoren lassen sich wegen ihrer lächerlich geringen Gehälter bestechen, obwohl dies nicht der Hauptgrund für Korruption ist.

Die Putinschen Reformen

Trotz der Tatsache, dass die grundlegenden Probleme im sozialen Bereich weiter bestehen, wurden während der ersten Amtszeit Putins einige Reformen eingeleitet, die die Lage bis jetzt aber nicht wesentlich geändert haben.

Hierbei muss man als erstes die Rentenreform auf Kapitalbasis, für die Michail Dmitrijew verantwortlich ist, der unter Putin den Posten des Ersten Stellvertretenden Ministers für wirtschaftliche Entwicklung und Handel erhielt. Natürlich hat diese Reform keine Auswirkungen für die heutigen Rentner. Sie betrifft nur diejenigen, die heute arbeiten und auf diese Rücklagen für eine Zusatzrente beiseite legen können. Nichtsdestotrotz ist die Bedeutung einer solchen Reform

groß und zugegebenermaßen bestand Putin persönlich auf ihre Durchführung gegen den Widerstand eines Teiles des Staatsapparats.

Trotzdem kann man von dieser Reform in absehbarer Zukunft aus drei Gründen keine bedeutenden Auswirkungen erwarten. Erstens fließt ein vergleichsweise kleiner Anteil der Rentenabgaben in das akkumulative System, während der Großteil weiterhin unter den heutigen Rentnern verteilt wird. Zweitens werden in Russland auch heute noch viele Löhne „schwarz“ ausgezahlt, von denen naturgemäß keine Rentenabgaben abgeführt werden. Drittens legt ein verschwindend geringer Anteil von russischen Bürgern ihre Rücklagen für die Rente bei nichtstaatlichen Rentenfonds an, während der Großteil bei dem Rentenfonds der Russischen Föderation geblieben ist, der diese Mittel kaum effektiv investieren und vermehren kann. Daher wird das System der Kapitalrente in voraussehbarer Zukunft kaum die Renten für die Mehrheit der russischen Bürger sichern können.

Auch das Hochschulwesen wird reformiert. Die Universitäten dürfen mehr und mehr Studienplätze vergeben, die über Studiengebühren finanziert werden. So haben zukünftige Studenten die Wahl: Sie brauchen für den Studienplatz keine Bestechungsgelder zu zahlen, sondern können offiziell Studiengebühren entrichten. Ein Ergebnis ist, dass in den Universitäten, in denen Studiengebühren gute Einnahmen erbracht haben (zum Beispiel in einigen Fakultäten der Sankt-Petersburger Staatlichen Universität) die Professoren bessere Gehälter beziehen, was auch den *brain drain* verringert. In diesem Jahr wird ein einheitliches staatliches Examen für Schulabgänger eingeführt. In diesem Zusammenhang ist auch ein System entwickelt worden, das die staatlichen Zuschüsse für die Universitäten optimieren soll, was im Idealfall Bestechungen eliminieren und die besten Studenten fördern soll. Noch ist schwer zu sagen, wie dieses System funktionieren wird. Eine Reihe Experten hat hinsichtlich seiner Effektivität Zweifel geäußert.

Man kann den Schluss ziehen, dass Putin in erster Linie als Populist agiert, in zweiter Linie als zaghafter Reformier. Ein solches Vorgehen ist nützlich, um an der Macht zu bleiben. Immerhin kann man hoffen, dass er in der zweiten Amtszeit entschiedener vorgeht und das Bildungs- und Gesundheitswesen und die Wohnungs- und Kommunalwirtschaft ernsthaft umbaut, dass er dabei das Element des Marktes verstärken und staatliche Unterstützung nur für einen begrenzten Kreis wirklich bedürftiger Bürger aufrechterhalten wird.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Der Wirtschaftsminister über Armutsbekämpfung (am 19. März 2004)

German Gref [Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel]:

„Hochverehrter Herr Präsident der Russischen Föderation! Hochverehrter Herr Vorsitzender der Regierung Russlands! Verehrte Kollegen!

Die Erfolge der russischen Wirtschaft in den letzten vier Jahren sind offensichtlich und allgemein anerkannt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung, als integrierter Wohlstandsindikator, ist durchschnittlich um das 1,32fache und 2003 um 7,2% gewachsen.

Solche Wachstumsraten und ein solcher Trend, wie sie für die letzten vier Jahre kennzeichnend sind, entsprechen genau der Vorgabe, das BIP innerhalb von 10 Jahren zu verdoppeln. Noch wichtiger ist aber, dass heute der Lebensstandard der Bevölkerung überdurchschnittlich schnell wächst. Das Realeinkommen ist um mehr als das Anderthalbfache gewachsen, Durchschnittsrente und -einkommen fast um das Doppelte.

Die durchschnittlichen Konsumindikatoren liegen schon über dem Stand von 1990. Der Bevölkerungsanteil mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums hat, ist um fast das Anderthalbfache gesunken und hat den niedrigsten Wert seit Beginn der marktwirtschaftlichen Reformen erreicht. Dies bedeutet, dass das Wirtschaftswachstum und der Kurs der marktwirtschaftlichen Transformation deutlich Früchte für die Mehrheit der Bürger der Russischen Föderation tragen und eine ausgeprägte soziale Tendenz haben.

Die positiven sozialen Folgen des Wirtschaftswachstums haben auch eine regionale Dimension. Gemessen am integralen Indikator der Lebensqualität ist das Gefälle zwischen den Regionen geringer geworden. Der Anteil der Regionen, deren Lebensqualität nahe an dem russischen Durchschnitt liegen, hat sich fast verdoppelt und übersteigt 60%; im Gegenzug ist der Anteil der Regionen mit einem niedrigen Koeffizient gesunken. [...]

Das erste Element ist das Absenken der Armut auf ein Niveau, wie es in entwickelten Ländern üblich ist. Das heißt, auf 10–12% der Bevölkerung gegenüber 20,5% im Jahre 2003. Besonders wichtig ist die Beseitigung von stagnierenden Formen der Armut, die eine Reihe von Regionen erfasst haben. Natürlich kann diese Aufgabe nur erfüllt werden, wenn das hohe Wachstum des Realeinkommens der Bevölkerung weiterhin erhalten bleibt, also nicht weniger als sieben bis acht Prozent im Jahr beträgt. Aber das alleine ist nicht ausreichend. Die Hauptsache hat der Präsident schon bei der Formulierung der Aufgabe erwähnt. Dies ist die Verbindung von zielgerichteter sozialer Unterstützung für diejenigen, die alleine nicht imstande sind, schwierige Lebensumstände zu bewältigen, bei gleichzeitiger Erhöhung des sozialen Potentials der Marktwirtschaft und der Erhöhung der Qualität des menschlichen Kapitals.

Gerade darauf zielt die Transformation der pauschalen Vergünstigungen in Sozialhilfe, die stärker auf die Unterstützung von bedürftigen Bürgern gerichtet ist. Dieser Aufgabe dient auch die Reform der sozialen Infrastruktur, die eine Verbesserung der Dienstleistungen und eine Verringerung der Ausgaben bei gleich bleibender Verfügbarkeit von hochwertigen Ressourcen für die menschliche Entwicklung für breite soziale Schichten voraussetzt. Dadurch wird auch die Mobilität der Bevölkerung auf ein völlig neues Niveau angehoben. Bei uns sind die Menschen traditionell an die Wohnung gebunden. Der Verlust des Arbeitsplatzes ist eine soziale Tragödie. Wenn wir diese Aufgabe erfüllen, können wir, da wir die Mobilität der Arbeitskräfte erhöht haben, dieses Problem zu einem großen Teil lösen.“

Quelle: Stenographisches Protokoll der gemeinsamen Sitzung der Kollegien des Finanzministeriums und des Ministeriums für Wirtschaftsentwicklung und Handel, Moskau, 19.3.2004
<<http://president.kremlin.ru/text/appears/2004/03/62104.shtml>>

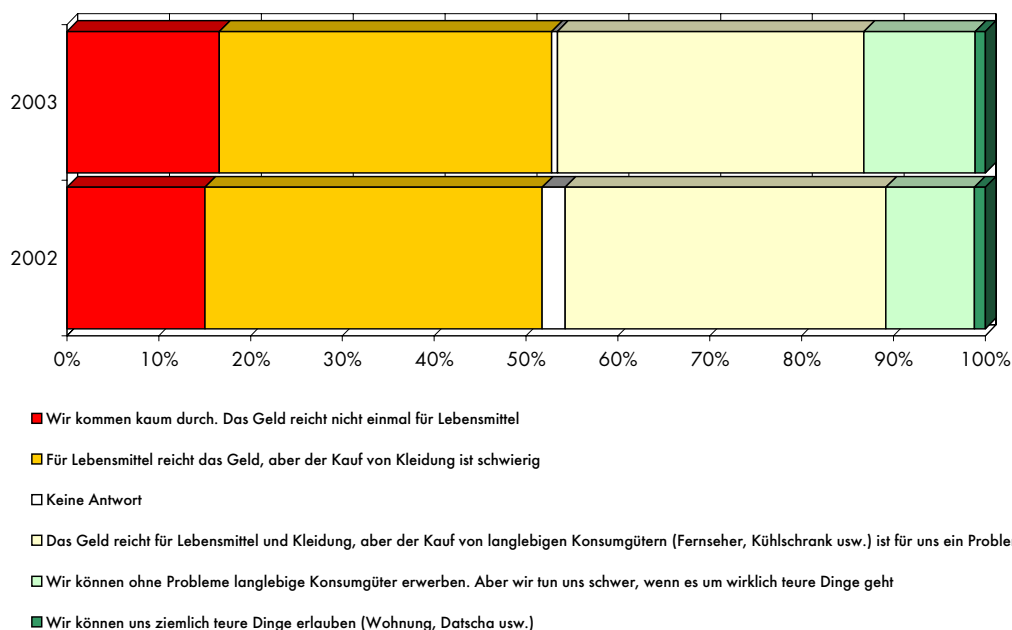
Regionales Lohnniveau, Dezember 2002–Dezember 2003

	<i>Nominaler Durchschnittsmonatslohn, Rubel</i>	<i>Reale Geldeinkünfte, Dezember 2003 in % zu Dezember 2002</i>	<i>Mittler Monatslohn als Vielfaches des regionalen ...</i>	
			<i>...Warenkorbs</i>	<i>...Mindestwarenkorbs</i>
Russische Föderation	5.508,6	121,1%	1,5	5,1
Zentrale Föderalregion	5.732,2	132,6%	1,5	5,2
<i>darunter:</i>				
Moskau	8.156,5	143,6%	1,5	5,9
Gebiet Brjansk	3.300,8	112,9%	1,1	3,5
Gebiet Tambow	3.295,6	112,8%	1,1	3,8
Nordwestliche Föderalregion	6.332,8	116,3%	1,7	5,4
<i>darunter:</i>				
Sankt Petersburg	6.864,6	120,7%	1,8	5,7
Gebiet Nowgorod	4491,6	106,6%	1,4	4,3
Gebiet Kaliningrad	4947,1	127,4%	1,3	4,5
Südliche Föderalregion	3.780,0	121,9%	1,2	3,8
<i>darunter:</i>				
Gebiet Wolgograd	3904,4	117,5%	1,2	4,1
Republik Dagestan	2470,2	115,7%	0,8	2,5
Region Stawropol	3562,2	123,2%	1,0	3,4
Föderalregion Wolga	4.244,1	119,1%	1,3	4,3
<i>darunter:</i>				
Gebiet Perm	5286,6	116,3%	1,4	4,9
Gebiet Nischnij Nowgorod	4271,7	110,0%	1,2	4,2
Republik Tatarstan	4534,4	123,1%	1,5	5,1
Republik Baschkortostan	4534,7	128,1%	1,5	4,8
Föderalregion Ural	8.177,8	122,1%	2,2	7,3
<i>darunter:</i>				
Gebiet Tjumen	14864,6	116,5%	3,3	11,3
Gebiet Swerdlowsk	5643,5	127,2%	1,6	5,1
Sibirische Föderalregion	5.314,1	115,0%	1,5	4,9
<i>darunter:</i>				
Region Krasnojarsk	7270,2	112,5%	1,8	6,0
Region Altaj	3134,2	115,6%	1,0	3,3
Föderalregion Fernost	7.642,0	118,5%	1,6	5,4
<i>darunter:</i>				
Gebiet Kamtschatka	10.128,8	111,8%	1,9	5,8
Region Primorje	6.001,8	119,9%	1,3	4,5
Republik Sacha (Jakutien)	9.742,4	127,1%	1,9	6,2

Angaben des Staatskomitees für Statistik

<<http://www.gks.ru/scripts/free/1c.exe?XXXX83F.1.2.1/010010R, 22.03.04>>

Einkommensunterschiede 2002 und 2003



Zu welcher der folgenden Gruppe...	... gehörten Sie vor einem Jahr?	... gehören Sie heute?
Wir kommen kaum durch. Das Geld reicht nicht einmal für Lebensmittel	15,0%	16,6%
Für Lebensmittel reicht das Geld, aber der Kauf von Kleidung ist schwierig	36,7%	36,2%
Das Geld reicht für Lebensmittel und Kleidung, aber der Kauf von langlebigen Konsumgütern (Fernseher, Kühlschrank usw.) ist für uns ein Problem	34,9%	33,4%
Wir können ohne Probleme langlebige Konsumgüter erwerben. Aber wir tun uns schwer, wenn es um wirklich teure Dinge geht	9,6%	12,1%
Wir können uns ziemlich teure Dinge erlauben (Wohnung, Datscha usw.)	1,2%	1,1%
Keine Antwort	2,5%	0,6%
	99,9%	100,0%

Umfrage des Lewada-Zentrums (VCIOM) vom 20.-23.12.2003 <www.vciom-a.ru/press/2004011302.html>

Die Agenda für die zweite Amtszeit. Der Kampf gegen Korruption

Korruption – der Missbrauch öffentlicher oder privatwirtschaftlicher (oder: wirtschaftlicher) Macht zur Erlangung persönlicher Vorteile – gilt als ein Grundproblem aller Gesellschaften. Generell wird unterschieden zwischen Alltagskorruption, politischer und wirtschaftlicher Korruption. Praktisch sind diese Kategorien nicht immer voneinander zu trennen und treten als komplexe Phänomene auf, die wirtschaftliche, politische, soziale, moralische und legale Aspekte in sich vereinen. Es ist auch nicht immer möglich, Korruption von anderen Formen illegalen oder kriminellen Handelns und organisierten Verbrechens zu unterscheiden. Das gilt auch und insbesondere für das heutige Russland.

In der russischen Gesellschaft ist Korruption heute in jedem Lebensbereich gegenwärtig, und es gibt fast niemanden, der nicht irgendwo mit korrupten Praktiken in Berührung kommt – im Geschäftsleben ebenso wie im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich. Im Wirtschaftsalltag schaffen Beamte insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen eigene Spielregeln auf. So werden 60 Prozent des Korruptionsvolumens für alle Arten von Genehmigungen und sogenannte Steuerausgleichszahlungen aufgewendet. Dabei handelt es sich nicht nur um die inoffiziellen Zusatzkosten bei der Registrierung neuer Unternehmen. Auch bestehende Firmen erhalten Besuch von bis zu fünfzig Behörden im Jahr – Gewerbeaufsicht, Bauaufsicht, Pensionsfonds, Gesundheitsamt, Brandschutz, Steuerpolizei etc. – die die Einhaltung von Vorschriften kontrollieren und deren Tätigkeit durch finanzielle Zuwendungen beeinflusst werden kann. Ein Wegsehen kann bis zu 1.000 Dollar kosten. Oder man vermeidet die unberechenbaren Inspektionen von vornherein durch teure Schutzgelder.

Auch bei Dienstleistungen in sozial wichtigen Bereichen, die durchweg in staatlicher Hand sind, ist Korruption an der Tagesordnung. Die in der Tabelle „Korruptionskosten“ auf Seite 83 angeführten Beispiele bilden nur einen Ausschnitt aus der Wirklichkeit des administrativen Marktes, der praktisch alle Lebensbereiche abdeckt. Gesundheitswesen, Bildungswesen und Verkehrspolizei sind die korruptesten Dienstleistungssektoren. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge hat die russische Bevölkerung jährliche Ausgaben von rund einer Milliarde Dollar für alltägliche Schmiergeldzahlungen, wobei die tatsächliche Summe drei- bis fünfmal so hoch sein könnte.

Korruption findet in modernen Gesellschaften auch ganz neue Formen. So spielen sich viele Delikte nicht mehr einfach in der Beamtenstube ab. Der Handel mit behördlichen Lizenzen kann mittlerweile kundenfreundlich über Internetplattformen abgewickelt werden, zu ganz „offiziellen“ Preisen. Eine Baugenehmigung beispielsweise ist derzeit für 1.500 Dollar zu haben. Im Übrigen sind Bestechungszahlungen nicht immer monetärer oder materieller Art. Ein Inspektor kann für einen Gefallen z.B. auch den Gegenwert eines Arbeitsplatzes für ein Familienmitglied in der inspizierten Firma erwarten.

Warum Korruptionsbekämpfung?

Wenn Korruption ein so allgegenwärtiges und etabliertes Systemelement ist und einen riesigen Beamtenapparat am Leben erhält, dann könnte man mit Machiavelli fragen: Warum es nicht dabei belassen? Handelt es sich doch um ein eingespieltes Verfahren, dessen Regeln die allermeisten verstehen und akzeptieren.

Dagegen ist zu sagen, dass sich dort, wo sich Korruption einwurzelt, die Funktionsweise sozialer Systeme verändert. Bei einem permanent niedrigen Einkommensniveau und einem schlecht funktionierenden Servicesystem gehen sowohl Nehmende als auch Gebende dazu über, Korrup-

tion zu tolerieren und sogar zu rechtfertigen. Wer in Russland beispielsweise einem unterbezahlten Arzt oder einer Krankenschwester ein Schmiergeld zahlt, geht oft von einem Akt gegenseitiger Überlebenshilfe aus. Russische Experten sprechen von einem Teufelskreis zwischen Korruption und Armut. Denn niedrige Gehälter in den genannten Sektoren bilden einen der Hauptanreize für Korruption. Es zeichnen sich aber auch langfristige soziopolitische Konsequenzen ab, etwa im Bildungssektor. Dort werden derzeit ca. 20 Prozent der Studienplätze über Bestechung vergeben. Etwa 11 Prozent der Schulabgänger sehen sich gar nicht erst in der Lage, in diesem diskriminierenden Wettbewerb reicher Eltern zu bestehen und bewerben sich deshalb gar nicht bei einer Hochschuleinrichtung. Das kann sich auf die Qualität der zukünftigen Führungskräfte auswirken.

Putins Kampf gegen die Korruption: Es tut sich was

Korruption ist daher ein wichtiges Thema in den öffentlichen Äußerungen Präsident Putins. Bereits in seiner ersten Amtszeit formulierte er entsprechende Zielvorgaben, sorgte für die Verabschiedung verschiedener Gesetze und richtete Kommissionen zum Kampf gegen Korruption ein. Praktisch wurde er beim scharfen Vorgehen gegen die „Oligarchen“.

In seiner Grundsatzrede zur Lage der Nation im Juli 2000 kritisierte Putin Missstände wie Korruption, Kapitalflucht und den Einfluss der „Oligarchen“. Durch staatliches Verschulden während der Jelzin-Ära entstanden, müssten sie nun mit starker Hand beseitigt werden. Nach Putins Worten war es Staatsaufgabe, dem Diktat der Schattenwirtschaft, der Bürokratenwillkür sowie der Intransparenz und Widersprüchlichkeit von Gesetzesnormen ein Ende zu bereiten. Diese Zielvorgaben zur Schaffung einer gerechteren Wirtschaftsordnung und eines besseren Investitionsklimas bekräftigte er in späteren Reden.

Unmittelbar nach seinem Wahlsieg im Frühjahr 2000 begann Putin mit einem umfangreichen personellen Revirement im Staatsapparat. Zugleich ging seine Administration energisch gegen einige Oligarchen im Mediensektor und in der Ölindustrie vor. In der Öffentlichkeit wurde das als notwendige Maßnahme zur Einschränkung der Macht des *big business* und zur Rückführung unterschlagener Staatsgelder verstanden und begrüßt. Experten kritisierten aber die Methode, bei Einzelfällen verfolgt wurden, und verwiesen darauf, dass dies der Komplexität des Korruptionsphänomens nicht gerecht werde und langfristig nur dessen Wesen ändern, es aber nicht beseitigen könne.

Auch auf dem Feld der Gesetzgebung wurde Putin aktiv. Doch der Gesetzesentwurf „Zur Bekämpfung der Korruption“ wurde scharf kritisiert, nicht zuletzt, weil die Duma von zwei vorgeschlagenen Versionen den schwächeren Gesetzestext wählte, der keine genaue Abgrenzung korrupter Handlungen von anderen Straftaten erlaubt, weitgehend deklarativ bleibt und neben der Proklamation staatlicher Intentionen und Hinweisen auf bestehende gesetzgeberische Maßnahmen keine neuen Optionen zur Bekämpfung von Korruption bietet. Die Kritiker monierten, die im Gesetz enthaltenen Konzepte und Definitionen seien nicht praktisch anwendbar und widersprächen verschiedenen Regelungen der bestehenden Strafverfolgungsgesetzgebung und des Zivilrechts.

Aber Korruption wird weithin als Krebsübel empfunden, und so gibt es neben Putin eine ganze Reihe weiterer Akteure in der Korruptionsbekämpfung. Alle Parteien thematisieren den Kampf gegen die Korruption in ihren Programmen und wollen ihn mit einer Erhöhung von Löhnen und Renten unterstützen. Nach den Dumawahlen verfügt die Mehrheit der Parteien aber kaum noch über Handlungsspielräume.

Die russische Richterschaft ergriff im Juni 2003 selbst die Initiative und organisierte eine Konferenz, die sich gegen jene weitverbreitete Missbräuche richtete, die die Ehre und Würde des Richteramtes beschädigen. Behandelt wurde Korruption in Bezirksgerichten bei Prozessen von

Aktionären gegen Aktiengesellschaften. Kritisiert wurden auch die niedrigeren Strafen, die der oberste Gerichtshof gegen korrupte Richter verhängt.

Hürden und Hindernisse

Trotz vieler Initiativen und des Aktionismus der Regierung Putin ist es bisher nicht gelungen, Korruption wirkungsvoll einzudämmen. Nach wie vor wirkt eine Vielzahl von Faktoren, die ihre wirksame Bekämpfung behindern und die die Regierung nicht beseitigt hat. Dazu gehören:

- Mannigfaltigkeit der Definitions- und Erscheinungsformen von Korruption.
- Unzureichende, oft widersprüchliche Formulierung mit Korruption in Verbindung stehender strafbarer Verbrechen in der bestehenden Gesetzgebung. Große Gesetzeslücken in der Anti-Korruptionsgesetzgebung, die viele Aktivitäten gar nicht fasst.
- In vielen Einrichtungen und Unternehmen fehlten klare Regeln über Rechte und Pflichten der Funktionsträger. Daher ist die Bestimmung des legalen/illegalen Status eines vermeintlichen Bestechungsaktes oft schwierig.
- Wirtschaftsprüfer und Strafverfolger verfügen nicht über Handlungsleitfäden zur Untersuchung von Wirtschaftsverbrechen. Die Bedingungen für Inspektionen von Unternehmen, Organisationen und unabhängigen Einrichtungen sind unklar. Unabhängige Gutachten sind extrem teuer.
- Die staatliche Bürokratie ist intransparent und unterbezahlt. Behördenwillkür ist damit programmiert.
- Zwischen kriminellen Netzwerken und lokalen Behörden bzw. Kontrollorganen gibt es vielfach Beziehungen. Ebenso bestehen mitunter Verbindungen zwischen „Oligarchen“ und organisiertem Verbrechen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl?

Vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen griff die politische Führung Russlands erneut das Thema Korruptionsbekämpfung auf. Im November 2003 wurde per Erlass ein „Rat zur Bekämpfung der Korruption“ geschaffen. Bestehend aus zwei Kommissionen – zur Bekämpfung der Korruption sowie für dienstliche Ethik – soll der Antikorruptionsrat als beratendes Organ Empfehlungen zur Verhinderung von Korruption erarbeiten. Mitte Januar setzte Präsident Putin in einer ersten Sitzung die Schwerpunkte für den Rat in den Bereichen Gesetzgebung und Reformierung des Beamtenwesens. Wurde damit eine Kommission nach tschechischem Vorbild geschaffen? Einigen Kritikern zufolge liegt ein Gründungsfehler des Antikorruptionsrates in der Annahme, die Schwäche des Staates bei der Korruptionsbekämpfung mit noch mehr Staat ausgleichen zu können. Die Staatsmacht selbst müsste sich zunächst glaubhaft von Bestechung und korrupten Machenschaften distanzieren, um das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Motive zurückzugewinnen. Daher erscheinen die intensivierten Antikorruptionsmaßnahmen der Regierung bisher eher als Propaganda-Kampagne im politisierten Kontext der Wahlvorbereitungen. Andere Kritiker des Antikorruptionsrates vertreten die Ansicht, eine großangelegte, untolerante Antikorruptionskampagne werde Russland in die Anarchie führen oder seiner Führer berauben, da 80 Prozent der Staatsbediensteten hinter Gittern enden würden oder zumindest zurücktreten müssten. Zudem ergibt sich die neue Frage des Ratsvorsitzes, nachdem der für die ersten sechs Monate ernannte Michail Kasjanow überraschend aus seinem Amt als Premierminister entlassen wurde.

Trotzdem sehen viele Kommentatoren Anzeichen für eine Besserung der Situation. Putin selbst scheint nicht korrupt. Der Präsident und seine Berater haben öffentlich über die Notwendigkeit der Korruptionsbekämpfung gesprochen und verschiedene Strategien diskutiert, die allerdings

oft nicht weiterverfolgt wurden. Zumindest war unter Putin bisher keine Verschlechterung der Lage zu verzeichnen.

In Zukunft ist eine komplexe Antikorruptionsstrategie notwendig, die an eine umfassende Systemreform gekoppelt ist und soziale, wirtschaftliche und internationale Dimensionen einbezieht. Insbesondere Korruptionsprävention muss zu einem größeren Schwerpunkt werden. Als konkrete Schritte zur Verbesserung der Gesetzgebung sind Änderungen des Strafgesetzbuches notwendig, ferner die Ausarbeitung eines Gesetzes „Zur Basis des Staatsdienstes“. Weiterhin müssen die Grundsätze der Personalauswahl (öffentliche Ausschreibungen) und der Bezahlung (Bonus-system) im Staatsdienst verändert werden. Auch die Möglichkeiten staatlicher Eingriffe in die Geschäftstätigkeit müssen reduziert und ihre Grenzen, Formen und Methoden definiert werden.

Putin selbst hat in den Tagen vor der Präsidentschaftswahl wiederholt die bestehenden Schwierigkeiten und Hürden benannt und neue Ansätze gefordert. Obgleich genauere Methoden und Wege noch unklar bleiben, ist der Präsident optimistisch, dass die für die zweite Amtszeit formulierten Ziele erreicht werden – so etwa die voranschreitende Umverteilung von Vollmachten zwischen den staatlichen Ebenen, das Ende der Behördenwillkür, transparente Bedingungen und vollwertige zivile und rechtliche Verträge, die die Rechte und Pflichten von Staat und Wirtschaft klar definieren. Zusammen mit den propagierten sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen könnten diese Teilziele durchaus einen umfassenden Ansatz zur Korruptionsbekämpfung darstellen. Indes ist der Kampf gegen Korruption ein langwieriger Prozess. In einer Amtsperiode kann er sicherlich nicht abgeschlossen werden. Doch er muss zumindest begonnen werden.

Korruption: Russland im internationalen Vergleich

Seit 1996 wird Russland in den jährlichen Korruptionsindizes erfasst, einem von *Transparency International* erstellten internationalen Ranking, wo es sich mit einigen afrikanischen, asiatischen und mittelamerikanischen Ländern regelmäßig einen Platz im unteren Drittel teilt. Während sich jedoch bei anderen osteuropäischen Ländern, beispielsweise Polen und der Tschechischen Republik, kontinuierliche Abwärtstrends abzeichnen, scheint in Russland mit dem Regierungswechsel im Jahr 2000 ein leichter Aufwärtstrend einzusetzen.

Einschränkend muss gesagt werden, dass Russland in diesen Indizes eine der größten statistischen Abweichungen aufweist. Die auf einer Skala von 0 bis 10 vergebenen Punktezahlen sind Mittelwerte, wobei Maximal- und Minimalrechnungen auf Werte zwischen 0,3 und 5,0 hinauslaufen (zum Vergleich: die niedrigste für Deutschland vergebene Punktezahl war immerhin 4,9). Des Weiteren haben jüngste Studien des russischen Ablegers von TI ergeben, dass es innerhalb des Landes beträchtliche regionale Unterschiede gibt - mit einem sich abzeichnenden „südlichen Korruptionsgürtel“. D.S.

Transparency International: Korruptionswahrnehmungsindex 2003

<i>Rang</i>	<i>Staat</i>	<i>Punkte</i>
1	Finnland	9,7
...		
16	Deutschland	7,7
...		
29	Slowenien	5,9
...		
33	Estland	5,5

<i>Rang</i>	<i>Staat</i>	<i>Punkte</i>
...		
40	Ungarn	4,8
41	Litauen	4,7
...		
53	Belarus	4,2
54–56	Brasilien	3,9
	Bulgarien	3,9
	Tschechische Republik	3,9
57–58	Jamaika	3,8
	Lettland	3,8
...		
64–65	Mexiko	3,6
	Polen	3,6
66	China	3,4
...		
83–85	Indien	2,8
	Malawi	2,8
	Rumänien	2,8
86–87	Mozambique	2,7
	Russland	2,7
88–91	Algerien	2,6
	Madagaskar	2,6
	Nikaragua	2,6
	Jemen	2,6
...		
100–105	Guatemala	2,4
	Kasachstan	2,4
	Moldowa	2,4
	Usbekistan	2,4
	Venezuela	2,4
	Vietnam	2,4
106–112	Bolivien	2,3
	Honduras	2,3
	Mazedonien	2,3
	Serbien, Montenegro	2,3

<i>Rang</i>	<i>Staat</i>	<i>Punkte</i>
	Sudan	2,3
	Ukraine	2,3
113–117	D.R. Kongo	2,2
	Ekuador	2,2
	Irak	2,2
	Sierra Leone	2,2
	Uganda	2,2
118–121	Elfenbeinküste	2,1
	Kirgisien	2,1
	Libyen	2,1
	Papua Neu Guinea	2,1
122–123	Indonesien	1,9
	Kenia	1,9
124–128	Angola	1,8
	Aserbaidshan	1,8
	Kamerun	1,8
	Georgien	1,8
	Tadschikistan	1,8

Quelle: www.transparency.org/pressreleases_archive/2003/2003.10.07.cpi.en.htm

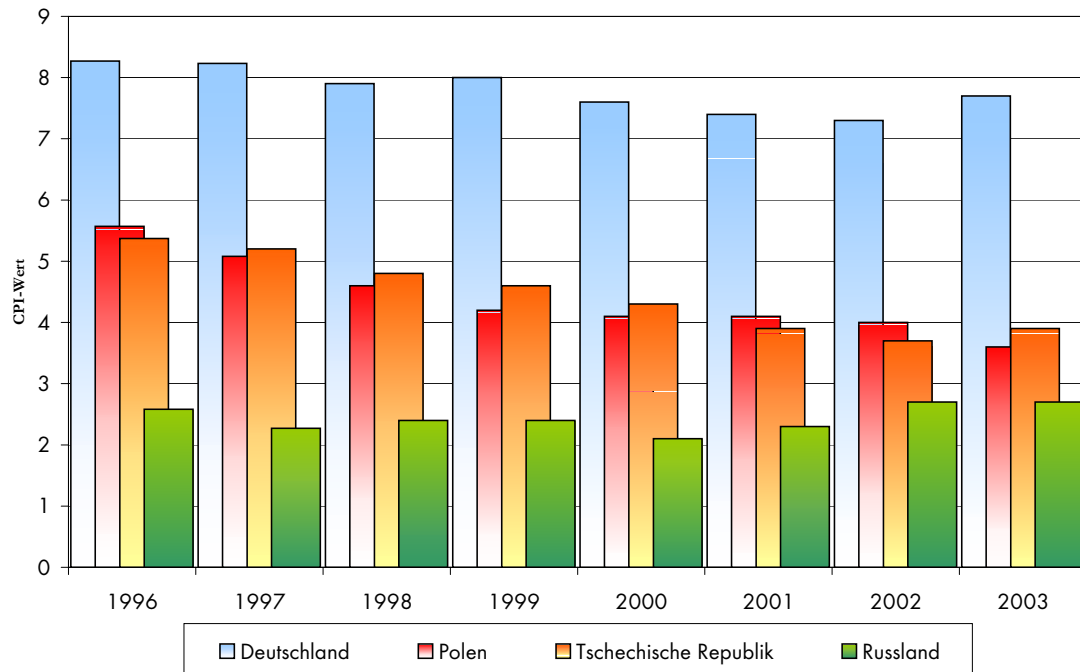
 Länder der GUS

Auswertung des Transparency Index (Punktewertung) 1996–2003

	<i>1996</i>	<i>1997</i>	<i>1998</i>	<i>1999</i>	<i>2000</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>	<i>2003</i>
Russland	2,58	2,27	2,4	2,4	2,1	2,3	2,7	2,7
Polen	5,57	5,08	4,6	4,2	4,1	4,1	4	3,6
Tschechische Republik	5,37	5,2	4,8	4,6	4,3	3,9	3,7	3,9
Deutschland	8,27	8,23	7,9	8	7,6	7,4	7,3	7,7

(erstellt von der Verfasserin auf Basis der Angaben von Transparency International)

Entwicklung des Korruptionswahrnehmungsindex 1996–2003 (ausgewählte europäische Länder)



Korruptionskosten: Was die russische Bevölkerung für kostenlose Dienstleistungen zahlt

In Russland besitzt der Staat das Monopol für die Bereitstellung von Dienstleistungen im Gesundheits-, Bildungs- und kommunalen Wohnungswesen. Dies schafft Spielräume für Behördenwillkür und Korruption. Eigentlich kostenfreie Leistungen müssen daher oft mit Schmiergeldern bezahlt werden. In Bereichen der Justiz, Polizei und des Militärs ist die Praxis des „Sich-Freikaufens“ gegen arbiträre Zusatzzahlungen an Beamte und Gesetzeshüter üblich.

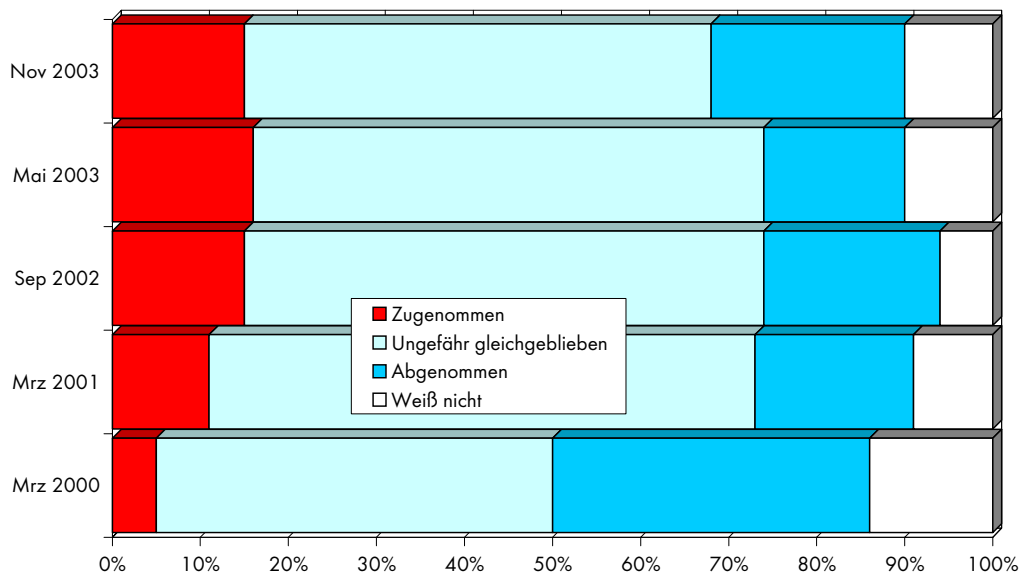
	in US\$ pro Jahr
Medizinische Versorgung	180–600 Mio.
Aufnahme in Universitäten, Institute oder Schulen	70–520 Mio.
Verkehrspolizei / Polizei	370–465 Mio.
Wiederherstellung gerechter Behandlung vor Gericht	275 Mio.
Unterkunft erhalten oder registrieren	123 Mio.
Militärdienst vermeiden	13 Mio.

(Zusammengestellt von der Verfasserin)

VCIOM-Umfragen über Korruption

Korruptionswahrnehmung in Russland 2000–2003

Haben nach der Wahl Putins zum Präsidenten Diebstahl und Korruption in der Führung zugenommen, abgenommen oder sind sie in etwa gleichgeblieben?



Russen über Korruption 2004

Wo gibt es Ihrer Meinung nach mehr Korruption und Bestechung - in den unteren Behörden oder in den „Spitzen“?

In den unteren Behörden	11%
In den „Spitzen“	35%
Überall gleich	48%
Weiß nicht	6%

Haben ihrem Eindruck nach in letzter Zeit Korruption und Missbräuche in den Führungsorganen im Vergleich mit dem vorigen Jahr zugenommen, abgenommen oder sind sie gleichgeblieben?

Zugenommen	30%
Gleichgeblieben	45%
Abgenommen	13%
Weiß nicht	12%

Quelle: www.levada.ru

Tschetschenien und die russische Gesellschaft

Wechselnde Haltungen zu einem unwichtigen Krieg

Der Einfluss des Krieges in Tschetschenien auf die russische Gesellschaft ist heute *nicht sehr groß*. Die Bevölkerung hat sich in der Mehrheit an den Krieg gewöhnt. Nicht einmal die regelmäßigen terroristischen Anschläge, darunter auch solche in Moskau, haben die Gesellschaft dazu gebracht, sich energischer für eine Beendigung des Krieges einzusetzen. Sicherheitsfragen und das Anwachsen der Kriminalität werden selten mit der Lösung des Tschetschenienkonfliktes im Zusammenhang gesehen.

Die Einstellung der Gesellschaft zur Lösung des Konfliktes schwankt je nachdem, wie sich die Lage auf dem Schlachtfeld und die allgemeine Stimmung im Lande entwickelt. So sprachen sich 1995, als Moskau militärisch keine positive Entscheidung erzwingen konnte, 3,2% der russischen Bürger für eine Fortsetzung des Krieges aus und 51,5% für seine Beendigung. 1999, unmittelbar nach der Zerschlagung der Gruppierung von Schamil Basajew, die in die russische Nachbarrepublik Dagestan eingefallen war, waren 62,5% für den Krieg und 13,2% dagegen. 2003 sprachen sich 52% der Bürger gegen die offizielle Tschetschenienpolitik aus, 31% dafür. Die große Ablehnung der Moskauer Politik ist darauf zurückzuführen, dass die russische Führung einseitig auf eine gewaltsame Lösung setzt. Bei den Tschetschenen selbst unterstützen übrigens 34% diese Politik. Und 70–80% plädieren für einen Verbleib Tschetscheniens im Verband der Russländischen Föderation.

Der Krieg wird nicht mehr instrumentalisiert ...

Der Tschetschenienkrieg trägt nicht zur Konsolidierung der Gesellschaft bei, zum Schuttschluss der Gesellschaft mit der Führung des Landes. Die Staatsmacht ihrerseits nützt diese Krise im Kampf mit der Opposition nicht wirklich aus. Bei dem gegenwärtigen Angriff auf die ‚Oligarchen‘ spielt der Kreml nicht mit der These, sie seien mit den tschetschenischen Freischärler verbündet, wie sie das 2000–2002 getan hat, als sie den Angriff auf Wladimir Gusinskij und Boris Beresowskij begann. Der Tschetschenienkonflikt wird bei der fortschreitenden Verwandlung der Staatsmacht in ein autoritäres System praktisch nicht instrumentalisiert. So beschuldigt schon lange niemand mehr die Massenmedien, die Separatisten zu heroisieren und zu unterstützen, wie dies vor der Schließung des damals populärsten TV-Senders NTV der Fall war.

Allerdings fördert der Konflikt objektiv den Einflussgewinn der Armee und der Sicherheitsstrukturen und das Eindringen von Militärs in die zivile Politik: eine ganze Heerschar von „Tschetscheniengenerälen“ hat Schlüsselstellen im zivilen Bereich besetzt.

... doch er korrumpiert

Die Unfähigkeit, die Tschetschenienkrise zu lösen, untergräbt aber das Vertrauen zur Regierung. Die Gesellschaft und vor allem die Massenmedien erinnern nach jedem weiteren Anschlag gerne mit unverhohlener Ironie an das von Putin 1999 gegebene Versprechen, die tschetschenischen „Kämpfer auch noch auf dem Lokus abzumurksen“. Inwieweit sich dies auf die Popularität des Präsidenten auswirkt, ist schwer zu sagen, unzweifelhaft ist aber, dass es sich negativ auswirkt.

Der Tschetschenienkrieg verdirbt die Gesellschaft, begünstigt das Wachstum der Korruption, demonstriert, dass es möglich ist, sich offen an menschlichem Leid zu bereichern und liefert Beispiele für den schamlosen Raub sowohl durch hochgestellte Persönlichkeiten wie auch einfache Befehlsempfänger. 2003 teilte der Repräsentant des Präsidenten der RF im Südlichen Föderalbezirk, Wiktor Kasanzew, mit, dass alleine Moskauer Beamte schon 6 Millionen Dollar der für den Wiederaufbau Tschetscheniens bestimmten Gelder gestohlen hätten. Nach manchen Angaben erreichten im letzten Jahr nicht mehr als 20% der vorgesehenen etwas mehr als 5 Millionen Dollar die zerstörte Republik.

Das Tschetscheniensyndrom im Militär

Der Tschetschenienkrieg bremst die Reform der Streitkräfte. Für den Krieg sind schon Milliarden Rubel aufgewandt worden, die eigentlich dringend für andere Dinge benötigt würden, beispielsweise die Beschaffung neuer Waffensysteme: selbst nach offiziellen Angaben beträgt der Anteil neuer militärischer Systeme nicht mehr als fünf Prozent.

Den Angehörigen der Streitkräfte bereitet die Tatsache, dass sie faktisch auf eigenem Territorium Krieg führen, offenes Unbehagen. Dabei empfinden sie – während sie im Nordkaukasus kämpfen – das Land und seine Menschen in zunehmendem Maße als fremd. Das ruft auf der anderen Seite natürlich eine Gegenreaktion hervor: eine 2003 durchgeführte Umfrage ergab, dass 70% der tschetschenischen Bevölkerung der Ansicht sind, dass die Hauptbedrohung für sie von den föderalen Streitkräften ausgeht, während nur 40% die tschetschenischen Guerillakämpfer nannten.

Die Erfahrung wirkt auch in die russische Armee zurück: heute ist ein echtes „Tschetscheniensyndrom“ zu beobachten. In den Provinzzeitungen und Kriminalchroniken gibt es eine Vielzahl von Berichten über Vergehen von demobilisierten Tschetschenienveteranen – Schlägereien, Schüsse auf Nachbarn, Mord von Verwandten ... Nach Meinung von Psychologen ist ein solches Verhalten eine direkte Folge einer durch den Krieg verursachten Verrohung, verstärkt durch den Eindruck bei Offizieren und Mannschaften, dass eine undankbare Gesellschaft sie desinteressiert ihrem Schicksal überlässt.

Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass

Die Tschetschenienkrise ruft auch eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen hervor und fördert Fremdenfeindlichkeit. In den 1990er Jahren sind die Kaukasier (und mit ihnen auch die Angehörigen der zentralasiatischen Völker, die sich in den russischen Augen kaum von Kaukasiern unterscheiden) zum Hauptobjekt von Ethnophobie geworden. Man muss wissen, dass alleine in Moskau mehr als 100.000 Tschetschenen leben. Insgesamt umfasst die tschetschenische Diaspora in Russland mehr als 400.000 Menschen.

Der Ärger über Neureiche aus dem Kaukasus und gewöhnliche Händler auf dem Markt vermischt sich mit der ständigen Erinnerung daran, dass irgendwo da unten im Süden „genau solche Schwarzen uns Russen umbringen“ [*Im Russischen ist ‚Schwarzer‘ ein rassistisch gefärbter Begriff für Kaukasier und Asiaten. Anmerkung des Übersetzers*]. Bei Pogromen auf Märkten verschiedener russischer Städte (u.a. Moskau, Wologda, Twer) rechtfertigten sich die Initiatoren damit, dass sie sich „für die Unsrigen in Tschetschenien rächen“. Die Attacken treffen dabei nicht einmal Tschetschenen, die nicht auf den Märkten Handel treiben, sondern Aserbaidschaner, Tadschiken und Dagestaner. Die allgemeine Stimmung schlägt sich auch in Bekanntmachungen nieder, wie sie z.B. der Wirt der Moskauer Bar „Pustebume“ 2001 am Eingang ausging: „Um Konflikte zu vermeiden, werden Personen kaukasischer Nationalität nicht bedient.“

Feindbild Islam

Ethnophobie verbindet sich mit Islamfeindlichkeit. Im Bewusstsein der Mehrheit der russischen Bevölkerung wird der tschetschenische Widerstand nicht nur mit dem islamischen Extremismus in Verbindung gebracht, sondern mit dem Islam überhaupt. Natürlich unterstreichen offizielle Sprecher in ihren Statements, dass der Islam nichts mit den tschetschenischen Separatisten zu tun hat. Russische Imame und Muftis, die der Staatsmacht nahe stehen, behaupten sogar, dass die „Mudschaheddin“ überhaupt keine Muslime sind. Auf der anderen Seite aber wird der Kreml nicht müde, daran zu erinnern, dass der tschetschenische Widerstand von extremistischen islamischen Organisationen finanziert wird, darunter auch von der Al Quaida von Osama bin Laden.

Zum Glück für das herrschende Establishment und für die Gesellschaft hat die Losung der islamischen Solidarität in Russland nicht „funktioniert“. Der überwiegende Teil der in Russland lebenden Muslime (nach unterschiedlichen Zählungen sind es 15 bis 19 Millionen) hat sich nicht an dem Konflikt zwischen Moskau und Tschetschenien beteiligt, der von einigen Medien gerne und häufig ein „Konflikt der Kulturen“ genannt wird. Nichtsdestotrotz gibt es Sympathien für die leidenden Glaubensbrüder.

Tschetschenische Emissäre haben Kontakte zu radikalen Glaubensbrüdern in der Wolgaregion, im Südrussland und in Moskau. Nach Informationen, die den Geheimdiensten vorliegen, treten sie in Moscheen auf und verbreiten Propaganda zur Unterstützung der Separatisten. Es gibt auch Hinweise, dass lokale Extremisten mit tschetschenischer Unterstützung die Gasleitung in Kumborskoje an der Grenze des Kirower Oblast zur Republik Tatarstan in die Luft sprengen konnten.

Pulverfass Nordkaukasus

Im Ganzen hat die Islamphobie in der russischen Gesellschaft eher latenten Charakter. Allerdings besteht eine ziemlich hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie sich aufgrund der Situation im Nordkaukasus verschärfen wird. Für diese Region ist die Bedeutung des Tschetschenienkonfliktes besonders groß. Die oben erwähnten Tendenzen von interethnischen und religiösen Spannungen treten dort noch deutlicher als im übrigen Russland hervor.

Der Tschetschenienkonflikt destabilisiert die Lage im Nordkaukasus und darüber hinaus im gesamten Süden Russlands. 2003 wurden in Russland 571 Terroranschläge verübt, davon 386 in Tschetschenien. Von Tschetschenien aus wird religiöser Extremismus verbreitet und seit kurzem gehen von dort auch wieder gefährliche Impulse eines gesamtkaukasischen Separatismus aus, der 1997–2000 in einigen Republiken, vor allem in Dagestan, hörbaren Widerhall fand. So war auch das Ziel des Einfalls in Dagestan im Jahre 1999 die Bildung eines vereinten islamischen Staates.

Islamischer Fundamentalismus, der von russischen Politikern und den ihnen nahe stehenden Experten „Wahhabismus“ genannt wird, ist in der tschetschenischen Gesellschaft an sich nicht sehr weit verbreitet. Zu seinen Anhänger kann man nicht mehr als 20 Prozent der Tschetschenen zählen. Trotzdem ist durch ihre und die Tätigkeit ihrer dagestanischen Verbündeten der radikale Islam in angrenzende Republiken eingedrungen, wo es insgesamt einige hundert „wahhabitische Gemeinden“ gibt, die nicht selten Basen für die Ausbildung von Guerillakämpfern bereitstellen.

Der 11. September und der „internationale Terrorismus“

Die Ereignisse des 11. September 2001 und der folgende gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus haben im Nordkaukasus zu einer paradoxen Situation geführt. Einerseits haben die energischen Maßnahmen gegen die Terroristen die Finanzaufflüsse für tschetschenische Guerilla-

kämpfer, etwa aus Ländern am Persischen Golf und im Nahen Osten, bedeutend verringert. Die Sicherheitskräfte vernichteten einige Ausbildungszentren der Islamisten und verboten ihnen die Propaganda in den Moscheen, die sie kontrollierten. Die von Putin bereits im Jahre 2000 ausgerichtete „antiterroristische Operation“ stand so nahe vor einem Erfolg, wie noch nie zuvor ...

Paradoxerweise wurde gerade in dieser Periode der nordkaukasische Islamismus internationalisiert. Vor allem begannen sich seine Anhänger mehr und mehr als Teil eines „weltweiten islamischen Dschihads“ zu fühlen, der nicht nur gegen Russland, sondern auch gegen den Westen gerichtet ist, gegen alle Kräfte, die aus ihrer Sicht dem Islam und den Muslimen feindlich gesinnt sind. Dadurch wuchs in den Augen der örtlichen Islamisten, vor allem in Tschetschenien, ihre eigene Bedeutung. Gleichzeitig setzten die tschetschenischen Guerillakämpfer in den Jahren 2000–2003 ihre Kooperation mit Extremisten aus dem Nahen Osten fort. Das von Basajew gebildete Bataillon der „Schwarzen Witwen“ (der Selbstmordattentäterinnen, die 2003 einige blutige Anschläge verübten, darunter auch in Moskau) ist das Ergebnis eines ständigen „Erfahrungsaustauschs“ zwischen tschetschenischen und arabischen Extremisten: Anschläge im Nordkaukasus, im arabischen Osten, in Südasien usw. werden nach ähnlichen Mustern verübt. Es wird kaum jemanden wundern, wenn sich beim nächsten Anschlag außerhalb Russlands auch eine „tschetschenische Spur“ findet.

Tschetschenien als Hindernis für die russische Außenpolitik

Der Tschetschenienkonflikt beeinflusst in zweifacher Hinsicht die russische Außenpolitik. Auf der einen Seite stellt er ein Hindernis für die Verbesserung des Verhältnisses zum Westen dar. Moskau wird wegen des Versagens seiner Tschetschenienpolitik und der systematischen Menschenrechtsverletzungen kritisiert. Allerdings muss angemerkt werden, dass trotz der Kritik seitens europäischer Organisationen und einiger Regierungen die Handlungen des Kreml bei manchen europäischen Beamten, die in den eigenen Ländern mit einer wachsenden Präsenz von Islamisten und einer zunehmenden Radikalisierung zu tun haben, auf Verständnis trifft. In den Vereinigten Staaten wird Moskau ebenfalls kritisiert, obwohl Washington in seinen Beziehungen mit Russland die tschetschenische Frage bis heute nicht in den Vordergrund gestellt hat, sozusagen im Austausch für eine zurückhaltende Position Moskaus bei der Irakfrage.

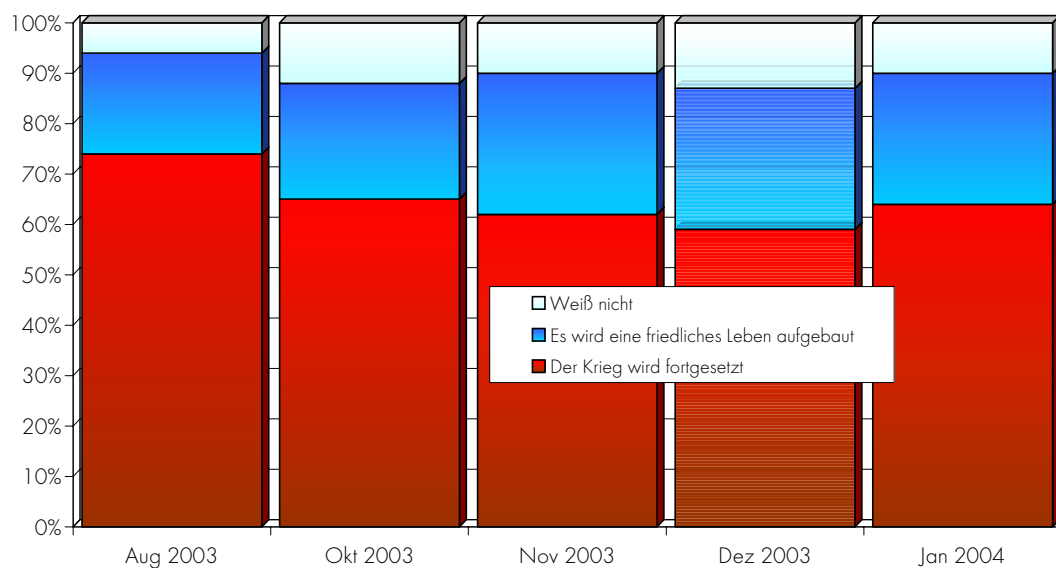
Putin und seine Mannschaft wiederum stellen ihre Tschetschenienpolitik als Teil des globalen Kampfes gegen den Terrorismus dar. In einem gewissen Sinne haben sie mit dieser Beurteilung Recht, da der durch den Tschetschenienkonflikt provozierte Terrorismus tatsächlich auch außerhalb der Region aktiv ist und Personen aus dem Nordkaukasus mehr und mehr mit Terroranschlägen in verschiedenen Teilen der Welt in Verbindung gebracht werden.

Tschetschenien als russische Krankheit

Die Wirkung des Tschetschenienkonfliktes auf die russische Gesellschaft ist schädlich. Er destabilisiert und verkrüppelt sie, indem er sie nolens volens an Krieg gewöhnt. Er behindert die Durchführung von Reformen und bindet bedeutende Finanzmittel. Die Staatsmacht spielt mit dem Konflikt. Sie kann ihn instrumentieren, wie dies während der ersten Wahlkampagne Putins 1999–2000 geschah, sie kann ihn aber auch bewusst herunterspielen, wie es zurzeit geschieht. Die Wirkung der Tschetschenienkrise auf den Zustand der russischen Gesellschaft kann verstärkt, aber auch geschwächt werden. Eine Lösung des Konfliktes kann aber allem Anschein nach niemand vorhersagen. Die Frage, ob es „Licht am Ende des Tunnels“ gibt, muss offen bleiben.

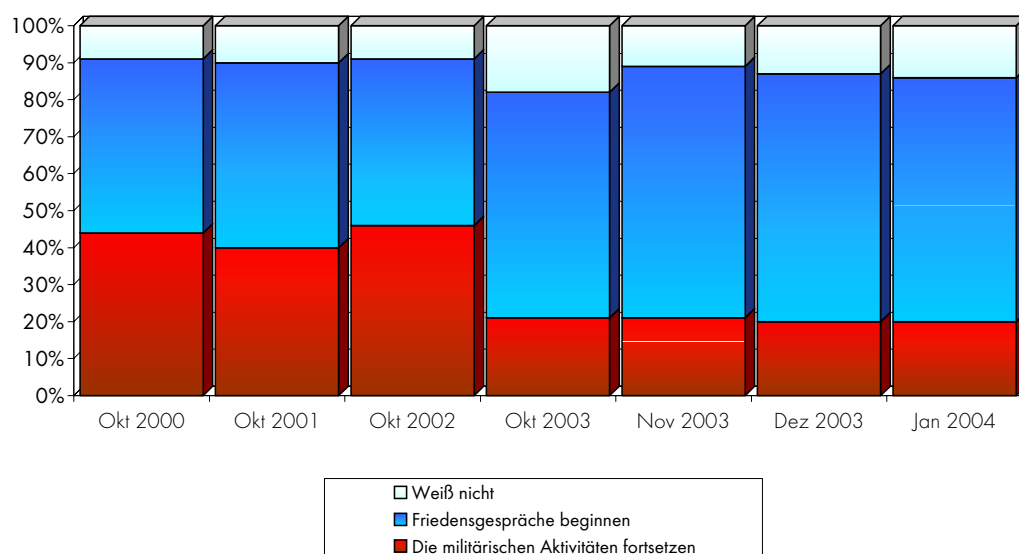
Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Was passiert Ihrer Meinung nach in Tschetschenien: Fortsetzung des Krieges oder Aufbau friedlichen Lebens?



Umfrage des VCIOM-A <<http://www.vciom-a.ru/press/2004013002.html>, 31. Januar 2004>

Was meinen Sie, soll man die militärischen Aktivitäten in Tschetschenien fortsetzen – oder Friedensgespräche beginnen?



Umfrage des VCIOM-A <<http://www.vciom-a.ru/press/2004013002.html>, 31. Januar 2004>

Welche Ziele verfolgt die russische Führung derzeit in Tschetschenien?

Die territoriale Einheit Russlands zu bewahren	40%
Den internationalen Terrorismus zu bekämpfen	34%
Die Kontrolle über das tschetschenische Öl und das Territorium zu sichern	27%
Die verfassungsgemäße Ordnung in der Republik wiederherzustellen	27%
Die Sicherheit der übrigen russischen Regionen zu gewährleisten	21%
Die Privatinteressen einiger Personen zu befriedigen	18%
Die Macht und Stärke der russischen Streitkräfte zu demonstrieren	9%
Das Bild von Putin als Sieger und Verteidiger aufrechtzuerhalten	5%
Hat nicht genug Stärke und Verantwortungsbewusstsein, um die Kampfhandlungen zu beenden	5%
Den tschetschenischen Unabhängigkeitswillen für immer zu vernichten	4%
Den Genozid an den Russen, die Verbrechen gegen die Russen zu rächen	3%
Die Gefechtsausbildung der russischen Streitkräfte zu vervollkommen	3%
Das Feindbild zu bewahren, um die Geschlossenheit der russischen Gesellschaft zu gewährleisten	3%
Die Tschetschenien zu vernichten	2%
Andere	1%
Weiß nicht	10%

Umfrage des VCIOM-A <<http://www.vciom-a.ru/press/2004013002.html>, 31. Januar 2004>

Chronik des Tschetschenienkonflikts seit 1991

8.9.1991	Nach tagelangen Demonstrationen wird der Oberste Sowjet der Tschetschenisch-Inguschischen Autonomen Sowjetrepublik aufgelöst.
Oktober 1991	General Dudajew übernimmt an der Spitze eines Exekutivkomitees die Macht und wird zum Präsidenten gewählt. Moskau erkennt die Wahl nicht an. Dudajew erklärt die Unabhängigkeit Tschetscheniens.
09.11.1991	Als direkte Reaktion ruft Präsident Boris Jelzin den Notstand aus und entsendet Truppen des Innenministeriums nach Tschetschenien. Die Truppen müssen in der Folge abgezogen werden, weil der russische Oberste Sowjet das Notstandsdekret ablehnt.
November 1991	Das russische Parlament verabschiedet ein Gesetz über die Bildung einer separaten Inguschetischen Republik.
1992	
12.03.1992	Dudajew proklamiert ein zweites Mal die Unabhängigkeit Tschetscheniens. In der Folge kommt es zu schweren Unruhen zwischen Anhängern und Gegnern Dudajews. Er verhängt den Ausnahmezustand.
Herbst 1992	Wegen des unklaren Grenzverlaufs zwischen Inguschetien und Nordossetien kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen mehrere 100 Menschen ums Leben kommen.
1993	
November 1993	Wiederholte gewaltsame Auseinandersetzungen wegen des unklaren Grenzverlaufs zwischen Inguschetien und Nordossetien.
1994	
November 1994	Angehörige der russlandfreundlichen tschetschenischen Opposition greifen erfolglos die Dudajew-Regierung in Grosny an.
28.11.1994	Ultimatum Jelzins an Tschetschenien, bis zum 15.12. die Waffen niederzulegen.
11.12.1994	Einmarsch russischer Streitkräfte in Tschetschenien.
31.12.1994	Beginn des Angriffs auf Groznyj, der zunächst unter hohen russischen Verlusten scheitert.
1995	
14.-18.6.1995	Tschetschenische Guerillakämpfer unter Ismail Basajew besetzen Teile des Orts Budennovsk, Region Stavropol', und nehmen ca. 1.000 Geiseln. Nach dem gescheiterten Versuch, die Geiseln mit Gewalt zu befreien, beginnt die russische Regierung Verhandlungen. Die Guerillas erhalten gegen Freigabe der Geiseln freien Abzug, einen Waffenstillstand in Tschetschenien und das Versprechen der Aufnahme von Friedensverhandlungen.
Juli 1995	Militärabkommen zwischen Russland und Tschetschenien. Kein politisches Abkommen.
1996	
9.1.1996	Tschetschenische Guerillakämpfer besetzen die Ortschaften Kizljär und Perwomajsk und nehmen Geiseln. Beim Angriff russischer Kräfte auf Perwomajsk stirbt ein großer Teil der Geiseln. Die Guerillakämpfer können sich in der Mehrzahl absetzen.
6.8.1996	Groznyj wird kurzzeitig von tschetschenischen Guerillakämpfern besetzt. Die russischen Truppen erleiden hohe Verluste: 250 Tote, über 1.000 Verwundete.
3.9.1996	Ein Abkommen über die Beendigung des Krieges in Tschetschenien, vermittelt von General Alexander Lebed', wird unterzeichnet. Ende des ersten Tschetschenienkrieges. Eine politische Lösung des Konfliktes wird nicht gefunden.
1997	
27.1.1997	Bei den tschetschenischen Präsidentenwahlen siegt der gemäßigte Nationalist Aslan Maschadow mit etwa 60 Prozent der Stimmen klar vor seinen Konkurrenten Jandarbijew und Basajew.

27.5.1997	Der tschetschenische Präsident Aslan Maschadow führt in Moskau Verhandlungen. Es wird ein neuer Waffenstillstand vereinbart.
1999	
7.8.1999	Tschetschenische Guerillakämpfer unter Führung von Basajew und Chattab besetzen mehrere Dörfer in Dagestan. Russland entsendet gegen diese Gruppe Streitkräfte. Unter Einsatz von ca. 15.000 Mann können die Dörfer am 25.8. freigezogen werden.
5.9.1999	21.45 Uhr. Bombenattentat auf eine Wohnanlage der russischen Streitkräfte in Bujnask (Dagestan).
8.9./ 13.9. / 16.9. 1999	Bombenattentate auf zwei Wohnhäuser in Moskau und in Wolgo-Donsk mit zahlreichen Toten und Verletzten.
17.9.1999	Russische Luftstreitkräfte greifen Ziele auf dem Territorium der Republik Tschetschenien an. Teile der tschetschenischen Zivilbevölkerung beginnen in die Nachbarrepubliken zu flüchten.
1.10.1999	Russische Streitkräfte überschreiten die Grenze der Republik Tschetschenien.
2000	
7.2.2000	Groznyj befindet sich in der Hand der russischen Truppen.
29.2.2000	Heftige Gefechte im Argun-Tal in Tschetschenien. Eine Kompanie des 104. Luftlanderegiments wird nahezu aufgerieben. Sie verliert zwischen dem 29. Februar und dem 3. März 84 Mann.
8.6.2000	Putin dekretiert die Bildung einer provisorischen Verwaltung in Tschetschenien, die direkt dem russischen Präsidenten untersteht. Zu ihrem Leiter wird Achmed Kadyrow, ein tschetschenischer Geistlicher, bestimmt.
20.8.2000	In Tschetschenien finden Nachwahlen für die russische Staatsduma statt, bei der dreizehn Kandidaten antreten. Nach russischen Angaben beträgt die Wahlbeteiligung 50%.
2001	
22.1.2001	Putin überträgt die Verantwortung für die Koordinierung der Operationen in Tschetschenien, die bisher beim Verteidigungsministerium lag, dem Inlandsgeheimdienst FSB. Darüber hinaus kündigt der Präsident eine Reduzierung der in Tschetschenien stationierten Truppen an.
17.9.2001	Gruppen tschetschenischer Guerillakämpfer in Stärke von mehreren hundert Mann greifen überraschend die Städte Gudermes, Argun und Noschaj-Jurt an. Es kommt zu heftigen Gefechten, in deren Verlauf nach russischen Angaben 15 Guerillas und 12 russische Soldaten getötet werden. Bei den nachfolgenden Säuberungsaktionen werden 400 Personen festgenommen.
6.10.2001	Russische Truppen leiten in mehreren Bezirken Tschetscheniens Sonderoperationen ein. Im Laufe von 14 parallel durchgeführten Aktionen werden mindestens 13 Guerillakämpfer getötet. Zahlreiche Personen werden festgenommen.
10.10.2001	Die georgischen Behörden protestieren gegen das Eindringen russischer Kampfflugzeuge in ihren Luftraum. Georgischen Quellen zufolge greifen die russischen Luftstreitkräfte Gruppen georgischer und tschetschenischer Guerillakämpfer im Kodori-Tal an.
18.11.2001	Auf dem Moskauer Flughafen Scheremetewo-2 treffen sich Viktor Kazanzew, Bevollmächtigter des Präsidenten für die Südbezirke, und Achmed Zakajew, der Vertreter des tschetschenischen Präsidenten Maschadow.
2002	
12.3.2002	Die „Süddeutsche Zeitung“ und die „Frankfurter Rundschau“ berichten, dass russische Truppen in Tschetschenien systematisch Verhaftete foltern und ermorden.

15.8.2002	In Zürich treffen sich Achmed Zakajew, der Vertreter des tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow, und Ivan Rybkin, ehemaliger Sekretär des russischen Sicherheitsrates, um Chancen für eine Beendigung des Tschetschenienkrieges zu erörtern.
19.8.2002	In der Nähe von Groznyj wird ein Transporthubschrauber vom Typ Mi-26 mit 147 Personen an Bord von tschetschenischen Freischärlern abgeschossen. Nur 32 der Insassen überleben. Putin ordnet eine Untersuchung an.
23.–26.10.2002	Eine Gruppe von 41 tschetschenischen Freischärlern – 22 Männer und 19 Frauen – unter Führung von Movsar Barajew besetzt das Theaterzentrum an der Dubrowka in Moskau, in dem das Musical „Nord-Ost“ gespielt wird. Die Angreifer nehmen Schauspieler und Zuschauer, insgesamt etwa 700 Personen, als Geiseln und fordern den Abzug der russischen Truppen aus Tschetschenien. Am 26.10. dringen russische Spezialkräfte unter Einsatz von Betäubungsgas in das Theater ein, töten die tschetschenischen Geiselnnehmer und befreien die Gefangenen. Fünf der Geiseln sterben durch Schussverletzungen, die Mehrheit erleidet Gasvergiftungen, an der in der Folge 123 Personen sterben.
25.–30.10.2002	Russische Truppen führen ca. 60 Säuberungsaktionen in Tschetschenien durch. Dabei töten sie etwa 30 Tschetschenen.
Herbst 2002	Russland beschuldigt Georgien, es unternehme nichts gegen „tschetschenische Terroristen“, die im Pankisi-Tal Unterschlupf gefunden hätten.
27.12.2002	Bei einem Selbstmordattentat auf das Gebäude der russlandfreundlichen tschetschenischen Regierung in Groznyj werden 80 Personen getötet und 152 verletzt. Die Attentäter hatten zwei mit Sprengstoff beladene Fahrzeugen vor dem Gebäude zur Explosion gebracht.
31.12.2002	Das Militärgericht des Wehrbezirks Nordkaukasus spricht Oberst Jurij Budanow, dem Mordes und Vergewaltigung eines tschetschenischen Mädchens vorgeworfen wird, frei, da er zum Tatzeitpunkt nicht zurechnungsfähig gewesen sei. Budanow wird in eine psychiatrische Klinik überstellt. Das Verfahren war einer der ganz wenigen Strafrechtsprozesse wegen Menschenrechtsverletzungen russischer Armeeangehöriger in Tschetschenien.
2003	
20.3.2003	Zwei Kampfhubschrauber Mi-24 gehen über Südschetschenien verloren.
23.3.2003	In Tschetschenien findet das Referendum über eine neue Verfassung und ein neues Wahlgesetz für Parlament und Präsidenten statt. Nach offiziellen Quellen beträgt die Wahlbeteiligung 89,48%. Über 95% der Wähler stimmen angeblich den Vorlagen zu.
6.6.2003	Die Duma verabschiedet in dritter und letzter Lesung ein Gesetz, das Personen, die in den letzten 10 Jahren an den Kämpfen in Tschetschenien beteiligt waren, amnestiert.
5.7.2003	Bei einem Selbstmordattentat auf ein Rockfestival am Flughafen Tuschino in Moskau werden 16 Personen getötet, darunter die beiden Täterinnen. Über 50 Personen werden mit Verletzungen in Krankenhäuser eingeliefert. Eine der beiden Attentäterinnen wird anhand aufgefundener Papiere als Tschetschenin identifiziert.
1.-2.8.2003	In Tschetschenien werden in einem 48-stündigen Gefecht bei dem Dorf Dyschne-Vedeno 29 Soldaten und Polizisten getötet.
20.8.2003	Heftige Gefechte in Awturi (Südschetschenien). Beim Versuch, tschetschenische Guerillas einzukreisen, sollen 25 tschetschenische Polizisten und 15 russische Soldaten getötet worden sein.

5.10.2003	Bei Präsidentenwahlen in Tschetschenien gewinnt der Amtsinhaber Achmed Kadyrow mit 80,84% der Stimmen bei einer ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von 86,6%. Nachdem sich im Vorfeld der Wahlen eine Reihe ernstzunehmender Bewerber zurückgezogen hatten, wird die Wahl von vielen Beobachtern kritisch gesehen. Die OSZE hatte davon Abstand genommen, Wahlbeobachter zu entsenden.
5.12.2003	Selbstmordattentäter bringen im Vorortzug Kislowodsk-Mineralnye Wody eine Bombe zur Explosion. 42 Personen werden getötet, über 150 verletzt.
9.12.2003	Bei einem Selbstmordattentat vor dem Hotel „National“ in Moskau werden 6 Personen getötet und 13 verletzt.
15.12.2003	25–50 tschetschenische Guerillakrieger dringen in die Ortschaft Schaure (Dagstan) ein, töten 9 Grenzsoldaten, nehmen mehrere Geiseln und ziehen sich in Richtung auf die tschetschenische und die georgische Grenze zurück. Die russischen Kommandobehörden leiten eine umfassende Verfolgungsaktion mit Militär und Sicherheitskräften ein.
2004	
6.2.2004	Im morgendlichen Berufsverkehr explodiert in der Moskauer U-Bahn zwischen den Stationen „Awtozavodskaja“ und „Pawelezkaja“ eine Bombe. Etwa 50 Personen werden getötet, über 120 verletzt. Es wird vermutet, dass es sich um ein tschetschenisches Selbstmordattentat handelt.

Zusammengestellt von Hans-Henning Schröder.

Hans-Henning Schröder

Der militärische Verlauf des Zweiten Tschetschenienkrieges

Als die russische Armee im September 1999 mit überlegenen Kräften in Tschetschenien einmarschierte, versprach sie der russischen Öffentlichkeit einen kurzen, siegreichen Feldzug. Nachdem die Regierung des tschetschenischen Präsidenten Maschadow nicht in der Lage war, die *war lords* zu kontrollieren, setzte der damalige russische Ministerpräsident Wladimir Putin Streitkräfte ein, um die regulär gewählte tschetschenische Regierung abzusetzen und Russlands Oberhoheit mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Die Gewaltdemonstration war 1999 Teil der Putinschen Wahlkampagne, die den weithin unbekannten Bürokraten in der russischen Öffentlichkeit als starken Mann präsentierte.

Doch die Erwartung, die russische Armee werde in einem halben Jahr die Ordnung wieder herstellen, erwies sich als irrig. Der zweite Tschetschenienkrieg dauert heute bereits viereinhalb Jahre und ein Ende ist nicht absehbar. Dabei hat sich das Kriegsbild im Laufe der Jahre wiederholt verändert.

Der russische Einmarsch im Herbst 1999 hatte zunächst den Charakter eines konventionellen Krieges, bei dem die russischen Truppen mit Panzern und Artillerie vorrückten und Terrain besetzten. Die tschetschenische Seite ging rasch zu einer Guerillakriegsführung über, bei der sie zeitweise beachtliche Erfolge erzielte. So gelang es ihr etwa im Februar 2000 eine russische Fallschirmjägerkompanie vollständig aufzureiben. Im Laufe des Jahres nahm das militärische Übergewicht der russischen Seite aber zu, so dass der tschetschenische Widerstand zu anderen Formen der Kriegsführung übergehen musste.

Die Zahl der Bombenattentate und der Angriffe auf Polizisten und Vertreter der russisch-tschetschenischen Zivilverwaltung nahm zu. Im Januar 2001 gab das Verteidigungsministerium daher die Verantwortung für die Führung der Kampfhandlungen an den Inlandsgeheimdienst FSB ab. In dieser Phase gingen die russischen Einsatzkräfte zu systematischen Säuberungsoperationen über, bei denen ganze Dörfer durchkämmt und zahlreiche Zivilpersonen festgenommen und verschleppt wurden. Doch noch im September 2001 waren Guerillagruppen in der Lage, gleichzeitig drei größere Ortschaften anzugreifen und mehrere Tage zu besetzen. Der russische Druck veranlasste die tschetschenische Guerilla aber, in angrenzende Staaten auszuweichen. So kam es 2001 und 2002 zu Gefechten in Inguschetien und in Georgien. Der georgische Hochkaukasus wurde von den Tschetschenen zeitweise als Ruheraum genutzt. Russisches Vordringen auf georgisches Gebiet führte in dieser Phase zu politischen Verstimmungen zwischen Moskau und Tbilisi. In Tschetschenien selbst gelang es der Guerilla Ende 2002, Anfang 2003 mehrfach, russische Hubschrauber abzuschießen.

Seit 2002 setzte die tschetschenische Seite auch verstärkt auf das Instrument der Selbstmordattentate. In Groznyj, dann auch in Moskau und in Stawropol kam es 2002 und 2003 immer wieder zu Geiselnahmen und Bombenattentaten. Die russische Seite hat zwar eindeutig militärische Überlegenheit erreicht und ist offenbar in der Lage, Guerillaaktivitäten auf dem Territorium Tschetscheniens zu erschweren, doch ist sie nach wie vor außerstande, rechtzeitig Nachrichten über Tätigkeit und Planungen der Guerilla zu beschaffen und ihre Logistik zu zerstören. Ein Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen, die in Form fortgesetzter terroristischer Aktivitäten im Nordkaukasus und in Russland geführt werden, ist deshalb nicht abzusehen.

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Dr. Jakob Fruchtmann	ist Feodor Lynen Stipendiat der Alexander von Humboldt Stiftung am IKSI-RAN, Moskau.
Prof. Dr. Alexej Malaschenko	arbeitet am Moskauer Zentrum der Carnegie-Stiftung < http://www.carnegie.ru >
Dr. Galina Michaleva	ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen und Leiterin des Analyse-zentrums der Partei „Jabloko“.
Margarete Mommsen	ist emeritierte Professorin für Politikwissenschaft der Universität München.
Dr. Heiko Pleines	ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.
Diana Schmidt	ist Doktorandin am Institute of Governance, Public Policy and Social Research, Queen's University Belfast, Nordirland.
Prof. Dr. Hans-Henning Schröder	arbeitet an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.
Jens Siegert	ist Diplompolitologe und Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau, wo er vorher als Korrespondent deutscher Zeitungen tätig war.
Dr. Pekka Sutela	ist Direktor des BOFIT (Bank of Finland Institute for Economics in Transition) und Dozent an der Helsinki School of Economics and Business Administration.
Dr. Dmitrij Trawin	ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler und Stellvertretender Chefredakteur der Petersburger Wochenzeitung „Delo“.
Prof. Dr. Alexander Tschepurenko	ist Direktor des Russischen Unabhängigen Forschungsinstituts für Soziale und Nationale Probleme (RUFİ) in Moskau.
Dr. Margarete Wiest	ist Lehrbeauftragte an den Universitäten München und Regensburg.

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 51 **Interaction of Interest Groups and Their Impact on Economic Reform in Contemporary Russia**
By Andrei Yakovlev
(November 2003)
- Nr. 52 **Die russischen Parlamentswahlen 2003**
Von Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder (Hg.)
(Dezember 2003)
- Nr. 53 **Die Staatssymbolik des neuen Russland im Wandel**
Vom antisowjetischen Impetus zur russländisch-sowjetischen Mischidentität
Von Isabelle de Kéghel
(Dezember 2003)
- No. 54 **Entrepreneurial Strategies and Trust. Structure and Evolution of Entrepreneurial Behavioural Patterns in "Low Trust" and "High Trust" Environments of East and West Europe**
Part 1: A Review
By Hans-Hermann Höhmann and Friederike Welter (editors)
(January 2004)
- No. 55 **Entrepreneurial Strategies and Trust. Structure and Evolution of Entrepreneurial Behavioural Patterns in "Low Trust" and "High Trust" Environments of East and West Europe**
Part 2: East and West Germany
By Hans-Hermann Höhmann and Friederike Welter (editors)
(January 2004)
- No. 56 **Entrepreneurial Strategies and Trust. Structure and Evolution of Entrepreneurial Behavioural Patterns in "Low Trust" and "High Trust" Environments of East and West Europe**
Part 3: Italy and Great Britain
By Hans-Hermann Höhmann and Friederike Welter (editors)
(January 2004)
- No. 57 **Entrepreneurial Strategies and Trust. Structure and Evolution of Entrepreneurial Behavioural Patterns in "Low Trust" and "High Trust" Environments of East and West Europe**
Part 4: Estonia and Russia
By Hans-Hermann Höhmann and Friederike Welter (editors)
(January 2004)
- Nr. 58 **Die Entstehung der „Zweiten Kultur“ in Leningrad.**
Am Beispiel der Zeitschrift „Časy“
Von Katja Claus
(März 2004)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten

Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 16 **Stefanie Harter, Jörn Grävingholt, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder:**
Geschäfte mit der Macht
Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992-2001
Edition Temmen (Bremen) 2003, 380 S., Hardcover, ISBN 3-86108-339-6, Euro 20,90
- Bd. 15 **Christian Meier, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Ökonomie – Kultur – Politik. Transformationsprozesse in Osteuropa
Festschrift für Hans-Hermann Höhmann
Edition Temmen (Bremen) 2003, 346 S., Hardcover, ISBN 3-86108-346-9, Euro 20,90
- Bd. 14 **Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines (Hg.):**
Wirtschaftspolitik in Osteuropa zwischen ökonomischer Kultur, Institutionenbildung und Akteursverhalten
Russland, Polen und Tschechische Republik im Vergleich
Edition Temmen (Bremen) 2003, 245 S., Hardcover, ISBN 3-86108-347-7, Euro 20,90
- Bd. 13 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**
Kommerz, Kunst, Unterhaltung
Die neue Popularkultur in Zentral- und Osteuropa
Edition Temmen (Bremen) 2002, 343 S., Hardcover, ISBN 3-86108-345-0, Euro 20,90
- Bd. 12 **Hans-Hermann Höhmann, Jakob Fruchtmann, Heiko Pleines (Hg.):**
Das russische Steuersystem im Übergang
Rahmenbedingungen, institutionelle Veränderungen, kulturelle Bestimmungsfaktoren
Edition Temmen (Bremen) 2002, 343 S., Hardcover, ISBN 3-86108-366-3, Euro 20,90
- Bd. 11 **Hans-Hermann Höhmann (Hg.):**
Wirtschaft und Kultur im Transformationsprozeß
Wirkungen, Interdependenzen, Konflikte
Edition Temmen (Bremen) 2002, 298 S., Hardcover, ISBN 3-86108-340-X, Euro 20,90
- Bd. 10 **Hans-Hermann Höhmann (Hg.):**
Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation im Osten Europas
Konzeptionelle Entwicklungen – Empirische Befunde
Edition Temmen (Bremen) 2001, 312 S., Hardcover, ISBN 3-86108-337-X, Euro 20,90

Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik

- Bd. 33 **Heiko Pleines:**
Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära (1994–99)
LIT Verlag (Hamburg) 2003, 444 S., ISBN 3-8258-6561-4, Euro 30,90
- Bd. 32 **Jakob Fruchtmann, Heiko Pleines:**
Wirtschaftskulturelle Faktoren in der russischen Steuergesetzgebung und Steuerpraxis
LIT Verlag (Hamburg) 2002, ISBN 3-8258-6257-7, Euro 20,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

RussiaWeeklyInfo

„RussiaWeeklyInfo“ ist eine wöchentliche ca. 10-seitige Zusammenstellung aktueller Nachrichten zu Russland (in englischer und deutscher Sprache). Abgedeckt werden die Themenbereiche Wirtschaft und Soziales, Innenpolitik, Medien und öffentliche Meinung.

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse. Abonnenten von „RussiaWeeklyInfo“ erhalten die Russlandanalysen automatisch.

Publications on Russia

„Publications on Russia“ informiert zweimonatlich über englisch- und deutschsprachige monographische Neuerscheinungen zu Rußland. Halbjährlich gibt „Publications on Russia“ zusätzlich einen Überblick über neue Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften. Abgedeckt werden jeweils die Themenbereiche Politik, Wirtschaft und Soziales, Transformation und Wirtschaftskultur, öffentliche Meinung sowie Kultur.

Publications on Ukraine

„Publications on Ukraine“ informiert vierteljährlich über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zur Ukraine. Erfasst werden wissenschaftliche Monographien und Aufsätze. Abgedeckt werden die Themenbereiche Geschichte, Politik, Außenpolitik, Wirtschaft, Nationalitäten und Kultur.

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfasst werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Bremer Russland-Netz

Das Bremer Russland-Netz bietet Hinweise auf Russland-bezogene Veranstaltungen und Publikationen in und aus Bremen. Gleichzeitig soll es Bremer Russland-Interessierte untereinander vernetzen.

Alle E-Mail Dienste können kostenlos abonniert werden bei

publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Dabei bitte angeben, welche der E-Mail Dienste gewünscht werden.